

孫子兵法 Sūnzǐ Bīngfǎ

Wir sind wütend über den Tod von Giorgos Zantiotis!

N o J u s t i c e ! N o P e a c e !



Themen in diese Ausgabe:

Wuppertal: Giorgos Zantiotis und sein Tod werden in den Dreck gezogen

Hyperwelt, Metawelt und das Ende der Welt

Slowenien - Der Stand der Dinge [Teil 4]

Der lange Sommer der Autonomie

Zwei Jahre nach der Revolte:

Eine Bilanz und Perspektiven für eine kollektive Debatte [Chile]

Die ökofaschistische Tendenz: Migration und Ökologie

Ein Überblick über die Mobilisierungen gegen den Grünen Pass in Triest

Wuppertal: Giorgos Zantiotis und sein Tod werden in den Dreck gezogen



Bild: Demonstration für Giorgos Zantiotis an der Hofkamp Wache am 13. November.

Riot Turtle

*Am 1. November 2021 starb Giorgos Zantiotis in einer Zelle im Landgericht Wuppertal. Erst am 07. November bestätigten die Staatsanwaltschaft Wuppertal und die Wuppertaler Polizei den Todesfall. Nicht von sich aus, sondern auf Nachfrage von Journalist*innen. Seitdem werden Giorgos Zantiotis und seinem Tod in den Dreck gezogen. Sunzi Bingfa*

Die Nachricht kam über Umwege, der Tod von Giorgos Zantiotis wurde am 6. November auf dem Athener indymedia Portal öffentlich gemacht. In den Tagen zuvor waren Genoss*innen aus Wuppertal und einige andere Städten in der BRD informiert worden. Mehrere Tagen wurde recherchiert, aber es wurde weder eine Pressemitteilung der Wuppertaler Polizei, noch Informationen von der Staatsanwaltschaft Wuppertal zum Tod von Giorgos gefunden. Nun wurden auch Journalist*innen informiert und einige davon fragten am 7. November bei der Polizei und der Staatsanwaltschaft Wuppertal nach. Die Polizei bestätigte den Todesfall. Am gleichen Tag erklärte der Wuppertaler Staatsanwaltschaft: "man habe der Tod von Giorgos nicht für 'Medienrelevant' gehalten". Außerdem habe die Staatsanwaltschaft die Angehörigen schützen wollen.

Die Polizei Wuppertal veröffentlichte zwischen dem 1. und 7. November Pressemitteilungen über Verkehrsunfälle und eine Unfallflucht durch einen Fußgänger, im Gegensatz zu dem Tod eines Menschen in Polizeigewahrsam, scheinen Verkehrsunfälle „Medienrelevant“ zu sein. Der Staatsanwaltschaft teilte weiter mit, dass es inzwischen eine Obduktion gegeben habe und dass der Tod von Giorgos nicht in Zusammenhang mit das Verhalten der Polizei stehen würden.

Am Abend der 7. November gehen in Wuppertal etwa 100 Menschen spontan auf die Straße. Die Demo läuft an der Polizeiwache Hofkamp vorbei und zieht danach zum Landgericht, dem Ort, wo Giorgos am 1. November gestorben ist. Die Bullen sind zwar in großer Zahl anwesend, aber halten sich zurück, sie möchten wohl weitere Medienberichte über Polizeigewalt vermeiden.



Bild: Festnahme von Giorgos Zantiotis am 01. November, 2021.

Schnell wird immer deutlicher dass die Staatsanwaltschaft alles andere im Sinn hat, als die Familie zu schützen. Eine für Montag, den 8. November, angekündigte gemeinsame Pressemitteilung der Wuppertaler Polizei und Staatsanwaltschaft erscheint schon am 7. November. Wie so oft, wenn es ein Todesfall im Zusammenhang mit einer Maßnahme der Bullen gibt, wird sofort klar wo die Reise hingehen soll. Die Pressemitteilung hat den Titel: „25-jähriger Mann verstirbt im Polizeigewahrsam der Wuppertaler Polizei – Obduktion ergibt keine Hinweise auf ein Fremdverschulden“.

Die Brutalität während der Festnahme von Giorgos, [die auf dem auf indymedia veröffentlichten Video deutlich zu sehen ist](#), wird von den Bullen und der Staatsanwaltschaft nicht thematisiert. Auch nicht, dass mehrere Bullen auf ihm knien, u.a. auf seinem Bauch, obwohl Giorgos zwei Monate vor seinem Tod am Magen operiert wurde. Das alles wurde weder von den Wuppertaler Bullen, noch von der Staatsanwaltschaft thematisiert. „Die Obduktion ergibt keine Hinweise auf ein Fremdverschulden“, das ist der Satz der von der Verantwortung der Bullen ablenken soll. Wie es schon so oft passiert ist. Oury Jalloh lässt grüßen.

Wie immer ermittelt die Polizei Hagen, so wie die Polizei Wuppertal immer bei Todesfällen in Zusammenhang mit der Hagerer Polizei ermittelt. Viele Medien zitieren dabei der Staatsanwaltschaft, dass dies aus Neutralitätsgründen geschehe. Die Polizei ermittelt also mal wieder gegen sich selbst und alle wundern sich darüber dass am Ende nie ein Polizist zur Verantwortung gezogen wird. Während Oberstaatsanwalt Wolf-Tilman Baumert immer wieder sagt dass er die Familie schützen wollte, lenkt er immer wieder von den Geschehnisse bei der Festnahme ab. Giorgos wird dabei von ihm kriminalisiert. Es seien Drogen im Spiel gewesen. Das Ziel ist Giorgos nach seinem Tod zu entmenslichen. Die Botschaft von Baumert ist: Drogen → Kriminell → das Opfer ist selbst schuld. Das Ziel ist erneut: Ablenken von die Verantwortung der Staatsmacht. Er zitiert auch immer wieder aus dem Obduktionsbericht, zu einem Zeitpunkt wo die Familie weder den Leichnam, noch

dem Obduktionsbericht zu sehen bekommen haben. Viele Medien (nicht alle!) übernehmen die Erzählung der Staatsanwaltschaft, ohne sich die Mühe zu machen mit Zeug*innen zu sprechen, oder auf andere Weise ernsthaft zu recherchieren was am 1. November passiert ist.

Am Donnerstag, den 11. November, werden im Innenausschuss vom Landtag NRW ganze 10 Minuten über Giorgos gesprochen. Innenminister Reul möchte dass der Tod von Giorgos nicht breit getreten wird. Im Innenausschuss wird neben Herzversagen durch Drogen auch Alkoholkonsum im Spiel gebracht. Es soll 0,01 Promille Alkohol im Blut von Giorgos gewesen sein. 0,01 Promille, also nichts. Die Opposition hat trotzdem keine Fragen. Staatsräson. Denn es gibt viele Fragen. Die Schwester hat am Tag zuvor Anzeige erstattet, da sie die Festnahme von Giorgos ganz anders in Erinnerung hat.



Bild: Demonstration für Giorgos Zantiotis am 07. November.

Laut Oberstaatsanwalt Baumert hat die Schwester sich vor seiner Festnahme mit Giorgos gestritten. Die Schwester bestreitet dies vehement während einer Rede auf der Demonstration am 13. November. Etwa 400 Menschen waren erneut zur Polizeiwache am Hofkamp gezogen, im Anschluss wurde eine Gedenkstätte am Landgericht eingerichtet. Die Bullen halten sich nach eine kurze Machtdemonstration zur Einschüchterung auf dem Ölberg am Nachmittag während der Demo selbst erneut zurück. Da die Wuppertaler Polizei schon für weniger in Demonstrationen rein gerockt ist, wollen sie wohl keine neuen schlechten Schlagzeilen. Antagonistische Splitter sind zwar anwesend bei der Demo, entscheiden aber aus Respekt für die anwesende trauernde Familienangehörigen sich mit direkten Aktionen zurück zu halten. Bei der Gedenkstätte wird eine Minute geschwiegen,

wonach ein ältere griechischstämmige Frau das Mikrofon nimmt und u. a. sagt: „Das war Mord!“



Die Staatsanwaltschaft und die Bullenpresse ziehen Giorgos posthum durch den Dreck. Die Aufklärung der dritte Todesfall in 2 Jahre in Zusammenhang mit „polizeiliche Maßnahmen“ in Wuppertal, wird aber nicht geräuschlos im Sande verlaufen. Viele Aktiven haben die Familie ihre Unterstützung nicht nur zugesagt, sie arbeiten auch schon aktiv mit an der Aufklärung von den Umstände wie Giorgos zu Tode kam.

Die Wuppertaler Genoss*innen wünschen viele Soli-Aktionen in und außerhalb von Wuppertal, denn der Kampf gegen die strukturelle Gewalt der Bullen und für die Aufklärung von den Geschehnisse am 1. November muss intensiviert werden. Nachdem es außer in Wuppertal, auch schon zu Demonstrationen und Kundgebungen in u.a. Koblenz, Hamburg und Frankfurt am Main kam, wird es am 20. November um 18:00 Uhr eine Demonstration in Berlin geben. Startpunkt ist der Karl-Marx Platz.

REMEMBER AND FIGHT FOR GIORGOS ZANTIOTIS

**DEMO:
20.11.21**



**18 UHR
KARL-MARX
PLATZ
BERLIN**

NO JUSTICE NO PEACE



Hyperwelt, Metawelt und das Ende der Welt



Franco “Bifo” Berardi

“Aber es ist nicht Facebook, das die Frustration, die ohnmächtige Wut und den Hass hervorgebracht hat. Es ist das zunehmend ungleiche, prekäre und gewalttätige Wirtschaftssystem, das den Nährboden für kollektive Aggressionen bildet. Und natürlich ist auch Facebook Teil dieses Systems. Die sozialen Netze, aus denen die Wärme der Körper verschwunden ist, verstärken diese Gewalt nur noch, während sie ihre Unwirksamkeit verherrlichen. Je mehr unsere Wut wächst, je mehr wir sie in der Glasglocke des Connected laut aussprechen, desto größer wird die Ohnmacht.” Ein weiterer atemberaubender Text von Franco ‘Bifo’ Berardi, der uns keine Wahl lässt, entweder wir akzeptieren die Härte der Realität, oder wir werden zu Komplizen der Grauen der Herrschaft. Dazwischen gibt es nichts. Der Text erschien am 2. November auf [Commune Info](#). Sunzi Bingfa

Alles wurde bereits in der Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace geschrieben, die John Perry Barlow 1993 verfasste. *“Im Namen der Zukunft bitte ich Sie aus der Vergangenheit, uns in Ruhe zu lassen. Sie sind bei uns nicht willkommen. Sie haben keine Souveränität über das Gebiet, in dem wir uns versammeln. Wir haben keine Regierung gewählt und haben auch nicht die Absicht, eine zu haben, also wende ich mich an Sie mit der Autorität, die von dem Ort kommt, wo die Freiheit spricht. Ich erkläre, dass der globale soziale Raum, den wir aufbauen, von Natur aus unabhängig von den Tyranneien ist, die ihr uns aufzwingen wollt. Sie haben kein moralisches Recht, uns zu regieren, und Sie besitzen kein Instrument der Auferlegung, das wir zu fürchten hätten”*

Die Hyper-Welt

In dreißig Jahren ist der *Cyberspace* entstanden, eine *Hyperwelt*, über die die irdische Welt keine Verfügungsgewalt mehr hat. Der Beitrag, den Industrieunternehmen in Form von Steuern gezahlt haben, gilt nicht für Unternehmen, die ein nicht-territoriales Gebiet errichtet haben. Die politischen Mächte sind in der Sphäre des Nicht-Territoriums nicht souverän, im Gegenteil: Das virtuelle Nicht-Territorium ist zur globalen Infrastruktur geworden, ohne die das politische, administrative und wirtschaftliche System nicht funktionieren kann. Die *Hyperwelt* ist eine Dimension, die die soziale Realität neu kodiert, indem sie Sprachpraktiken (Wirtschaft, Politik, Kommunikation, Affektivität) auf eine beschleunigte Ebene überträgt, die von territorialen Gesetzen unabhängig ist.

Die *Metawelt* ist eine Dimension, die nicht nur die Welt umcodiert, sondern auch die psychische und sprachliche Nervensubjektivität umcodiert, indem sie sie in eine *Metawelt* der simulierten Reize und Wahrnehmungen überführt.

Ende Oktober 2021 hielt Mark Zuckerberg eine Konferenz in *virtual connect* ab. Dies geschah sicherlich nicht als Reaktion auf die Anschuldigungen von Whistleblowern, die die schädlichen Auswirkungen sozialer Netzwerke anprangerten: Kleinigkeiten, denn die Exposition des menschlichen Geistes gegenüber einer zunehmenden Menge virtueller Neurostimulation führt zu einer Mutation, die über den politischen Willen von Zensoren und Moralaposteln hinausgeht. Diese Beschwerden sind inkonsequent: Es stimmt, dass Facebook wie andere soziale Netzwerke dazu neigt, den sozialen Hass zu verstärken und zu radikalieren. Aber es ist nicht Facebook, das die Frustration, die ohnmächtige Wut und den Hass hervorgebracht hat. Es ist das zunehmend ungleiche, prekäre und gewalttätige Wirtschaftssystem, das den Nährboden für kollektive Aggressionen bildet. Und natürlich ist auch Facebook Teil dieses Systems. Die sozialen Netze, aus denen die Wärme der Körper verschwunden ist, verstärken diese Gewalt nur noch, während sie ihre Unwirksamkeit verherrlichen. Je mehr unsere Wut wächst, je mehr wir sie in der Glasglocke des *Connected* laut aussprechen, desto größer wird die Ohnmacht.

Die Metawelt

Der Zyklus der Ohnmacht hat nun wahrscheinlich seine äußerste Grenze erreicht, und Zuckerberg schlägt einen weiteren Sprung vor: den Sprung in den *Meta-Raum*, für den der Cyberspace die Infrastruktur geschaffen hat. Einige Kritiker haben bemerkt, dass Zuckerberg sein System unabhängig von Apple und Google machen will, von denen es derzeit bei einigen Funktionen technisch abhängig ist. In der New York Times vom 1. November argumentiert Sara Zisher, dass *Meta* nur eine umfassendere Unternehmensstruktur ist, die von Zucker geschaffen wurde, um den jüngsten rechtlichen Schwierigkeiten zu entgehen. Wirklich? Sicherlich werden Zuckerbergs Entscheidungen von wirtschaftlichen und technischen Erwägungen abhängig sein. Aber die philosophischen Implikationen von *Metas* Einführung sind meiner Meinung nach viel wichtiger. Die Innovation zielt darauf ab, die Experimente zu nutzen, die seit den 1980er Jahren durchgeführt wurden, als Jaron Lanier als Erster über *virtuelle* Realität und *synästhetische* Kommunikation ohne Symbole sprach. In diesen Jahrzehnten wurde die visuelle und multisensorische Definitionssoftware perfektioniert, und das *Meta-Projekt* besteht darin, diese Technologien über eine Plattform wie *Oculus* oder andere fortschrittlichere Wandler für elektronische Impulse zu einem *immersiven* Erlebnis zusammenzuführen. In seinem Vortrag kündigte Zuckerberg die Erweiterung der *immersiven* Dimension mit *Augmented-Reality-Hardware* und maßgeschneiderten Sensoren an. Wenn *Hyper* eine Dimension ist, die den Kreislauf der *Impulskommunikation* unendlich beschleunigt, dann ist *Meta* die Dimension, in der die *Impulskommunikation* die reale Beziehung zwischen dem Gehirn und der Welt simuliert und ersetzt, um eine *Meta-Realität* zu etablieren, in der der andere nicht mehr existiert, außer als simulierte Nervenstimulation.

Und die Welt

Die Ankündigung eines Sprungs von *Iper* zu *Meta* erfolgt in denselben Tagen, in denen die Vorbereitungen für die COP26 Konferenz in Glasgow getroffen werden, die jenseits des Geredes die endgültige Unmöglichkeit der Rettung der Erde und ihrer Bewohner vor den verheerenden Folgen der Erwärmung, die darauf folgenden gigantischen Migrationen und dem damit einhergehenden Krieg, die Verzweiflung und die Panik sanktioniert.

Nach dem G8-Gipfel in Rom wissen das alle, außer Cingolani's Fünf-Sterne-Mannschaft, die, an ihren Sesseln klebend, ruhig und bedächtig ihren Blödsinn wiederholt. Die Energiekrise zwingt einige Länder dazu, ihre Kohlebergwerke wieder zu öffnen. Kein realistischer Plan kann Wirtschaftswachstum und Emissionsreduzierung miteinander vereinbaren. Angesichts der absoluten Priorität des Wirtschaftswachstums werden also wieder Versprechungen gemacht: Im Jahr 2050 (oder vielleicht 2060 oder 2070) wird alles in Ordnung sein, so wahrscheinlich ist es, dass bis dahin niemand mehr da sein wird, der das überprüfen kann. Jetzt, da wir wissen, dass die Welt unbewohnbar werden wird, beginnen wir mit dem Aufbau der *Metawelt*. Eine Population von *Hikikomoris*, die von ihrem Arbeitsplatz aus eine Verbindung zu einer Welt der Wahrnehmungsreize herstellen werden. Die Vorstellungskraft hat dann endgültig die Oberhand gewonnen. Während der physische und soziale Körper verrottet.

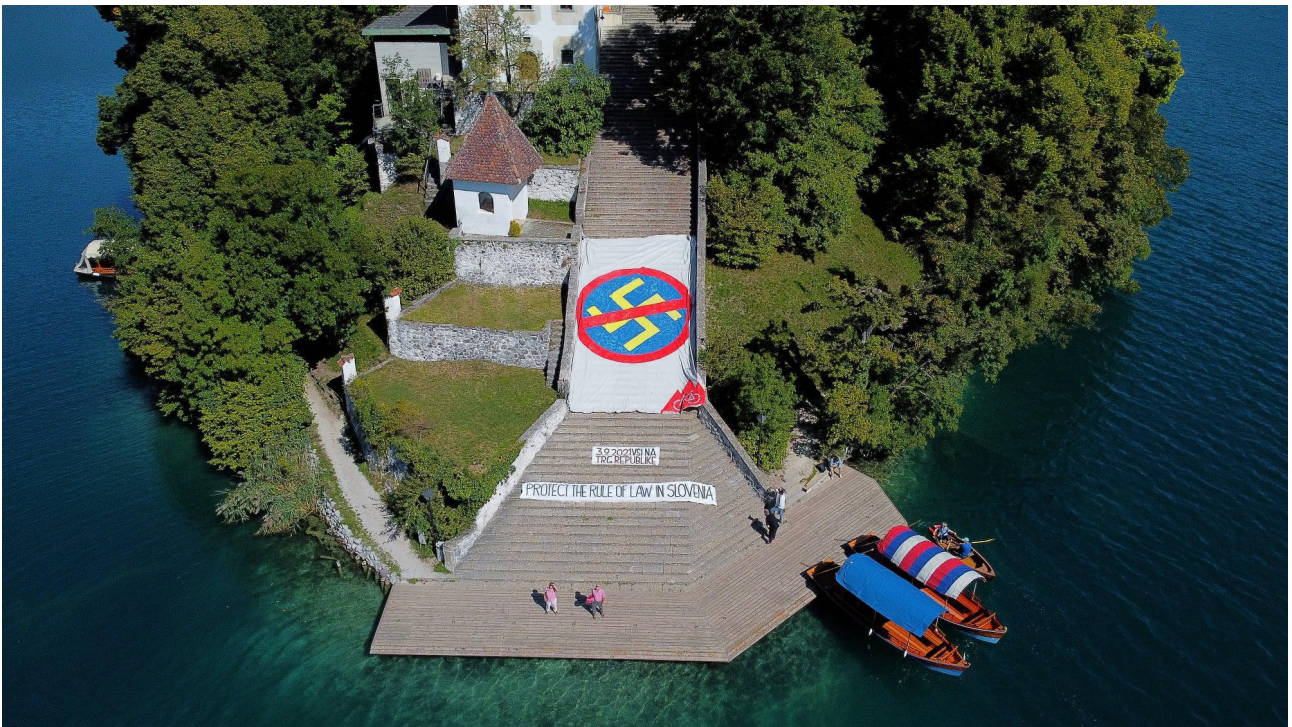
Schweigen

Wird die *Metawelt* funktionieren? Wird ein erheblicher Teil der menschlichen Bevölkerung in die simulierte Sphäre wechseln? Ich weiß es nicht. Was ich weiß, ist, dass an einem Tag im Oktober das gesamte Facebook-System für sechs Stunden ausfiel. Niemand hat erklärt, was passiert ist, weder Zuckerberg noch sonst jemand.

Lassen Sie uns also spekulieren. Die erste Hypothese ist, dass es sich um interne Sabotage handelte: Facebook-Mitarbeiter äußerten sich auf diese Weise aus gewerkschaftlichen oder politischen Gründen. Zu schön, um wahr zu sein, und ich denke, dann hätten sie es uns gesagt. Die zweite Hypothese ist, dass die Sabotage von außen organisiert wurde, von den üblichen Russen oder Mazedoniern oder vielleicht Chinesen, wer weiß. Möglich, aber ich glaube nicht, dass dies der Fall war. Die dritte Hypothese ist, dass Zuckerberg, der es leid war, von den Medien und dem amerikanischen politischen System heraus angegriffen zu werden, eine kleine Demonstration machte: Versuchen Sie zu sehen, was passiert, wenn ich ein Gebiet blockiere, das dreieinhalb Milliarden Bürger, unzählige Unternehmen, die produzieren, vertreiben, werben und so weiter umfasst. Möglich, realistisch. Die wahrscheinlichste Hypothese ist jedoch die einfachste: In dem Monat, in dem die Welt die erste globale Überlastungskrise oder besser gesagt *Hyperkomplexität* entdeckte, fiel auch das Facebook-System aus, und zwar aus dem einfachen Grund, dass irgendwo in der Infrastruktur nicht genug Strom vorhanden war oder dass die Nachfrage nach Verbindungen in diesem Moment über die Grenzen hinausging.

Je komplexer ein integriertes System ist, desto weniger lassen sich Störungen lokalisieren, eingrenzen und beheben. In den kommenden Monaten und Jahren, wenn die Welt zu hässlich wird, um sie zu ertragen, werden wir wahrscheinlich in die Metawelt wechseln. Die Kopfhörer in unseren Ohren werden uns daran hindern, den Klang des Leids zu hören, und die Betrachter werden uns daran hindern, das Elend, die Traurigkeit und die Verwüstung zu sehen. Doch irgendwann wird eine Überlastung, vielleicht russische Sabotage oder ein unvorhersehbarer, unerklärlicher Energiezusammenbruch die Ohrhörer und alle anderen Verbindungsgeräte abschalten. Wie Don DeLillo in seinem Kurzroman Silenzio erzählt. Ein Schweigen des Grabes.

Slowenien - *Der Stand der Dinge* [Teil 4]



Brigate Plavi

*Dieser Artikel schließt direkt an die Berichte über die Ereignisse des [25.06.](#) an und gibt einen groben Überblick über die weiteren Ereignisse im Land bis jetzt. Um die ganzen Vorgänge zu verstehen, erstmal ein „trockener“ Teil mit Namen und Verbindungen der Regierungspartei SDS zu Neonazis und die wichtigsten Protagonisten der slowenischen Coronaleugner*innenszene.*

Der 25.06. und die Verbindungen der regierenden SDS-Partei zu Neonazis

Im Anschluss der Demo am 25.06. war der Innenminister so erbost, dass eine Gruppe von Neonazis (*Rumeni Jopiči*), welche die Gegendemo stören wollten, von den Cops entfernt und teilweise verhaftet wurden, dass er auf Twitter die Neonazis als Perlen bezeichnete, die sich vor die Schweine (regierungsfeindliche Demonstrant*innen) geworfen hätten. Dies löste im Land heftige Reaktionen aus, zumal auch der Regierungschef und der Chef der Polizei die Arbeit der Cops kritisierten und eine Untersuchung der Ereignisse forderten.

Über die Verbindung der SDS zu Neonazis ist in vorherigen Artikeln schon etwas geschrieben worden, aber ein weiterer Blick darauf lohnt sich, zumal wenige Wochen nach der Demo ein Artikel in der Wochenzeitung *Mladina* von *Erik Valenčič* erschien (Name: *Koalicija Sovrastvo II* (Koalition des Hasses II), der die Verbindungen genauer durchleuchtete. *Valenčič* ist einer der fundiertesten Kenner der slowenischen Neonaziszene und erhält seit der Veröffentlichung des Artikels Morddrohungen. Er war auch maßgeblich am Film *Koalicija Sovrastvo* beteiligt, der vor einigen Jahren im slowenischen Fernsehen lief und ein Schlag gegen die organisierten Neonazis in Slowenien war von dem die Neonazis einige Zeit brauchten, um sich neu zu ordnen. Die Aktivitäten gingen damals merklich zurück und erst mit dem Auftauchen der „Gelbwesten“ (*Rumeni Jopiči*) im Sommer 2020 nahmen sie wieder zu.

Einer der Anführer dieser Gelbwesten ist *Urban Purgar*. Bis 2020 war er ein relativ

unbeschriebenes Blatt und erst mit dem Auftauchen der "Gelbwesten" rückte er in den Fokus der Öffentlichkeit. Purgar war auch bei der Störaktion am 27.06. beteiligt. Er ist also eine der Perlen des Innenministers. Seit dem Auftauchen der "Gelbwesten" ist *Purgar* immer wieder durch Gewaltäußerungen auf sozialen Medien in Erscheinung getreten, mal forderte er die Liquidierung von Oppositionspolitikerinnen, mal den Abriss des alternativen Veranstaltungsgeländes Metelkova, oder er rief seine „Truppen“ zum bewaffneten Bürgerkrieg auf.

Immer wieder war er bei Aktionen von Neonazis dabei. *Purgar* war aber nicht nur ein führendes Mitglied der slowenischen "Gelbwesten" (ich schreibe bewusst war, weil er seit Ende September 2021 eine mindestens einjährige Haftstrafe absitzt), sondern auch der Vorsitzende der „Gesellschaft für traditionelle Werte“. Diese Gesellschaft erhielt kurz vor dem Protest am 27.06. den Status einer kulturellen NGO vom slowenischen Kulturministerium mit erheblichen (v.a. monetären) Vorteilen und Rechten.

Diesen Status erhalten in der Regel nur Organisationen, die sich um die slowenische Kultur „verdient“ gemacht haben. Der Verdienst der Gesellschaft von *Purgar* und Co. war in den letzten Jahren die Veröffentlichung eines Manifestes der slowenischen Identitären und die Gründung der NTA, der nationalistischen Presse Agentur, die eine Konkurrenz und Alternative zur staatlichen Presseagentur STA sein sollte. Finanziert wurde die NTA u.a. durch Sponsoren, die der Regierungspartei SDS nahestehen. In einem Podcast mit einem amerikanischen Neonazi nannte der damalige Chefredakteur *Ales Ernecel* die NTA auch ein „faschistisches Projekt“. Wie sicher sich *Ernecel* bewegen und seine neonazistische Einstellung zur Schau stellen konnte, bewiesen Fotos von ihm im slowenischen Parlament auf denen er ein Shirt mit dem Konterfeit des slowenischen Nazi-Kollaborateurs *Leon Rupnik* trägt. Im Juli gab *Ernecel* überraschend den Posten als Chefredakteur auf. Seinen Posten übernahm *Purgar*.

Dass es sich bei den slowenischen "Gelbwesten" um Neonazis handelt, dafür gibt es unzählige Beweise, seien es entsprechende Tätowierungen, Kleidung oder Fotos mit faschistischen Gesten. Trotzdem verteidigte die regierende SDS und ihre rechten Trolle die "Gelbwesten" immer wieder und stellte sie als Patrioten da. Warum also *Purgar* nun schlussendlich im Knast landete? Vermutlich ist er in „Ungnade“ gefallen als er auf Twitter einen Post mit „Hitler ist ein Held“ beendete. Dies und der öffentliche Druck dürften dafür gesorgt haben, dass *Purgar* nicht mehr tun und lassen konnte, was er wollte.

Aber kommen wir zurück auf die Ereignisse des 27.06.2021. In Wahrheit war es so, dass der Innenminister meinte, dass die Nazis auf der offiziellen Unabhängigkeitsfeier hätten feiern können, was aber nur für geladene Gäste möglich war. Tage nach dem Vorfall kam heraus, dass *Purgar* kurz bevor die Cops einschritten eine Eintrittskarte zur offiziellen Feier in Richtung der regierungsfeindlichen Demonstrant*innen schwenkte. Wie bereits berichtet, löste das Vorgehen der Cops auf allen Seiten Reaktionen aus und auch der Regierungschef und der Chef der slowenischen Polizei waren nicht sehr erfreut über die Verhaftungen. Im Fall des Regierungschefs mag dies eher wenig überraschend sein, da er häufig Beiträge der slowenischen "Gelbwesten" teilte.

Vom Polizeichef waren seine Sympathien für die SDS bekannt und seit seiner Ernennung erwies er sich als treuer Helfer der Regierung. Erst wenige Tage nach der Feier kam heraus, dass er in den sozialen Medien auf seinem (auf privat gestelltem) Twitter-Profil den Neonazis der slowenischen "Gelbwesten" und anderen nationalistischen und faschistischen Gruppen folgte. Wenige Tage später erst entfolgte er dann den "Gelbwesten" (als seine „Vorlieben“ aber bereits öffentlich bekannt waren). Trotzdem nannte er Wochen später in einer Befragung im Parlament die Neonazis eine „friedliche Subkultur“.

Anton Olaj wurde im Januar zum Generaldirektor der Polizei ernannt. Es sagt viel aus, dass *Olaj* die regierungsfeindlichen Proteste vom Freitag im Wesentlichen für Proteste gegen Demokratie und Slowenien hält und er warnte auch öffentlich vor der "Entnationalisierung" Sloweniens. Die Entstaatlichung ist ein integraler Bestandteil der neonazistischen Verschwörungstheorie des großen Austauschs. Aufgrund der Festnahme der "Gelbwesten" am 25. Juni ordnete er sofort die

Kontrolle der Arbeit der Beamten an. Es ist schwer, das Gefühl loszuwerden, dass ihm Neonazis lieber sind als seine eigenen Cops.

Am Freitag, 9. Juli, präsentierte er der Öffentlichkeit einen Bericht über das erwähnte Vorgehen der Polizisten und problematisierte, dass diese nicht gegen die regierungsfeindlichen Demonstranten*innen in gleicher Weise interveniert hätten, sondern nur einseitig gegen die Neonazis.

Das eine mit dem anderen gleichzusetzen ist ein billiger politischer Trick. Als die Neonazis nämlich vom *Prešeren*-Platz weggebracht wurden, verschwand mit ihnen jede Möglichkeit jeglicher Art von Gewalt. Stattdessen fand dort eine alternative Feier statt, an der Tausende von Menschen teilnahmen. Dies war ein wichtiger Sieg für die Zivilgesellschaft. Übrigens wurde im Zuge der Geschehnisse am Unabhängigkeitstag der Chef der Polizei in Ljubljana und weitere Beamte zuerst abgemahnt und dann der Chef der Cops in Ljubljana endgültig Ende September entlassen und durch einen anderen Cop ersetzt, der mehr auf der Linie der Regierung und der von *Olaj* liegt. Außerdem befiehlt sich *Olaj* (und der Innenminister) seit Wochen mit einer der Polizeigewerkschaften, weil diese eine Petition gegen die zunehmende Politisierung der Polizei startete. Dabei war sich der Innenminister nicht zu schade persönliche Daten von einzelnen Gewerkschaftsmitgliedern abfragen zu lassen und an andere Stellen weiterzuleiten, was einen Verstoß gegen den Datenschutz darstellt.

Ein weiteres und das vermutlich wichtigste Bindeglied zwischen der Regierungspartei SDS und den organisierten Neonazis in Slowenien ist der Staatssekretär für innere Sicherheit, *Žan Mahnič*. Seine Verbindungen zu Neonazis reichen lange zurück. 2010 half *Mahnič* beispielsweise beim Aufbau des SDM (der Jugendorganisation der SDS) in *Žiri* und mindestens zwei Blood & Honour-Mitglieder, *Kristjan Podobnik* und *Dejan Prosen*, waren damals in dieser Organisation aktiv. Im Rahmen einer Veranstaltung im Jahr 2017 lud *Mahnič* einen der Anführer der slowenischen Identitären (*Žan Žalec*) zu einem Vortrag ein. *Mahnič* war damals Präsident des SDM.

Wie bereits berichtet ist der Betreiber der NTA die Gesellschaft zur Förderung traditioneller Werte, welche durch *Purgar* vertreten wird. Die Gründer halten sich bedeckt, aber aufgrund des Gesetzes über den Zugang zu öffentlichen Informationen konnte herausgefunden werden, dass es sich um *Žan Žalec*, *David Mojškerc* aus *Radovljica* (Mitbegründer der slowenischen Identitären) und *Žiga Bauer* aus *Domžale* handelt. *Bauer* ist ein ehemaliges SDS-Mitglied, das der Slowenischen Nationalpartei (DOM) beigetreten ist, aber ein langjähriger Freund von *Žalec* und *Mahnič* geblieben ist; beide nahmen Ende August 2019 an seiner Hochzeit teil. Standesbeamter war übrigens der Bürgermeister von *Gorenja vas - Poljane* und ehemalige SDS-Abgeordnete *Milan Čadež*. *Žiga Bauer* war mehrere Jahre Mitglied des SDS und dessen Jugendführung, bei den letzten Kommunalwahlen stand er auf der SNS-Liste von *Zmago Jelinčič*, wurde aber nicht in den Gemeinderat gewählt.

Die Bewegung der Identitären genießt die offene Unterstützung sowohl der SDS als auch der SNS. Gemeinsam arbeiteten Vertreter auch an dem Buch „Manifesto za domovino“ (Manifest für das Heimatland) mit, das im *Obzorja*-Verlag herausgegeben wurde, der teilweise im Besitz des SDS ist und das *Mahnič* in die Nationalversammlung mitbrachte. Stolz machte er ein Foto des Buches dort und postete es in sozialen Medien.

Žalec ist auch als Mitglied der Fangruppe *Green Dragons Olimpija Ljubljana* sehr aktiv, wo es viele Identitäre geben soll (gilt auch für die *Maribor Violas*, die beispielsweise beim Fußball Derby 2015 Plakate mit patriotischen und migrantenfeindlichen Inhalten zeigten). Im Dezember 2018 organisierten das SDS Stadtfraktion *Kranj* und die Identitären in *Kranj* gemeinsam einen Runden Tisch mit dem Titel „Migration und Menschenrechte“, an dem der SDS-Abgeordnete *Branko Grims* und *Bernard Brščič*, der seine Partei DOM damals noch nicht gegründet hatte, sprachen. Gemeinsam arbeiteten sie auch an den Büchern „Manifest für das Heimatland“ und das „Europa der Nationen“, die ebenfalls vom *Obzorja*-Verlag herausgegeben wurden, der sich wie gesagt teilweise im Besitz der SDS befindet. Die Anthologie „Europa der Nationen“ wurde von *Branko Grims*, *Zmago Jelinčič*, *Bernard Brščič* und einigen Identitären mitgestaltet. *Mahnič* soll auch den Mitgliedern der SDS-Jugendgruppe weiterhin sehr verbunden sein, allen voran *Kristjan „Razy“ Podobnik* und *Dejan Prosen*, Mitglieder der Gruppe Blood and Honor, die vor Jahren den

Abgeordnete *Grims* in der Nationalversammlung besuchten und von diesem im Parlament herumgeführt wurden.

Neben der rechtsextremen Regierungspartei SDS und ihrer Jugendorganisation SDM gibt es weitere Parteien und Organisationen, die noch weiter rechts stehen. Ebenfalls im aktuellen Parlament vertreten ist die SNS (Slowenische Nationale Partei). Sie wurde 1991 gegründet und vertritt einen eigenständigen slowenischen Nationalismus (vgl. dazu die Veneter-Theorie). Vorsitzender ist *Zmago Jelinčič*, der immer wieder durch nationalistische und ausländerfeindliche Sprüche auffällt oder dadurch dass er im Parlament bei Sitzungen einschläft. Die SNS ist seit 2019 Mitglied der *Allianz für Frieden und Freiheit*, der unter anderem auch die italienische *Forza Nuova* oder die NPD angehören.

Da einigen Mitglieder*innen der SDS die Ausrichtung der Partei noch nicht rechts genug war, traten sie aus der Partei aus und gründeten die *Partei Domovinska Liga* (DOM / Heimatliga). Die „Vorbilder“ der Partei sind Rechtspopulisten wie der Italiener *Matteo Salvini* oder die Französin *Marie Le Pen*. Der Vorsitzende der Partei, *Bernard Brščič*, hatte sich in der Vergangenheit bereits immer wieder als Ideologe der slowenischen Alt-Right-Bewegung profiliert. Neben Hass auf Minderheiten verbreitet er auch immer wieder holocaustleugnerische Ansichten. Für das Manifest der slowenischen Identitären schrieb er das Vorwort.

Die ZSi ist eine weitere äußerst recht Splitterpartei in Slowenien. Sie ist der parlamentarische Ableger der rechten „*Štajerska varda*“ (Steirer Garde). Anführer der Garde ist der Rechtsextremist *Andrej Šiško*. Der ehemalige Anführer der Ultras von *NK Maribor* kann auf eine lange neonazistische Karriere in Slowenien zurück schauen. 1992 wurde *Šiško* wegen des Verdachts des versuchten Mordes inhaftiert. Es wurde ihm vorgeworfen, eine Bombe an einem Auto angebracht zu haben, wobei ihm *Zmago Jelinčič* (SNS) assistiert haben soll. 2006 wurde er deswegen erneut verhaftet und zu zwei Jahren Haft verurteilt, in einem Berufungsprozess wurde das Strafmaß auf 22 Monate reduziert. *Jelinčič* wurde hingegen freigesprochen. Seit etwa 2004 engagierte er sich auch bei der Gruppe *Hervardi*, die eine Abstammung der Slowenen von den Venetern vertritt (ähnlich der SNS) und die offen mit rechtsextremen Ideen sympathisiert.

Bis vor wenigen Jahren warnte die Gruppe vor einer Balkanisierung Sloweniens, jetzt sieht sie in der Einwanderung die größte Gefahr. Nach Angaben *Šiškos* wurde die paramilitärische Organisation der *Steirischen Garden* 2017 zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Frieden und zum Schutz der Grenze gegründet, ihr sollen einige hundert Mitglieder angehören. Mitglieder der Organisation marschierten im September 2018 in olivgrüner Uniform und teilweise bewaffnet in einem Wald nahe der österreichischen Grenze auf. Nach dem Aufmarsch kündigte die slowenische Polizei eine Untersuchung an und führte fünf Hausdurchsuchungen durch. Im März 2019 wurde *Šiško* wegen Aufruf zum Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung zu acht Monaten Haft verurteilt. Im Oktober 2019 bestätigte das Landgericht in Maribor das erstinstanzliche Urteil, das somit Rechtskraft erlangte. Trotz der eindeutig rechtsextremen Ausrichtung der *Garden* gab es in der Vergangenheit immer wieder Überlegungen von Seiten der Regierung, die *Garden* in Polizei oder Armee einzugliedern, ehe 2020 ein Gesetz beschlossen wurde, dass ihnen verbietet an der Grenze zu patrouillieren oder in Uniform aufzutreten.

Die slowenische Coronaleugner*innen-Szene

*Hier eine kurze Vorstellung der wichtigsten Protagonist*innen der slowenischen Coronaleugner*innen, Impfgegner*innen, etc., die ab Mitte September 2021 verstärkt in den Fokus des öffentlichen Interesses rückten. Davor gab es auch schon Proteste und Aktionen, aber diese waren eher unbedeutend.*

Zoran Stevanović:

Der ehemalige Cop, jetzt Stadtrat von *Kranj* und Präsident und Gründer der politischen Partei *Resni.ca*, ist innerhalb von wenigen Monaten zu einem der Hauptgesichter der Proteste gegen die 3G-Regeln, die aktuell im Land gelten, geworden. Große Ambitionen hat er auch bei den anstehenden Parlamentswahlen, bei denen er mit seiner Partei antreten will. Selbst in der breiten

slowenischen Öffentlichkeit ist jedoch nicht viel über *Stevanović* bekannt. Zeit ihn daher etwas näher zu betrachten.

Bisher war nur bekannt, dass *Stevanović* ganz weit rechts steht. Er war Mitglied der *Slowenischen Nationalpartei* (SNS), löste sich jedoch nach einem Streit mit Parteichef *Zmago Jelinčič* von ihr. Er vertrat migrantenfeindliche und andere rechte Ansichten, die in der Vergangenheit auch durch den SDS-Propagandaapparat verbreitet wurden. Dies deutet darauf hin, dass *Resni.ca* das fehlende Glied sein könnte, das Janša aufgrund der bevorstehenden Auslöschung der SMC-Partei aus der politischen Szene sucht (die Koalitionspartei SMC hat derzeit Umfragewerte im Promillebereich), um eine neue Koalition zu bilden. Mit der Mehrheit der potentiellen Abgeordneten der Partei, die seit Anfang des Jahres unter *Resni.ca* firmiert, könne man sich sicher viel leichter auf eine Zusammenarbeit einigen, als mit der jetzigen Opposition, rechnet *Janša* sich wohl aus.

Stevanović hat den Wählern auch 2018, als er im zweiten Wahlgang die Wahl zum Bürgermeister von Kranj verlor, seine frühere Beschäftigung nicht preisgegeben. Auf folgende Fragen gibt es daher noch keine eindeutige Antwort:

Soweit bekannt war er Mitinhaber einer Security-Firma, die unter dubiosen Umständen Pleite ging. Dies war bereits zu einer Zeit, als *Stevanović* Probleme mit dem Gesetz hatte. Die Staatsanwaltschaft beschuldigte ihn, einem Gast in einer Bars in *Kranj* eine leichte Körperverletzung zugefügt zu haben, doch das Gericht sprach ihn mangels Beweise frei. Als *Stevanović* 2014 erstmals als offiziell Arbeitsloser für das Amt des Bürgermeisters von *Kranj* kandidierte, hatte sein Unternehmen bereits Liquiditätsprobleme. Nach drei weiteren Jahren Betrieb scheiterte es kläglich und ging endgültig bankrott.

Stevanović wusste offensichtlich im Voraus, dass dies passieren würde. Anfang 2016 kaufte er Aktien von den verbliebenen Aktionären und übernahm zuvor die Position des Direktors. Er gab einem der Partner kurz vor der Insolvenz Geld zurück, mit dem er die finanziellen Probleme des Unternehmens scheinbar löste. Erst im Juli 2016 meldete *Stevanović* Insolvenz an. "Es war nicht möglich, mit den Einnahmen des Unternehmens Kosten und Schulden zu decken", verteidigte sich *Stevanović*, damals bereits frisches Mitglied der SNS von *Jelinčič*. Doch Insolvenzverwalterin *Klaudija Gaber* entdeckte eine leere Insolvenzmasse und den Verdacht auf Unregelmäßigkeiten.

Nach der Insolvenz des Joint Ventures kandidierte *Stevanović* 2018 für das Amt des Bürgermeisters von *Kranj* – diesmal erwähnte er einen als Job als Mitarbeiter in einer Werbeagentur. Ein ehemaliger Geschäftspartner der Sicherheitsfirma von ihm ging jedoch in das Innenministerium. Warum ist es wichtig, dass der ehemalige Geschäftspartner von *Stevanović* als Sektionschef in einer Direktion tätig ist? Sein Team ist der Hauptautor der Verordnungen, gegen die sich die Partei von *Stevanović* während der gesamten Epidemie eingesetzt hat, um zu beweisen, dass Covid-19 nicht als Krankheit existiert und nur Teil einer internationalen Verschwörung ist. Während *Stevanović* im sozialen Netzwerk Facebook eine große Follower-Community aufbaute, die u.a. keine Masken tragen möchte, verfasste diese Sektion die bewegungseinschränkende Bestimmungen und die sogenannte Ausgangssperre, die weit über 100 Tage andauerte. Diese Maßnahmen wurden von der Covid-19 Expertenkommission übrigen nie empfohlen.

Der Chef der Sektion innerhalb der Cops hat gute Beziehungen zu *Žan Mahnič*, dem Staatssekretär für nationale Sicherheit im Kabinett *Janša*, den er aus Jagdkreisen kennt.

Auch arbeitete die Sektion an dem Vorschlag, die *Garden* in den regulären Polizei oder Grenzbetrieb zu integrieren. Der Chef der steirischen Garde nahm vor drei Jahren mit an einem Runden Tisch zu patriotischen Werten teil. Es wurde vom Institut für patriotische Werte organisiert. Zu dieser Zeit operierten das Institut noch unter derselben Adresse wie die spätere rechtsextreme Partei DOM, angeführt von Präsident *Bernard Brščić*, einem ehemaligen Angestellten von *Janšas* Kabinett während der Amtszeit seiner zweiten Regierung. Einer der Mitbegründer der Heimatliga war auch *Andrej Žerovc*, der heute eine wichtige Rolle in der Partei *Resni.ca* spielt.

Auch zu *Purgar* von den slowenischen "Gelbwesten" hat *Stevanović* ein gutes Verhältnis. Im Juli

2021 traten sie gemeinsam in einem Podcast auf.

Anica Bidar:

Bidar ist in einer Führungsposition bei den Steirischen Garden gewesen und immer noch in der ZSi (mit der sie auch an den nächsten Wahlen antreten will). Zwar behauptet sie nicht mehr bei den *Garden* aktiv zu sein, unterstützt aber die Gruppe immer noch aktiv auf sozialen Medien. In der Vergangenheit versuchte sie immer wieder über ihre Facebookgruppe „Maske dol (Maske runter)“ zu Protesten aufzurufen. Allerdings fanden diese Aufrufe kaum Beachtung. Erst im September konnte Sie mit Hilfe von *resni.ca* eine breitere Öffentlichkeit erreichen.

Ladislav Troha:

Troha ist wohl die schillerndste Figur der slowenischen Coronaleugner*innenszene. *Troha* war Mitarbeiter der Schutz- und Rettungsverwaltung im Verteidigungsministerium, wo er seit 1999 tätig war. Im Jahre 2001 verschwand er plötzlich für sechs Monate. Er behauptete, er sei von "dunklen Mächten" entführt worden. Am Ende kam heraus, dass er seine eigene Entführung nur vorgetäuscht hatte. In der Presse wird er oft als der "singende Major" bezeichnet, da er vor dem Parlament mit der Gitarre auf angebliche Schikanen in der Armee aufmerksam machte. 2010 war er unter anderem mit *Andrej Šiško* und anderen Neonazis aus der damaligen Splitterpartei SSN (Partei des Slowenischen Volkes) bei einem Volksbegehren aktiv zur Verhinderung der Aufnahme Kroatiens in die NATO. Nachdem er 2014 aus einer TV-Sendung geworfen wurde, trat er in einen 61-tägigen Hungerstreik, zuerst vor dem Parlament, später vor dem Sender RTV Slowenien.

Mittlerweile ist er Vorsitzender der OPS (Bewusste Menschen in Slowenien). Die Vereinigung hat sich immer mehr zum slowenischen Q-Anon-Ableger entwickelt. Die OPS versuchte bereits 2020 sich bei den Protesten gegen die rechtsextreme Regierung einzubringen, wurde aber ignoriert. Daher versuchte *Troha* mit seiner Gruppe eigene Proteste zu inszenieren, was aber nach wenigen Versuchen, wegen Mangel an Teilnehmer*innen aufgegeben wurde.



Politische Ereignisse

Ab dem 01.07.2021 übernahm Slowenien und damit die rechtsextreme Regierung von Jansa die Ratspräsidentschaft der EU. Das Land rückte für kurze Zeit in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Trotzdem setzte die Regierung den Kurs weiter fort, das Land in einen faschistischen Polizeistaat zu verwandeln. Einer der Tiefpunkte war beispielsweise, dass am 01. November auf dem Friedhof von *Zale* (Ljubljana) ein offizieller Kranz der Regierung niedergelegt wurde für die Mitglieder der Heimwehr im Zweiten Weltkrieg. Die Heimwehr waren slowenische Nazikollaborateure. In *Zale* sind u.a. auch Mitglieder einer Einheit begraben, die zu einer SS-Einheit gehörten. Die Regierung bzw. der Regierungschef geben sich mittlerweile nicht mal mehr Mühe seine Gesinnung zu verheimlichen. Die Angriffe auf die Presse gingen weiter, gleichzeitig wurde der Regierungschef von Gerichten wegen seiner Äußerungen in sozialen Medien zu Geldstrafen verurteilt. Weitere Gerichtsurteile von Bedeutung waren, dass das Verfassungsgericht das Verbot von Versammlungen während des zweiten Lockdowns im Land kippte, da das Recht auf Protest auch in einem Lockdown gewährleistet sein muss, laut Urteilsbegründung.

Gegen einige Minister*innen im Kabinett wurden Verfahren wegen Korruption eingeleitet und auch den Regierungschef holte seine Vergangenheit ein, als er mit Vorwürfen konfrontiert wurde, dass er in Urlauben auf Mauritius mit slowenischen Geschäftsleuten heimlich Aufträge vergab. Die Aussichten für die SDS auch in den nächsten Wahlen wieder die Regierung stellen zu können, werden immer geringer, daher ist es die einzige Möglichkeit der Partei weiter an der Macht zu bleiben, wenn Sie einen Ausnahmezustand erschaffen o.ä.. Es ist vermutlich auch die letzte Chance von *Jansa* an der Macht zu bleiben. Unter diesem Klima fanden die Proteste ab Juli 2021 statt. Natürlich gab es noch mehr Vorfälle und Skandale, aber den politischen Wahnsinn gebührend darzustellen der im Land ab dem 01.07. stattfand würde den Rahmen dieses Artikels sprengen.

Daher ist es also kein Wunder, dass die SDS, in Anbetracht der fehlenden Mehrheit bei den nächsten Wahlen, alle Hebel in Bewegung setzt, um die Kontrolle über wichtige staatliche Gremien zu erlangen und die Kontrollfunktion über die Medien auszubauen. Daher erhielt die staatliche Nachrichtenagentur STA beispielsweise über 300 Tage kein Geld. Daher werden Personen, die es nicht schaffen die Kontrolle über eine Stelle zu erlangen sehr schnell wieder abgesetzt. Daher wird mittlerweile jeder noch so kleine Protest von riot cops begleitet. Jede Protestäußerung bedeutet auch ein Zeichen des Kontrollverlustes der rechtsextremen Regierung.

Chronologie der Proteste

Selbstverständlich gingen die Proteste gegen die rechtsextreme Regierung trotzdem weiter. Natürlich im Sommer nicht mit den Massen an Menschen wie im Frühjahr.

Protest am 02.07.2021:

Am Freitag 02.07. fand eine Vollversammlung der Protestierenden (Protestna ljudska skupščina) statt in der in Kleingruppen zu verschiedenen Themen / Forderungen diskutiert wurde und dann den Zuhörer*innen vorgestellt wurden.

Am Rande der Proteste tauchte *Urban Purgar* in einer Gelben Weste mit der Aufschrift NTA auf und versuchte Menschen der Vollversammlung zu interviewen. Begleitet wurde er dabei von einer Security aus Neonazis, die ihn vor eventuellen Angriffen schützen sollten. Trotz versuchter Provokationen und der Anwesenheit von weiteren Neonazis „in Zivil“ ließ sich aber niemand provozieren und *Purgar* ließ seinen unfreiwilligen Comedy Auftritt nach knapp 90 Minuten sein und stand dann isoliert mit seinen Securities am Rande des Platzes der Republik herum.

Protest am 09.07.2021:

Der freitägliche Protest am 09.07. war der Protest vor dem Referendum über das Trinkwasser und dessen Schutz in Slowenien. Trotz des Beginns der Ferien kamen mehrere Tausend Menschen.

Das Referendum selbst wurde zu einer schallenden Ohrfeige für die Regierung. Fast 50% aller Berechtigten stimmten ab und 86% davon stimmten gegen das Gesetz, welches im März von der Regierung beschlossen wurde. Im Referendum ging es um Bestimmungen im neuen Gesetz, die die bauliche „Entwicklung“ von Küsten-, See- und Flussufergebieten regeln. Eine breite Allianz aus diversen NGOs und Wasser-Fachleuten kritisiert das Gesetz und warnt vor überhand nehmenden Bauvorhaben, die den öffentlichen Zugang zu Stränden einschränken und möglicherweise auch die Qualität des Grundwassers beeinträchtigen könnten.

Die Regierung tat vieles, um den Ausgang des Referendums zu beeinflussen, z.B. wurde der Termin in die Sommerferien verschoben. Es wurden neue Wahllokale und Wahlkreise bestimmt. Ältere Menschen erhielten zu spät ihre Benachrichtigungen. Aber es gab auch eine große Solidarität unter den Menschen, so wurden eben jene ältere Menschen von Taxifahrer*innen umsonst abgeholt und zum Wahllokal gefahren.

Im Juli und August gingen die Proteste weiter, wenn auch nicht mehr mit den Zahlen des Frühjahrs.



Protest am 20.08.2021:

Dieser Protest war der 70. Protesttag gegen die rechtsextreme Regierung und es war ein doppelter Protest. Am späten Nachmittag protestierten Menschen auf dem Nationalberg der Slowenen, dem Triglav gegen die Regierung und die Vereinnahmung des Berges durch die SDS für ihre Propaganda. In den Wochen davor gingen immer wieder Gruppen von SDS-Mitgliedern auf den Berg und zeigten dort ihre Parteifahnen und -banner. Am Abend folgte dann der üblich Protest in Ljubljana ab 19 Uhr. Dies war aber nicht alles.

Beim Abstieg vom Triglav entdeckten die Protestierenden den rechtsextremen Regierungschef Jansa, den Innenminister Hojs und weitere Politiker, die zufälligerweise ebenfalls an diesem Tag auf dem Triglav unterwegs waren in einer Berghütte. Die Begegnung wurde sofort auf sozialen Medien gestreamt und die Politiker mit etlichen Aussagen konfrontiert, z.B. der Innenminister damit, warum er Neonazis als Perlen bezeichnet. Die sonst in den sozialen Medien so lauten Politiker waren an dem Tag sehr kleinlaut und gaben kaum einen Ton von sich. Nach einigen Minuten gingen sie aus der Hütte und sie wurden dann von einem Helikopter ins Tal geflogen.

Was darauf folgte, war ein versuchter Shitstorm der rechten Regierung und ihrer Trolle gegenüber eine der Wortführerinnen an dem Abend, aber es gibt dieses Video vom Treffen und in den Medien wurde mehr über die Aussage diskutiert, warum der Regierungschef die Protestierenden als „aus einer Irrenanstalt stammende auf Ausflug“ bezeichnete.



Protest am 01.09 und 03.09.2021:

Am 01.09. fand in Bled das jährliche „Strategische Forum“ statt. Es ist eine internationale Konferenz an der hauptsächlich Teilnehmer*innen aus Mittel- und Südosteuropa teilnehmen. Obwohl das Hauptthema die Zukunft Europas war, wurde hauptsächlich über Migration diskutiert. Gegen diese Treffen gab es Protest und an der Wallfahrtskirche am Bleder See wurde weithin sichtbar ein großes Banner mit einem antifaschistischen Symbol ausgelegt. Am Freitag, 03.09., fand dann in Ljubljana wieder der Protest statt. Für den Protest wurde landesweit mobilisiert und das Thema waren die Verbindungen der Regierung zu Neonazis. Einer der Redner war der Journalist *Erik Valenčič*. Es kam zu einer Festnahme wegen Zündens von Pyrotechnik.

Protest in Trbovlje 28.09.2021:

Am 28.09. trafen sich Teile der Regierung mit lokalen Politiker*innen aus der Region *Zasavje*, um über die Entwicklung der Region zu sprechen. *Zasavje* ist die Gegend der Bergbauarbeiter*innen

in Slowenien und die Region war daher schon immer eine Hochburg der Linken. Das Treffen fand im Arbeiterheim *Trbovlje* statt.

Der Protest gegen diese Treffen war der erste größere Protest außerhalb von Ljubljana seit Februar als damals landesweit Proteste für Schulöffnungen stattfanden. Es kamen mehrere hundert Menschen, die direkt vor dem Arbeiterheim protestierten. Es war auch der erste Protest gegen eine Veranstaltung an der Regierungsvertreter*innen teilnahmen. Seitdem gab es bei einigen Veranstaltungen außerhalb von Ljubljana an der Regierungsvertreter*innen oder Vertreter*innen der SDS teilnahmen Proteste.

Neben Sprechchören und Bannern gegen die Regierung gab es in *Trbovlje* auch einen kurzen Versuch, die Kette der Cops vor dem Arbeiterheim zu durchbrechen.

Protest gegen den „Marsch des Lebens“ 03.10.2021:

Am Samstag, 03.10.2021, fand in Ljubljana ein Marsch für das Leben statt. Neben Klerikalfaschist*innen nahmen daran Vertreter*innen der SDS (u.a. *Branko Grims*) und des Koalitionspartners NSi, sowie der Erzbischof von Ljubljana, teil.

Aber völlig unwiderrspochen konnte der Marsch nicht stattfinden. Etwa 100 Menschen stellten sich dem Marsch entgegen und blockierten die vorgesehene Route des Marsches, der dann früher als gedacht abgebrochen werden musste. Neben der Propaganda des Marsches schaffte es der Gegenprotest, dass auch über die Argumente der pro choice-Seite gesprochen wurde.

Aus dem Aufruf zum Gegenprotest:

„Nur gemeinsam werden wir für die Freiheit Aller kämpfen können!

Sowohl in Ljubljana als auch in Polen - Tod dem Patriarchat, Stopp der Gewalt!“

Protest in *Marezige* 07.10.2021:

Marezige ist ein kleines Dorf, welches zu Koper an der Küste des Landes gehört. *Marezige* ist aber auch jener Ort, wo sich am 15.05.1921 Menschen gegen die faschistischen Besatzer aus Italien wehrten. Der Stadtfeiertag von Koper ist daher am 15. Mai und die Schule in *Marezige* ist nach einem der Aufständischen benannt.

Ausgerechnet in *Marezige* also hielt die rechtsextreme SDS ein Regionaltreffen ab, bei dem auch *Jansa* teilnahm.

In unmittelbarer Nähe der Veranstaltungsortes versammelten sich daher Antifaschist*innen, um gegen das Treffen zu protestieren. Eine Kette von riot cops schützt die Veranstaltung vom Protest. Als *Jansa* im Auto zur Parteiveranstaltung gefahren wurde, wurde sein Auto mit Eiern beworfen, wovon einige trafen.

Protest 21.10.2021:

Am 21.10. fand der freitägliche Protest gegen die Regierung wie immer um 19h statt. Als Anspielung auf die Polizeigewalt bei anderen Protesten brachten die Protestierenden diesmal einen eigenen Wasserwerfer mit. Der Wasserwerfer führte den Demozug vom Platz der Republik zum Kulturministerium an. Dort wurden die Protestierenden von den Cops gehindert direkt vor dem Ministerium zu protestieren. Also sprühte der Wasserwerfer Wasser auf die Cops. Dies ist nur ein Beispiel für die Kreativität der Proteste am Freitag.



Ganz anders verhält es sich mit den Protesten der Coronaleugner*innen im Land. Spielten Sie bisher bei den Protesten kaum eine Rolle oder fanden keinen Anschluss an die Proteste oder ihre Proteste waren Flops, änderte sich die im September. Aber diese Proteste sind weder kreativ noch antifaschistisch, dafür gab es schwere Ausschreitungen

Besetzung von RTV durch Coronaleugner*innen 03.09.2021:

Am Freitag, den 03.09., besetzten Coronaleugner*innen um *Ladislav Troha* (OPS) für wenige Minuten ein Sendestudio des staatlichen TV-Senders RTV Slovenia. Bereits vor dieser Besetzung protestierten sie immer wieder vor dem RTV-Gebäude und vor dem 03.09. campierten sie bereits mehrere Tage davor. Dabei kam es immer wieder zu verbalen Angriffen und Spuckattacken auf Journalist*innen des Senders.

Bei der Besetzung wurden ebenfalls Mitarbeiter*innen attackiert und beleidigt. Die Forderung der Besetzer war, dass der Sender auch ihre Meinung darstellen sollte. Nach knapp einer Stunde wurde die Besetzung durch die Cops beendet und 20 Menschen in Gewahrsam genommen.

Protest Coronaleugner*innen 15.09.2021:

Aufgrund der steigenden Zahl an Neuinfektionen führte die slowenische Regierung innerhalb einer Woche neue 3G-Regeln ein. Beispielsweise mussten alle Menschen, die Dienstleister sind, bzw. Kontakt mit Menschen haben entweder geimpft, getestet oder genesen sein. Viele Menschen, die sich wegen der verfehlten Corona Politik der Regierung z.B. nicht impfen lassen wollten oder konnten und auch kein Geld hatten, um einen Test zu bezahlen, verloren so innerhalb kurzer Zeit ihren Job bzw. konnten nicht mehr zur Arbeit gehen.

Am 15.09. trat die neue Regelung in Kraft und an eben jenem Tag rief die Partei der Coronaleugner*innen *resni.ca* zu Protest gegen die 3G-Regeln auf. Der Protest auf dem Platz der Republik mit knapp 8000 Teilnehmer*innen neben dem Parlament verlief zunächst ohne Zwischenfälle. Natürlich nahmen nicht nur Coronaleugner*innen an den Protesten teil, sondern auch viele Menschen, die gegen die 3G-Regeln waren, aber weder Corona leugneten noch Impfungen verdammt. Als der Protest sich gegen 20 Uhr dem Ende entgegen neigte, eskalierte die Situation. Die Polizei erklärte die Versammlung der noch ca. 1000 Anwesenden für beendet und begann den Platz zu räumen, weil Pyrotechnik gezündet wurde. Es kam dabei zu Ausschreitungen. Die Demonstrantinnen und Demonstranten zogen sich zunächst, in kleineren

Gruppen weg vom Parlament in die umliegenden Straßen, zurück. Die Ausschreitungen setzten sich jedoch am späten Abend dann in der Innenstadt fort. Die Polizei wurde mit pyrotechnischen Mitteln, Steinen und Flaschen beworfen, es wurden Barrikaden errichtet und angezündet. Das Parlament wurde mit Steinen beworfen und insgesamt 14 Fenster gingen dabei zu Bruch. Die Cops setzten Tränengas und Wasserwerfer ein.

Zwar hatten Coronaleugner*innen zum Protest aufgerufen, aber der Großteil der Menschen wollte ein Zeichen setzen gegen die willkürlichen und absurden 3G-Regeln der Regierung. Wie absurd die Regeln der Regierung sind, zeigt sich daran, dass beim Protest zunächst alle eingesetzten Cops den geltenden Regeln entsprachen (also getestet, genesen, geimpft). aber als die Situation eskalierte, wurden Cops, die den Regeln nicht entsprachen, via soziale Medien dazu aufgerufen den Dienst sofort anzutreten.

Federführend bei den Ausschreitungen waren Neonazis (u.a. von den "Gelbwesten", diesmal "in Zivil") und rechte Fußball Hools von *Olimpija Ljubljana* und *NK Maribor*. Noch am Abend drückte der Anführer der "Gelbwesten", *Purgar*, seine Solidarität mit den Ausschreitungen aus und bedauerte, dass er nicht selbst an den Ausschreitungen teilnehmen konnte. Vermutlich war er nicht dabei, um seine Haftstrafe, die er kurz danach antrat, nicht weiter zu verlängern. Auch in der Woche darauf kam es wieder zu Ausschreitungen und dem Einsatz von Tränengas und Wasserwerfern.

Protest der Coronaleugner*innen vom 05.10.2021:

Prélude:

Ab dem Sommer versuchten die Regierung und die Führung der Polizei alle Proteste im Land zu kriminalisieren. Es war egal, ob es sich dabei um die bunten, kreativen und antifaschistischen Proteste vom Freitag handelte oder der Protest zu dem die Coronaleugner*innen aufriefen. Jeder Protest gegen die Regierung sollte unterbunden werden. Zunächst waren die Angriffe nur verbal, bald bewachten jedoch jeden Protest Einheiten von Riot Cops in voller Ausrüstung. Nach dem Aufeinandertreffen am *Triglav* wollte die Regierung in aller Schnelle ein Gesetz verabschieden, dass es unter Strafe stellte Kritik an der Regierung oder öffentlichen Vertreter*innen des Staates (Richter*innen, Staatsanwälte*innen, etc....) zu äußern.

Die Cops griffen bei jedem noch so kleinen Verstoß ein und lösten Proteste zum Beispiel wegen Zünden von Pyrotechnik auf. Dabei ist zu sagen, dass die Polizei in Slowenien nicht das Recht hat Proteste ohne triftigen Grund aufzulösen. Es ist dabei egal, ob der Protest angemeldet oder nicht ist (wegen der hohen Gebühren sind die meisten Proteste nicht angemeldet). Wenn die Polizei einen friedlichen Protest auflöst, dann drohen dem verantwortlichen Beamten bis zu zwei Jahren Haft. Ebenso haben die Cops nicht das Recht Menschen, die an einem nicht angemeldeten Protest teilnehmen deshalb zu bestrafen. Menschen, die im Frühjahr beispielsweise deshalb eine Strafe bekommen haben, wurde von Gerichten bestätigt, dass das Vorgehen der Polizei nicht korrekt war und sie die Strafen nicht bezahlen mussten. Aber der Regierung und dem Polizeichef ist dies alles egal. Jeder Protest ist ihnen ein Dorn im Auge. Die Cops dürfen nur eingreifen, wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet ist, was sie mittlerweile als eine solche Gefährdung ansehen, ist, wenn Menschen auf der Straße protestieren und den Verkehr behindern. Dies ist das politische Klima in dem die Proteste mittlerweile stattfinden. Zum Protest am 05.10. kam noch hinzu, dass es in Ljubljana und anderen Städten im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft zu verschiedenen Treffen von EU-Staatschefs kam. Deshalb verbot der Innenminister kurzerhand jeden Protest für mehrere Tage. Dies ist möglich, wenn eben die öffentliche Sicherheit gefährdet ist, aber dieser Paragraph wurde bisher in Slowenien kein einziges Mal benutzt.

Der Protest:

Trotzdem rief die Partei der Coronaleugner*innen für Mittwoch den 05.10. zum Protest auf. Es kamen mehr als 10.000 Menschen, die einerseits immer noch gegen die 3G-Regeln protestierten, andererseits kam hinzu, dass wenige Tage vor dem Protest eine 20-jährige Frau angeblich an den Folgen einer Impfung gestorben war. Ob dies so war, ist bis heute nicht geklärt, Fakt ist aber, dass der Impfstoff, den die Frau erhielt von der slowenischen Impfkommision nicht für Menschen ihres

Alters empfohlen wurde und an sie nicht hätte verimpft werden dürfen.

Zunächst versammelten sich die Menschen auf dem umzäunten Platz der Republik ab 15h. Nach etwa zwei Stunden Reden sollte der Demonstrationzug beginnen. Nach wenigen Metern stoppten die Cops die Spitze der Demo, daher wich die Masse der Menschen auf Seitenstraßen aus und formte nach wenigen Minuten einen Protestzug an einer anderen Stelle. Der Grund warum die Cops den Protest angeblich stoppten, war, dass eine EU-Delegation in einem nahen Hotel nicht zum Tagungsort außerhalb von Ljubljana fahren konnte. Nach etwa einer halben Stunde versuchten die Cops mit Hilfe von Wasserwerfern die Menschen von den Straßen zu jagen. Die Menschen wehrten sich und feuerten u.a. Pyrotechnik auf die Cops ab. Dem Wasser der Wasserwerfer war an diesem Tag übrigens Tränengas beigemischt. Zeug*innen zufolge feuerten die Cops auch Warnschüsse in die Luft.

Was folgte war eine beispiellose Polizeigewalt. Die Cops versuchten im Laufe des Abends jede Ansammlung von Menschen zu unterbinden. Sie feuerten Tränengas in jede Menschenmenge. Es war egal, ob sie das Gas auf Spielplätze feuerte, wo noch Kinder spielten oder in der Innenstadt in die Nähe von Restaurants, wo Menschen ihr Abendessen zu sich nahmen. Es war auch völlig egal, ob Menschen davor an den Protesten teilnahmen oder sich nur so trafen. Jede Menschenmenge war ein Angriffsziel. Touristen, die in der Stadt waren, fragten Bewohner*innen von Ljubljana, was denn, angesichts der Bürgerkriegsszenen dank des martialischen Auftretens der Cops, los sei.

Am Ende des Tages feuerten die Cops mehr als 400 Tränengaskartuschen auf Menschen ab. Wenige Wochen zuvor hatten sie das Arsenal an Tränengas noch aufgestockt. Nach diesem Abend war es komplett aufgebraucht. Erst nach mehreren Stunden beruhigte sich die Lage. Neben Wasserwerfern und Tränengas setzten die Cops an diesem Tag alles ein was sie hatten: Pferde- und Hundestaffeln, Helikopter, schwere Waffen (MG), usw.. Immer wieder wurden Warnschüsse in die Luft abgefeuert. An diesem Tag sollte ein Exempel statuiert werden und es wurde eben das ganze Arsenal aufgefahren, dass zur Verfügung stand.

Es kam zu 25 Festnahmen (die meisten wegen Landfriedensbruchs), über die Anzahl der Verletzten gibt es keine genauen Zahlen. Unter den Verhafteten war auch *Zoran Stefanovic* als einer der Organisatoren des Protestes, aber: er hielt zwar am Anfang des Protest eine Rede, aber während der Gewaltexzesse der Cops war er in einem Café weit außerhalb der Innenstadt von Ljubljana und stellte sich erst am Abend selber freiwillig den Cops

Tage später kam heraus, dass an diesem Tag der Innenminister *Hojs* und der Staatssekretär *Mahnič* in der Einsatzzentrale der Cops waren während des Protestes und direkt Einfluss nahmen auf die Entwicklung des Abends. So ist zum Beispiel durch Zeugen überliefert, dass *Mahnič* den Einsatzleiter gefragt hat, warum Person XY noch nicht verhaftet wurde.

Nachspiel:

Allen Menschen in Slowenien war klar, dass die Gewalt der Cops nicht ein Angriff auf die Coronaleugner*innen war, sondern ein Angriff auf das Versammlungsrecht. Deshalb auch der freitägliche Protest an dem die Protestierenden einen eigenen Wasserwerfer präsentierten. Der Protest war bis zu dem Zeitpunkt als die Cops zum ersten Mal die Demo stoppten, völlig friedlich. Trotz aller Tränengaswolken war es unübersehbar, dass die Behörden ihren Wunsch nach Unterdrückung aller Proteste nicht mehr verstecken konnten. Die Regierung *Jansa* suchte nach Wegen diese Repression zu rechtfertigen. Die Politisierung der Polizei führte zu der öffentlichen Ankündigung, dass der Artikel 9, der noch nie in der Geschichte des Landes benutzt wurde, um Versammlungen zu verbieten, nun zur Geltung gebracht werden würde. Beim Protest am 5.10. schien es, dass die Polizei im Nachhinein versuchte sich ein Alibi für die Gewalt und der Politik eines für die Anwendung des Artikels 9 zu verschaffen. Bisher war es völlig ausreichend, wenn die Polizei innerhalb ihrer Gesetze ausländische Delegationen schützte.

Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass der Staatspräsident *Pahor* am Tag vor den Ausschreitungen den Chef der Coronaleugnerpartei *resni.ca* zu einem Gespräch emfing. Einen „Ehre“, die den seit Monaten protestierenden Menschen an den Freitagen nie zu Teil wurde. Die Proteste der Coronaleugner*innen erhielten so eine gewisse politische Legitimation. Dieses Treffen wurde in

weiten Teilen der Presse zerrissen, sowohl von der politischen Linken als auch von der Rechten. Unter anderem hieß es, wie *Pahor* einen Opportunisten empfangen kann, der zu allem bereit ist, um seine Ziele zu erreichen *„und der eine Partei anführt die wegen Impfstoffen durchdreht, aber die Existenz eines Virus leugnet an dessen Folgen zu dem Zeitpunkt bereits mehr als 5000 Menschen in Slowenien gestorben sind“*.

Der beste Kommentar war in *Večer* von *Marko Crnkovic*, einem Antifaschisten: *„Pahor verlieh diesem elenden Misanthropen und soziopathischen Anstifter so soziales Gewicht, politische Bedeutung und Legitimation. Er nahm sich so den letzten Rest Glaubwürdigkeit, den er vor diesem Treffen noch hatte.“* Eine Anspielung darauf, dass der Staatspräsident zu der Faschisierung der Gesellschaft und des politischen Lebens durch die Regierung zu 99,9 % schweigt.

Der Kommentar zeigt auch ganz gut die Unterschiede zwischen den Protesten an den Freitagen und jenen der Coronaleugner*innen um *resni.ca*. Während die Proteste am Freitag immer antifaschistisch sind, werden die Proteste von *resni.ca* von Menschen mit Nazisympathien organisiert. Während an den Freitagen gegen die Einschränkung von Rechten, für die Pressefreiheit und gegen die Faschisierung des politischen Lebens protestiert wird, ist bei *resni.ca* der Protest Mittel zum Zweck. *Stefanovic* will unbedingt in das Parlament. Durch seinen ausschweifenden Lebensstil und die vielen Klagen, die er durch seine dubiosen Geschäfte am Hals hat, braucht der ex-Cop Geld. Ihm ist alles, was den Menschen, die am Freitag protestieren, wichtig ist, egal.

Während der Demos von *resni.ca* kam es beispielweise immer wieder zu Angriffe auf Journalist*innen. Deshalb glauben ihm auch viele seine Distanzierung von *Jansa* nicht, denn er vertritt genau die Standpunkte, die *Jansa* auch von sich geben würde, wäre er nicht in der Regierungsverantwortung. Viele der Menschen, die mit ihm protestieren sind die klassischen Wähler der SDS, die sich jetzt enttäuscht von dieser Partei ab- und *resni.ca* zuwenden. Daher halten viele die Partei von *Stefanovic* für einen weiteren Versuch von *Jansa* sich eine Satelliten Partei aufzubauen mit der er nach den nächsten Wahlen irgendwie wieder an die Macht kommen kann, da zwei seiner Koalitionspartner bei den nächsten Wahlen mit Stimmen im Promillebereich rechnen müssen und die klerikal faschistische NSi deutlich an Stimmen verlieren wird, braucht *Jansa* unbedingt neue Koalitionspartner. Daher versucht er auch alles, um eben einen Ausnahmezustand herbeizuführen, um Wahlen zu verhindern. Wahrscheinlich ist dies das letzte Mal, dass er in Slowenien die Chance hat an der Macht zu sein. Er weiß, was ihm droht, wenn er die nächsten Wahlen verliert. Er wird zur Rechenschaft gezogen werden für alle seine kriminellen Machenschaften in den letzten 30 Jahren in Slowenien, sei es der verbotene Verkauf von Kriegswaffen Anfang der 90-er oder seine Absprachen mit Lobbyisten auf Mauritius oder die Korruptionsaffäre rund um den Hauskauf in Trenta, wo unbekannte Gelder flossen oder die unbekannte Finanzierung seiner Partei Medien, wo ein dubioser Geschäftsmann ihm half Gelder zu waschen und legalisieren.

Scheinbar ist die Mobilisierungsfähigkeit der Coronaleugner*innen aber wieder am Abnehmen. Zu den Protesten am Mittwoch Ende Oktober kamen bereits deutlich weniger Menschen und seitdem *resni.ca* seit dem November nicht mehr zu den Protesten aufruft, sondern nur noch *Maske dol* von *Bidar* sind es nur noch wenige Menschen, die an den Protesten teilnehmen. Darüber, dass *resni.ca* sich nicht mehr sich an der Mobilisierung zu den Protesten beteiligt, kam es zu offenem Streit zwischen *Bidar* und *Stefanovic* und zur quasi Spaltung der Bewegung. Beide haben ja auch politische Ambitionen mit unterschiedlichen Parteien.

Die antiautoritäre Linke

Was machte die antiautoritäre Linke in all der Zeit?

Nachdem sie sich zum Herbst 2020 aus der Organisation der freitäglichen Proteste gegen die rechtsextreme Regierung zurückgezogen hatte, ging sie nur noch gelegentlich (außer bei der Räumung des AT Rog) als Gruppe erkennbar auf die Straße. Am 21.08. machte sie am ehemaligen AT Rog eine Aktion gegen die Gentrifizierung in Ljubljana und am 28.08. organisierte sie eine Demo für Geflüchtete aus Afghanistan. Am selben Tag fand in Ljubljana das alljährliche Fußballturnier gegen Rassismus statt. Beim Protest gegen den Marsch des Lebens waren ebenfalls viele Antiautoritäre dabei. Es erschien wieder eine neue Ausgabe der anarchistischen Zeitung und ebenso gab es wieder kostenloses Essen für Alle in verschiedenen Parks. Zum 30. Jahrestag der Besetzung des *Metelkova*-Geländes gab es ein Programm und eine Ausstellung zur Besetzung.

Das Ereignis, dem die antiautoritäre Linke im Land seit etlichen Monaten entgegen fieberte, war die Ankunft der zapatistischen Delegation im Rahmen der „Rundreise durch Europa“. Die Delegation wurde bei der Ankunft im Metelkova-Gelände mit Pyrotechnik empfangen und ein erster Austausch fand statt. In den nächsten Tagen wurden verschiedene Orte in Slowenien besucht. Unter anderem ging es an die Grenze zwischen Slowenien und Kroatien, um dort die Grenzanlagen anzuschauen. Auf dem Rückweg wurde eine ehemaliges Lazarett der jugoslawischen Partisanen besucht. Es wurde ein Ausflug nach *Maribor* zum dortigen *AZ Pekarna* gemacht und der „Pfad der Erinnerung“ wurde gemeinsam begangen. Vor der Ankunft gab es einige Workshops zu den Zapatist*innen als Vorbereitung auf das Treffen und die gemeinsamen Tage.



Während der Ausschreitungen auf der Demo der Coronaleugner*innen waren antiautoritäre Linke auf den Straßen von Ljubljana unterwegs, um die Polizeigewalt zu dokumentieren oder Anwohner*innen und Passant*innen zu warnen, damit sich diese aus der „Gefahrenzone“ begeben. So gibt es zum Beispiel ein Video in dem dokumentiert ist, dass Antiautoritäre Familien auf einem Spielplatz warnen. Kurz nachdem die letzte Familie ging, landeten die ersten Tränengaskartuschen dort.

Natürlich nahmen Antiautoritäre auch immer wieder an den Protesten am Freitag teil, aber nicht als offen auftretende Gruppe. So wurde v.a. zu dem Protest in *Marezige* intern mobilisiert.

Ausblick

Es ist schwer vorstellbar, wie Slowenien noch weiter nach rechts rücken und wie weit die Faschisierung des Landes mit Hilfe der Cops noch gehen soll. Der, nicht nur politische, Schaden, den die dritte Amtszeit von *Janša* in Slowenien mittlerweile angerichtet hat, wird das Land noch lange nach dem Ende der Karriere von ihm beschäftigen.

Vor wenigen Tagen verkündete der Staatspräsident *Pahor* Wahlen zum erstmöglichen Termin und zwar am 24. April 2022. Bis dahin werden die Proteste wohl weitergehen und bis dahin wird sich die Regierung weiter an die Macht klammern.

Dass die Proteste weitergehen werden, daran wurde beim freitäglichen Protest am 12.11. keinen Zweifel gelassen. Mehrere 1000 Menschen sammelten sich auf dem *Prešeren Platz* und verkündeten so lange auf die Straße zu gehen, bis die Regierung Geschichte sei. Wegen der sich rapide verschlechternden epidemiologischen Lage achteten die Menschen freiwillig auf Mindestabstände und trugen zum Großteil MNS. Die Cops waren überraschend zurückhaltend. Im Gegensatz zu anderen Protesten wurden auch kaum Menschen kontrolliert.

孫子兵法

Sūnzǐ Bīngfǎ

Der lange Sommer der Autonomie



Justus

Wir hatten ja schon einige Texte zum Italien der 70er, die meisten davon waren Übersetzungen von uns. Manches Gold hebt mensch allerdings, wenn er/sie/es gar nicht auf der Suche danach ist, quasi zufällig darüber stolpert. So wie mit diesem wunderbaren Überblick über den "langen Sommer der Autonomie", der in 'Feierabend!', einem libertären Heft aus Leipzig, das von 2014 - 2016 verlegt wurde, erschien, und dessen [digitale Hinterlassenschaft](#) zum Glück erhalten geblieben ist. Wir haben die insgesamt sechs Beiträge bearbeitet, mit Bildern versehen und zusammengefasst. Viel Vergnügen bei der Lektüre. Und nachträglich Dank an Justus. Sunzi Bingfa

Operaismus für Anfänger*innen (Teil 1)

Operaismus? Mit dem Begriff dürften wohl die meisten (auch die meisten linken Aktivist*innen) erst mal wenig anfangen können. Operaismus, das war doch so eine obskure linke Theorieströmung, die im Italien der 60er und 70er eine gewisse Rolle spielte? Genauer wissen die meisten leider nicht.

Bekannter ist da schon der „Post-Operaismus“, der dank Antonio Negris und Michael Hardts Theorie-Bestseller „Empire“ nicht nur in Teilen der globalisierungskritischen Linken, sondern auch in universitären Kreisen und im bürgerlichen Feuilleton eine Weile als der letzte heiße Scheiß gehandelt wurde.

Mit Negri werden wir uns im weiteren Verlauf dieser Artikelreihe noch auseinandersetzen. Im Zentrum stehen soll er allerdings nicht. Schließlich gibt es weitaus interessantere und wichtigere Theoretiker*innen des Operaismus – denen wollen wir uns in dieser und den kommenden Feierabend! -Ausgaben widmen.

Ursprünglich war „Operaismus“ (vom italienischen „operaio“, „Arbeiter“ abgeleitet) eher ein Schimpfwort, etwa im Sinne von „Arbeitertümelei“, als Vorwurf einer übergroßen Fixierung auf die Fabrik Arbeiterschaft. Freilich machte genau das die Originalität der frühen operaistischen Theoretiker*innen aus, dass sie sich mit den Verhältnissen in den Fabriken beschäftigten und die Arbeiter*innen als Subjekte ernst nahmen. Der Operaismus war damit auch ein Versuch, die

marxistische Theorie von unten her zu erneuern, sie auf das Italien der Nachkriegszeit anzuwenden, um sie an den realen Verhältnissen zu prüfen und zu aktualisieren.

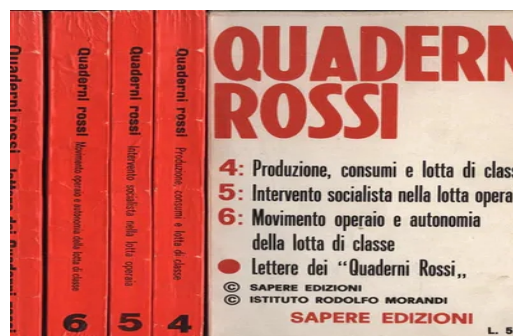
Die Theoriegeschichte des Operaismus ist so zugleich auch eine Geschichte der Klassenkämpfe im Italien der 1960er und 70er Jahre. Das macht den Versuch einer vorläufigen Definition nicht gerade einfacher: Das operaistische Denken lässt sich – wenigstens in seinen besseren Momenten – eben nicht von seinem Gegenstand trennen und auf eine Anzahl von Begrifflichkeiten und Lehrsätzen herunterstutzen. Die zweite Schwierigkeit besteht darin, dass auch der Operaismus sich im Laufe der Entwicklung drastisch veränderte: In den frühen 60er Jahren war es noch eine recht kleine Zahl von Linksradikalen, die als „Operaisten“ verunglimpft wurden. In den späten 60ern verband sich der Begriff mit einer breiten sozialen Bewegung, der sogenannten *Autonomia Operaia* (Arbeiterautonomie), die sich spätestens im ‚Heißen Herbst‘ 1969 eindrucksvoll zu Wort meldete. Eine neue Generation junger Arbeiter*innen rebellierte gegen die Arbeit und brachte mit wilden Streiks die Machtverhältnisse in den norditalienischen Fabriken ins Wanken.

Und wenn wir uns die 70er Jahre anschauen, wird die Sache noch unübersichtlicher: Während in den Fabriken wieder halbwegs Ruhe einkehrte, weiteten sich die Kämpfe auf neue Bereiche aus, neue Gruppen kamen hinzu: Frauenbewegung, jugendliche Erwerbslose, Hausbesetzer*innen... Die Gruppe *Lotta Femminista* entwickelte ausgehend von der operaistischen Arbeitskritik eine Kritik der Hausarbeit. Andere Theoretiker*innen (allen voran Toni Negri) verloren angesichts der verwirrenden Vielfalt dieser neuen autonomen Bewegung endgültig den Kopf. Dies soll in den letzten beiden Teilen dieser Artikelreihe das Thema sein.

Ein weites Feld also – aber die Auseinandersetzung lohnt sich. Schließlich ist auch unsere heutige Realität noch durch die Klassenkämpfe der 60er und 70er Jahre und deren Folgewirkungen geprägt (das reicht bis hin zur mittlerweile chronischen Finanzkrise). Und von den Analysen und Untersuchungen der Operaist_innen lässt sich auch heute noch einiges über die innere Dynamik dieser Kämpfe lernen. Das wäre gerade heute wichtig, wo ein Großteil der bundesdeutschen Linken längst nicht mehr von Klassenverhältnissen redet und sich passend dazu in bequemer Hoffungslosigkeit eingerichtet hat. Die operaistische Untersuchung könnte da den Blick dafür öffnen, dass wir längst nicht so machtlos sind, wie wir zu sein glauben. Zu diesem Punkt haben die Operaist*innen, trotz der manchmal trockenen und komplizierten Sprache ihrer Texte, einiges zu sagen. Aber genug der langen Vorrede – *here we go*.

Das große Wachstum

Als Geburtsstunde des Operaismus kann wohl unbestritten das Jahr 1961 gelten – damals erschien in Turin die erste Ausgabe der Quaderni Rossi (Roten Hefte). Die treibende Kraft hinter diesem Zeitungsprojekt war Raniero Panzieri, ein langjähriges Mitglied der PSI (Partido Socialista Italiano, Sozialistische Partei Italiens). Um Panzieri und die Quaderni Rossi herum sammelte sich eine kleine Gruppe von Intellektuellen, zum Großteil unzufriedene Mitglieder der PSI bzw. der PCI (Partito Comunista Italiano, Kommunistische Partei Italiens). Ziel dieser Gruppe war es, die neuen Klassenkonflikte, die sich in der italienischen Industrie andeuteten, genauer zu untersuchen.



In den 1950er Jahren hatte Italien eine Phase der raschen nachholenden Industrialisierung durchgemacht. Zwar lag die Produktion nach Ende des 2. Weltkriegs am Boden. Aber schon 1949 hatte sie wieder das Vorkriegsniveau erreicht. Gefördert durch US-amerikanische Aufbauhilfe und den Beitritt Italiens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, setzte ein rasantes Wachstum ein. Die veraltete Infrastruktur des Landes wurde erneuert, der Wohnungsbau boomte ebenso wie die Petrochemie, die Stahl- und die Autoindustrie. Allein von 1949 bis 1953 stieg die Produktion um 63%, und dann von 1953 bis 1961 noch mal um 100%. Dieses Wachstum konzentrierte sich freilich vor allem auf die traditionelle Industrieregion im Norden Italiens. Der seit jeher von der Landwirtschaft geprägte Süden profitierte dagegen kaum vom allgemeinen Aufschwung.

Auch die Parteien der Linken, die PCI und die PSI, unterstützten vorbehaltlos den „Wiederaufbau“. Dabei hielten sie zwar am Fernziel der „Demokratisierung“ (so der offizielle Parteijargon – gemeint war die Verstaatlichung) der Industrie fest, bis auf weiteres galt ihnen aber erstmal die Steigerung der Produktion als die dringendste Aufgabe. Durch ein rasches Wirtschaftswachstum sollte der Lebensstandard der proletarischen Wählerschaft gehoben, aber auch den bürgerlichen Parteien gegenüber Koalitionsfähigkeit demonstriert werden. Auch die von der PCI und PSI kontrollierten Gewerkschaften ordneten sich deren Linie unter – wo sich Widerstand unter den Arbeiter*innen regte, traten die Organisationen der alten Arbeiterbewegung immer offensichtlicher als Ordnungsmacht im Sinne des Staates und der Unternehmer auf.

Zugleich blieben auch die PSI und PCI nicht von der tiefen Orientierungskrise verschont, in die praktisch alle Parteien der Kommunistischen Internationalen zu dieser Zeit gerieten. Das Jahr 1956 bildete dabei den Wendepunkt. Auf dem 20. Parteitag der KPdSU, der sowjetischen kommunistischen Partei, machte Chruschtschow erstmals die Verbrechen des Stalinismus öffentlich. Und auch die Niederschlagung des proletarischen Aufstands in Ungarn im selben Jahr trug wesentlich dazu bei, den sowjetischen Realsozialismus als Leitbild fragwürdig zu machen.

Diese Ereignisse lösten auch in der PCI und PSI heftige Debatten aus, die freilich in erster Linie nur dazu beitrugen, die schrittweise Sozialdemokratisierung beider Parteien nur noch weiter zu beschleunigen. Andererseits eröffnete die ideologische Verunsicherung aber auch Spielräume für weit tiefgreifendere kritische Auseinandersetzungen. In diesen spielte Raniero Panzieri eine wichtige Rolle, zumal er dafür genau in der richtigen Position war: Mitte der 1950er saß er nicht nur im Zentralkomitee der PSI, sondern auch in der Chefredaktion der parteieigenen Theoriezeitschrift *Mondo Operaio*. Dort veröffentlichte Panzieri 1958 auch seine „Sieben Thesen zur Frage der Arbeiterkontrolle“ (1), in denen er harte Kritik am „italienischen Weg zum Sozialismus“ übte. Panzieri ging dabei von einem Konzept der Selbstverwaltung aus – „Sozialismus“ bedeutete für ihn die Kontrolle und Verwaltung der Produktion durch die Arbeiter*innen selbst. Dieses Ziel, so erklärte er, lasse sich aber nicht auf rein parlamentarischem Wege erreichen. Wer etwas anderes behaupte, falle damit in bürgerliche Mystifikationen zurück, welche „den bürgerlich-repräsentativen Staat nicht als das darstellen, was er ist, d.h. als einen Klassenstaat, sondern als einen über den Klassen stehenden Staat“. Der Staat war für Panzieri eben kein neutrales Terrain, kein reines Instrument, das sich einfach übernehmen und für beliebige Zwecke einsetzen lasse.

Vielmehr, so forderte Panzieri, müsse das Proletariat sich im Zuge seiner Kämpfe eigene Institutionen aufbauen, und zwar „in der ökonomischen Sphäre“, wo der wirkliche Ursprung der Macht liege. Von dieser (rätekommunistischen) Position her kritisierte Panzieri auch das leninistische Konzept der Avantgarde-Partei, „die naive, aus der Tradition der Aufklärung stammende Vorstellung, das Proletariat müsse zur Machtausübung ‚erzogen‘ werden.“ Von entscheidender Bedeutung war für ihn die „Sicherung der revolutionären Autonomie des Proletariats [...] gegen die reformistische Unterwerfung und gegen die Konzeption einer ‚Führung‘ (führende Partei, führender Staat)“. Die Partei sollte nur ein „Instrument“ der Klassenbewegung sein, keine paternalistische Führung ausüben, sondern lediglich „als Impulsgeber und zur Unterstützung der Organisationen, in denen sich die Klasseneinheit artikuliert“, auftreten. Panzieri rückte also das Proletariat an die erste Stelle und erwies sich so tatsächlich als guter Arbeitertümler im Sinne des eingangs erwähnten Vorwurfs. Eine sicherlich sympathische, wenn auch keineswegs widerspruchsfreie Position: Für das angepeilte Ziel war die Partei, und sei es nur als „Instrument“, schlichtweg untauglich. Indem er den Aufbau neuer proletarischer Institutionen forderte, gab auch Panzieri selbst das implizit zu. Dennoch hoffte er auf eine Erneuerung der alten Arbeiterbewegung von innen heraus und fühlte sich der PSI (welche lange Jahre seine politische

Heimat gewesen war) nach wie vor verbunden.

Krise der Gewerkschaften

Das verhinderte aber nicht, dass er in der Partei mehr und mehr an den Rand gedrängt wurde. Desillusioniert siedelte Panzieri 1959 von Rom nach Turin über, wo ihm eine Stelle beim renommierten Verlagshaus Einaudi angeboten worden war. Dort fand er bald Kontakt zu anderen Abtrünnigen und Unzufriedenen, welche die Lage ähnlich sahen, wie Panzieri Ende 1959 es in einem Brief skizzierte: *„Die Krise der Organisationen – Parteien wie Gewerkschaften – liegt in der wachsenden Trennung zwischen ihnen und der realen Bewegung der Klasse, zwischen den objektiven Kampfbedingungen und der Ideologie und Politik der Parteien begründet. Deswegen kann das Problem nur angegangen werden, indem man von den Bedingungen, Strukturen und Bewegungen der Basis ausgeht. Und die Analyse wird nur durch Teilnahme an den Kämpfen vollständig werden.“* (2)

An die Basis, in die Fabriken gehen, die Verhältnisse dort untersuchen, Analysen erarbeiten und sich auf diesem Wege in die laufenden Konflikte einmischen – genau das war das Aktionsprogramm der Gruppe, die sich um die *Quaderni Rossi* sammelte. Die Zeitschrift war in diesem Sinne nicht nur als Forum für theoretische Reflexion, sondern auch als Mittel der Intervention gedacht.

Unterstützung für das Projekt kam auch von einigen lokalen Funktionären des Gewerkschaftsbunds CGIL (3), welche über den schwindenden Rückhalt ihrer Gewerkschaft unter den Arbeiter*innen besorgt waren.

*Die Unternehmen setzten auf Massenproduktion für den Export. Damit ging nicht nur eine massive Ausweitung der Fließbandarbeit einher. Zugleich geriet dadurch auch die Facharbeiterschaft, welche traditionell das Rückgrat der Gewerkschaften bildete, immer mehr unter Druck. Die Spezialkenntnisse der Facharbeiter wurden durch die zunehmend mechanisierte Produktion weitgehend verzichtbar, und damit schwand auch ihre Durchsetzungsmacht. Diese Schwächung der Gewerkschaften war von den Unternehmen auch durchaus gewünscht. So wurden z.B. kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre in gesonderten Abteilungen von den anderen Arbeiter*innen isoliert – bekannt und berüchtigt war in dieser Hinsicht vor allem die Abteilung ‚Roter Stern‘ bei Fiat. Zugleich stellten die Unternehmen massiv neue Arbeitskräfte ein. Rund eine Million neuer Beschäftigter kam so in die Produktion, gegen Ende der 1950er vor allem junge Männer aus dem Süden Italiens – eine neue Generation von Arbeiter*innen, die kaum einen Bezug zu den Institutionen der alten Arbeiterbewegung hatten.*

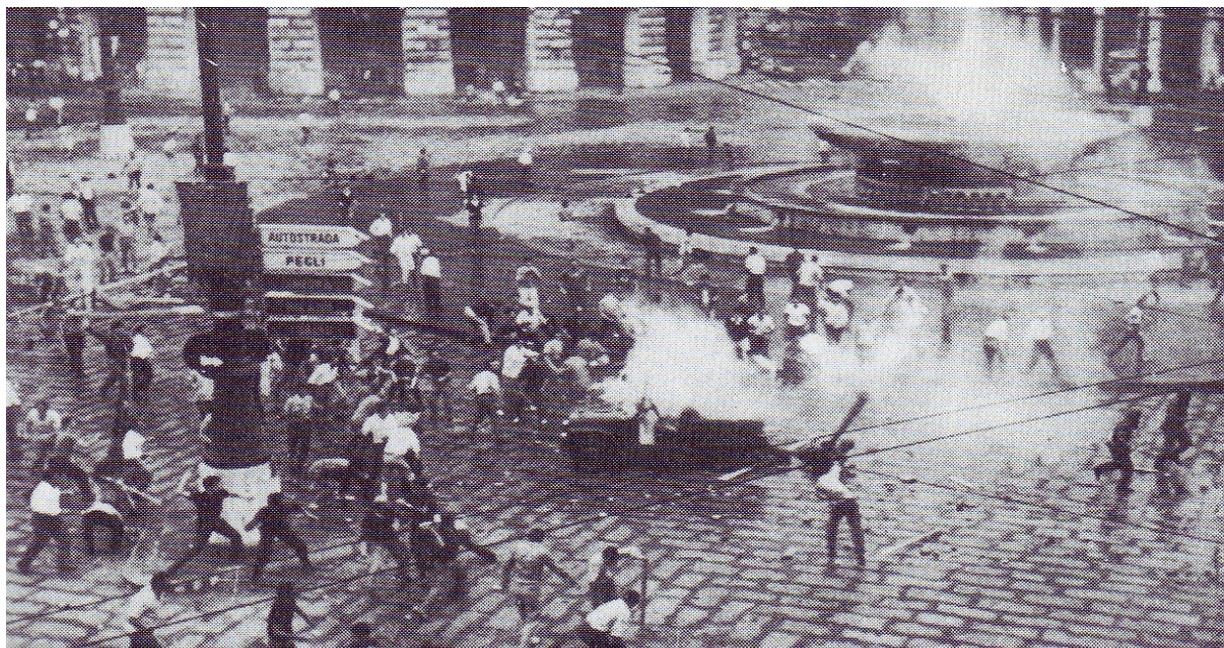


Die Gewerkschaftsführung hatte dieses Schwinden ihrer Basis lange ignoriert. Sie mühte sich vielmehr, in der großen Politik mitzumischen, wo sie z.B. staatliche Investitionsprogramme zur Sicherung der Vollbeschäftigung forderte. Dafür bekam sie bald die Quittung: 1955 verlor die CGIL bei den Betriebsratswahlen bei *Fiat* ihre bis dahin unangefochtene absolute Mehrheit. Aber auch diese offensichtliche Niederlage führte nicht zu einem Umdenken. Die Gewerkschaft bemühte sich zwar um ein offensiveres Auftreten bei den Lohnverhandlungen. Damit war sie aber insgesamt wenig erfolgreich. Im Vergleich zur steigenden Arbeitsproduktivität stagnierten die Löhne. Und ohnehin war es längst nicht nur die miese Bezahlung, welche für Unmut unter den Arbeiter*innen sorgte, sondern noch ganz andere Fragen, etwa der Stumpfsinn der Fließbandarbeit oder die rigiden Zeitvorgaben.

Was für Konflikte sich da anbahnten, ließ sich 1959 schon erahnen. Denn langsam aber sicher begann sich neuer Widerstand der Arbeiter*innen zu regen. Exemplarisch dafür waren z.B. die Streiks, die 1960 in der Textilindustrie begannen. Bei diesen Kämpfen spielten die Gewerkschaften kaum eine Rolle: Nur etwa 10% der (größtenteils weiblichen) Beschäftigten waren überhaupt gewerkschaftlich organisiert. Dennoch zeigte sich in ihren Kämpfen eine Art der ‚unsichtbaren Organisation‘, die sich in neuartigen Aktionsformen äußerte, etwa sogenannte „Schachbrettstreiks“, welche die Produktionskette plötzlich, stunden- oder schichtweise an immer wechselnden Abschnitten lahmlegten.

*Und auch in der norditalienischen Metallindustrie kam es 1959/60 zu flächendeckenden Streiks. Diese Kämpfe waren nebenbei auch ein schlagender Gegenbeweis zu der These, durch die Neustrukturierung der Industrie sei der Klassenkampf endgültig befriedet: Denn nun traten gerade in den technisch fortschrittlichsten Unternehmen die heftigsten Konflikte zu Tage – wobei allerdings die Fiat-Werke eine bezeichnende Ausnahme bildeten. Aus genau diesem Grund war Fiat dann auch das erste Ziel der Fabrikuntersuchungen, die von den Aktivist*innen der Quaderni Rossi begonnen wurden.*

In politischer Hinsicht war aber ein weiteres Ereignis von noch größerer Wichtigkeit: Anfang Juli 1960 hatte die neofaschistische Partei MSI (*Movimento Sociale Italiano*) ihren Nationalkongress anberaumt – mit Unterstützung der Regierung, und ausgerechnet in Genua. Nur 15 Jahre nach Kriegsende und in einer Stadt, die als traditionelle Hochburg der Arbeiterbewegung bekannt war, musste dies als klare Kampfansage erscheinen. In Genua kam es zu tagelangen Straßenschlachten zwischen der Polizei auf der einen und Student*innen und Arbeiter*innen auf der anderen Seite (4). Landesweit gab es Demonstrationen. Die Unruhen führten schließlich zum Sturz des Ministerpräsidenten Tambroni und zu einem neuen Mitte-Links-Bündnis, in dem nun auch die PSI einen Platz hatte.



Kritik der Maschinerie

Die erste Nummer der *Quaderni Rossi* stieß unter diesen Umständen auf reges Interesse. Die Auflage war in wenigen Tagen ausverkauft, und wurde nicht nur in der Linken gelesen und diskutiert. Panzieri veröffentlichte in diesem Heft einen Artikel „Über die kapitalistische Anwendung der Maschinerie im Spätkapitalismus“ (5), in welchem er die Grundzüge jener marxistischen Technologiekritik entwickelte, die einen der wesentlichen und originellsten Teile der operaistischen Theorie ausmacht. Vorrangig ging es Panzieri in seinem Text darum, „die verschiedenen ‚objektivistischen‘ Ideologien zu widerlegen, die derzeit im Hinblick auf den technischen Fortschritt (insbesondere im Zusammenhang mit der Phase der Automation) wieder aufkommen.“

Gemeint war damit das typische Technikkonzept der sozialdemokratisch-leninistischen Linken, das sich grob in drei aufeinander aufbauenden Glaubenssätzen zusammenfassen lässt: 1. *Die technischen Produktionsmittel haben mit den Produktionsverhältnissen, den gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnissen, nicht das Geringste zu tun.* 2. *Die Technik entwickelt sich eigenständig, aus ihrer eigenen inneren Logik heraus.* Und weil 3. *die Technik in sich vernünftig ist, steht der technische Fortschritt immer auf Seiten des Fortschritts schlechthin.* (6)

Mit diesem Schema ließen sich die ökonomischen Umwälzungen der Nachkriegszeit beim besten Willen nicht erfassen. Und genau in dieser Unfähigkeit sah Panzieri die anhaltende Krise der Gewerkschaften begründet. Nach wie vor, so bemerkte er, würden die Veränderungen in zahlreichen Positionen und Analysen nur verzerrt erfasst, indem sie „in ‚reiner‘, idealisierter Form dargestellt werden, isoliert von den konkreten Zusammenhängen mit den allgemeinen und (in Bezug auf die Macht) entscheidenden Elementen der kapitalistischen Organisation.“ Maßnahmen und Neuerungen, die vor allem die Macht der Unternehmer sichern und zur Kontrolle der Arbeiter*innen beitragen sollten, würden so „mit Entwicklungsstufen einer objektiven ‚Rationalität‘ verwechselt“.

So wurde beispielsweise „die positive, ‚rationale‘ Funktion des MTM betont, da ‚der Techniker durch die Fertigungszeiten gezwungen ist, die Methoden zu untersuchen“.“ (Panzieri zitierte an dieser Stelle den CGIL-Funktionär Silvio Leonardi.) MTM steht für *methods-time measurement* (deutsch meist als „Arbeitsablauf-Zeitanalyse“ übersetzt). Bei dieser Methode werden die für einzelne Arbeitsvorgänge benötigten Zeiten gemessen, tabellarisch erfasst und auf dieser Grundlage dann Planvorgaben für bestimmte Fertigungsschritte gemacht. Die Zielsetzung solcher Maßnahmen – die größtmögliche Verdichtung der Arbeitszeit – war eigentlich offensichtlich. Das hinderte Gewerkschaftsfunktionäre wie Silvio Leonardi aber nicht daran, in jeder derartigen Maßnahme der Unternehmer einen weiteren Schritt in Richtung Sozialismus zu sehen.

Panzieri hatte dafür nur beißenden Spott übrig: „Man hegt nicht den leisesten Verdacht, dass der Kapitalismus die neue ‚technische Basis‘, die der Übergang zum Stadium der fortgeschrittenen Mechanisierung (und der Automatisierung) ermöglicht hat, dazu ausnutzen könnte, um die autoritäre Struktur der Fabrikorganisation zu verewigen und zu konsolidieren. Der ganze Industrialisierungsprozess ist nämlich angeblich von der ‚technologischen‘ Zwangsläufigkeit beherrscht, die zur Befreiung ‚des Menschen von den Schranken führt, die ihm seine Umwelt und seine physischen Möglichkeiten auferlegen‘.“

Panzieri dagegen betrachtete (ähnlich wie Marx) das „Maschinensystem“ der Fabrik vor allem als Herrschaftsinstrument: „Im Kapitalismus werden nicht nur die Maschinen, sondern auch die ‚Methoden‘, die Organisationstechniken, usw., dem Kapital einverleibt und den Arbeitern als Kapital, als ihnen fremde ‚Rationalität‘, gegenübergestellt. Die kapitalistische ‚Planung‘ setzt die Planung der lebendigen Arbeit voraus.“ Indem er so die Rolle der Planung für die kapitalistische Wirtschaft hervorhob, leistete Panzieri sich gleich noch einen weiteren Verstoß gegen die marxistisch-leninistische Orthodoxie, für die „Planung“ und „Sozialismus“ ein und dasselbe waren.

So widersprach er energisch allen Hoffnungen, die technische Entwicklung würde schon von allein den geschichtlichen Fortschritt mit sich führen. Es gebe „keinen ‚objektiven‘, verborgenen Faktor, der dem technischen Fortschritt oder der Planung in der spätkapitalistischen Gesellschaft immanent ist und die ‚automatische‘ Transformation oder den ‚notwendigen‘ Umsturz der

*bestehenden Verhältnisse gewährleistet.“ Nur durch die Auflehnung der Arbeiter*innen könne der Kapitalismus überwunden werden, und diese Überwindung geschehe „nicht als Fortschritt, sondern als Bruch, nicht als ‚Enthüllung‘ der verborgenen Rationalität, die dem modernen Produktionsprozess innewohnt, sondern als Schaffung einer vollkommen neuen Rationalität, die im Gegensatz zu der vom Kapitalismus praktizierten Rationalität steht.“*



In theoretischer Hinsicht war das ein wichtiger Schritt nach vorne, auch wenn Panzieris Analyse in vielen Punkten noch reichlich holzschnittartig blieb. Die Untersuchungen in den Fabriken, wie sie die Aktivist*innen der *Quaderni Rossi* 1961 begannen, sollten bald ein weitaus widersprüchlicheres Bild ergeben... Aber dazu mehr im nächsten Teil.

Fussnoten Teil 1:

(1) Raniero Panzieri: „Sieben Thesen zur Frage der Arbeiterkontrolle“, *Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit*, Nr. 10 (1989), S. 171ff.

(2) zitiert nach Steve Wright: „Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operaismus“, Assoziation A, Hamburg/Berlin 2005, S. 31.

(3) *Confederazione Generale Italiana del Lavoro*, während des 2. Weltkriegs mit Unterstützung der kommunistischen, sozialistischen und christdemokratischen Parteien gegründet, um 1960 aber vor allem der PCI nahe stehend.

(4) Eine lebendige Beschreibung der Ereignisse findet sich bei Danilo Montaldi: „Italien, Juli 1960“, in Nanni Ballestrini/Primo Moroni: „Die goldene Horde – Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien“, Assoziation A, Berlin 2002, S. 18.

(5) Online unter www.wildcat-www.de/thekla/07/t07panzi.htm zu finden. Die oben angegebenen Seitenzahlen folgen denen der deutschen Übersetzung in Claudio Pozzoli (Hg.): „Spätkapitalismus und Klassenkampf – Eine Auswahl aus den Quaderni Rossi“, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 1972.

(6) Diese Haltung hat in der sozialdemokratisch-bolschewistischen Linken eine lange Tradition. Symptomatisch dafür ist z.B. eine Äußerung Lenins aus dem Jahre 1918 über die Vorzüge der „wissenschaftlichen Arbeitsorganisation“. Diese vereinige in sich *„die raffinierte Bestialität der bürgerlichen Ausbeutung und eine Reihe wertvollster wissenschaftlicher Errungenschaften in der Analyse der mechanischen Bewegungen bei der Arbeit, der Ausschaltung überflüssiger und ungeschickter Bewegungen, der Ausarbeitung der richtigsten Arbeitsmethoden, der Einführung der besten Systeme der Rechnungsführung und Kontrolle usw.“* zu bieten habe, und folgerte: *„Die Sowjetrepublik muss um jeden Preis das Wertvolle übernehmen, was Wissenschaft und Technik auf diesem Gebiet errungen haben.“* Vergleiche dazu auch Angelika Ebbinghaus, „Taylor in Russland“,

Operaismus für Anfänger*innen (Teil 2)

Willkommen zum zweiten Teil unserer Operaismus-Reihe. Nachdem im letzten Heft vor allem die historischen Umstände behandelt wurden, unter denen sich der Operaismus als eigenständige Strömung der italienischen radikalen Linken entwickelte, soll dieser zweite Teil nun tiefer in die Materie einführen. Vor allem soll hier ein zentraler Angelpunkt der operaistischen Theorie und Praxis beleuchtet werden: das Projekt der „Arbeiteruntersuchung“. Und wir wollen uns einer Person widmen, ohne die diese Untersuchung und der Operaismus insgesamt wohl kaum zu denken wäre – *Romano Alquati*.

Rufen wir uns aber vorher kurz die Ausgangslage in Erinnerung: Um 1960 befand sich die traditionelle Arbeiterbewegung in Italien in einer tiefen Krise. Die großen Unternehmen – allen voran das Automobilunternehmen FIAT – hatten den Boom der Nachkriegszeit dazu genutzt, ihre Produktionsanlagen umfassend zu modernisieren. Mit der flächendeckenden Einführung der Fließbandfertigung ging auch eine weitgehende Dequalifizierung der alten Facharbeiterschaft einher, auf die sich traditionell die Macht der linken Parteien und Gewerkschaften stützte. Zugleich stellten die Unternehmen eine große Zahl an Arbeitskräften ein, die zu Anfang der 1950er Jahre noch meist aus Norditalien stammten. Gegen Ende des Jahrzehnts kamen diese jungen Arbeiter*innen aber vor allem aus dem agrarisch geprägten, verarmten Süden des Landes in die Industriestädte des Nordens. Sie waren auch die treibende Kraft hinter den neuen Konflikten in

den Fabriken, die sich ab 1959 zu regen begannen.

1961 wurde in Turin die Zeitschrift *Quaderni Rossi* (Rote Hefte) gegründet. Die treibende Kraft war dabei *Raniero Panzieri*, ein langjähriges Mitglied der sozialistischen Partei PSI (mit ihm haben wir uns im letzten Heft ausführlich beschäftigt). *Panzieri* erkannte klarer als viele seiner Genoss*innen, dass die Institutionen der Linken weitgehend den Bezug zu den Arbeiter*innen verloren hatten. Um wirksam in die aktuellen Konflikte eingreifen zu können, hielt er vor allem eine eingehende Untersuchung der Verhältnisse in den Fabriken für nötig.

Die Arbeiteruntersuchung

Die Durchführung einer solchen Untersuchung war das gemeinsame Ziel, das die Redaktion der *Quaderni Rossi* verband. Freilich vertraten die Aktivist*innen dabei durchaus widersprüchliche Vorstellungen und Konzepte. So wollte z.B. ein Teil der Redaktion vor allem „neutrale Wissenschaft“ nach dem Vorbild der amerikanischen Industriesoziologie betreiben. Ein anderer hatte es vor allem darauf abgesehen, die Politik der PCI (der kommunistischen Partei) zu beeinflussen und in eine kämpferischere Richtung zu lenken. Und die Turiner Mitglieder der Metallgewerkschaft FIOM, welche das Projekt anfänglich unterstützten, suchten ihrerseits vor allem einen Ausweg aus der Sackgasse, in die die Gewerkschaftspolitik geraten war.

Panzieri versuchte zwischen diesen widerstreitenden Interessen so gut wie möglich zu vermitteln. Seine eigene Konzeption der Untersuchung war eher orthodox und ging von einem recht statischen Verhältnis von Klasse und politischer „Avantgarde“ aus – auf der einen Seite sollte die Untersuchung das Klassenbewusstsein der Arbeiter*innen fördern und zugleich Informationen liefern, auf die sich die weitere politische Arbeit stützen könnte (1).

Das Konzept der *conricerca*, wie Romano Alquati es später entwickelte, griff da schon beträchtlich weiter aus. Schon im Begriff selbst – *conricerca* lässt sich wörtlich etwa als „Mituntersuchung“ übersetzen – steckt bereits eine Kritik der gängigen Industriesoziologie. Die Untersuchung, wie Alquati sie sich vorstellte, sollte keineswegs auf bloße Wissenschaft hinauslaufen. Die Arbeiter*innen sollten nicht als Forschungsobjekt angegangen, sondern vielmehr selbst zu Akteuren der Untersuchung werden. Zugleich sollte in der Untersuchung die Trennung von Theorie und Praxis, von Analyse und politischer Aktion überwunden werden. Die Theorie wurde selbst als dynamischer Bestandteil der angepeilten umstürzlerischen Praxis begriffen, wie Alquati betonte: „Wir erarbeiten unsere Hypothesen für Avantgarden, die den Kämpfen eine Richtung zu geben vermögen; nicht also für neue geschlossene und in ihrer ideologischen Reinheit isolierte ‚Gruppen‘, sondern gerade für diejenigen, die mit oder ohne Titel und Mitgliedsausweis innerhalb oder außerhalb der Fabrik [...] tatsächlich im Zentrum des Klassenkampfes stehen“. (2)

Die Vorgehensweise beschrieb Alquati an anderer Stelle so: „Man beginnt damit, sich anzuschauen, wie die Fabriken beschaffen sind, wie sie wirklich funktionieren, wie die Arbeiter sind, wie die Leitung ist. Man fängt an, den Begriff der Arbeiteruntersuchung zu verbreiten, die zusammen mit den Arbeitern von ihrem subjektiven Standpunkt aus gemacht wird. Eine auf Erkenntnis und Praxis zielende Untersuchung und Forschung, die darauf gerichtet ist, Kämpfe von unten und außerhalb oder oft gegen die vermittelnde Funktion der Parteien und Gewerkschaften auszulösen“ (3)

Prägend für Alquatis Konzept waren vor allem die Erfahrungen, die er in den 1950er Jahren in *Cremona* und dem dortigen Milieu der undogmatischen Linken gesammelt hatte. Alquati gehörte dort der Gruppe der so genannten „Barfuß-Forscher“ an, die sich um den unorthodoxen Kommunisten und Soziologen Danilo Montaldi sammelte. In vielerlei Hinsicht nahm Montaldi wichtige Aspekte der späteren „Arbeiteruntersuchung“ vorweg. Im Zentrum seines Interesses stand das Alltagsleben von marginalisierten Gruppen, etwa der armen Landbevölkerung, das er mit den Mitteln der *oral history* erforschte. Ebenso wichtig war seine Tätigkeit als Übersetzer. So übertrug er etwa die Schriften der amerikanischen *Correspondence*-Gruppe und der französischen *Socialisme ou Barbarie* ins Italienische – diese Gruppen hatten schon in den 50er Jahren Untersuchungen in den Fabriken durchgeführt. Sie boten damit ein direktes Vorbild für die

italienischen Aktivist*innen, die Mitte 1960 mit einer ersten Untersuchung bei FIAT begannen.

Die „neuen Kräfte“

Ein erstes Ergebnis dieser Untersuchungen war der Bericht über „Die ‚neuen Kräfte‘ bei FIAT“. Alquati trug diesen zunächst im Januar 1961 bei einem Kongress der PSI vor. Wenig später wurde der Text in der ersten Ausgabe der *Quaderni Rossi* abgedruckt. Der Bericht beruhte vor allem auf Interviews mit Arbeiter*innen und Mitgliedern der Gewerkschaft – von einer besonders „operaistischen“ Untersuchungsmethode konnte dabei also noch nicht die Rede sein. Auch in seiner Analyse blieb der Text weitgehend an der Oberfläche, Alquati beschränkte sich auf die Beschreibung und die Wiedergabe dessen, was ihm seine Interviewpartner berichteten. Über diese Unzulänglichkeiten war sich auch Alquati im Klaren. So qualifizierte er den Text im Nachhinein (in einem Brief vom September 1971) als Ergebnis „*einer persönlichen journalistischen Untersuchung*“. (4)

Dennoch regte der Bericht große Debatten an. Ganz nebenbei zerlegte Alquati mit seinem Bericht einen zentralen Glaubenssatz der alten Arbeiterbewegung – die Überzeugung, dass es einen notwendigen Zusammenhang von „Klassenbewusstsein“ und „Organisation“ gebe –, indem er nachwies, dass gerade die jungen, weder gewerkschaftlich noch parteilich organisierten Arbeiter*innen es waren, welche die neuen Klassenkämpfe in der Fabrik vorantrieben.

Ab 1949 hatte bei FIAT eine Phase der „Rationalisierung“ begonnen. Insbesondere durch die Einführung neuer „Spezialmaschinen“, die keine oder nur sehr kurze Einarbeitungszeiten brauchten, trieb die Unternehmensleitung eine groß angelegte Neuzusammensetzung der Arbeiterschaft voran. Die spezialisierten Facharbeiter wurden innerhalb des Werks in andere Abteilungen versetzt bzw. entlassen und durch junge und meist ungelernte Arbeitskräfte ersetzt. Dies ging weitgehend problemlos, da sich FIAT durch vergleichsweise hohe Löhne und in Aussicht gestellte Karrieremöglichkeiten ein neues Image als „Arbeiterparadies“ schaffen konnte.

Die vermeintlichen Aufstiegschancen erwiesen sich jedoch bald als Illusion. Die Löhne stagnierten auf lange Sicht. Die Beschäftigten an den Montagebändern und die jungen Techniker erkannten bald, dass die von FIAT angebotenen „Qualifikationen“ wertlos waren und keineswegs zum Aufstieg in eine höhere Lohngruppe führten oder eine erfüllendere Tätigkeit mit sich brachten.

Die jungen Arbeiter*innen hatten von vornherein wenig Bezug zu den linken Parteien und Gewerkschaften, und da deren Politik kaum einen Bezug zu ihren Alltagsproblemen hatte, blieb diese Distanz bestehen. Alquati schrieb: *„Wir können heute beobachten, dass die jungen Arbeiter zwar die Richtigkeit der Gewerkschaftsforderungen anerkennen, dass aber dann selbst diejenigen von ihnen, die in der Fabrik am engagiertesten für eine Wiederaufnahme der Arbeiterkämpfe arbeiten, sich regelmäßig nicht etwa nur weigern, in die Gewerkschaft einzutreten [...], sondern sich vor allem weigern, in irgendeiner Form organisatorische Verantwortung dafür zu übernehmen, dass die Organisation, die diese Forderung erhebt, tatsächlich Fuß fasst.“* Auch die Passivität der älteren Arbeitergeneration, bei der sich nach jahrelangen Rückschlägen und Niederlagen kaum noch Widerstand regte, wirkte abschreckend auf die jungen Arbeiter*innen und verstärkte deren ablehnende Haltung gegenüber den Gewerkschaften: *„Die jungen Arbeiter glauben nicht an die vorhandenen Mittel zur Durchsetzung der Forderungen, denn sie erkennen darin jene Mittel wieder, die zur Integration der alten Arbeiter geführt hatten.“*

Die Gewerkschaften waren unfähig, sich aus sich selbst heraus zu erneuern. Jene ihrer Mitglieder, die sich ernsthaft um Kontakt zu den „neuen Kräften“ bemühten, steckten damit in einem Dilemma – *„auf der einen Seite ist eine Erneuerung notwendig, um die jungen Arbeiter anzuziehen, auf der anderen Seite ist eine Erneuerung nur möglich, wenn die jungen Arbeiter selbst kommen und die Organisation erneuern.“*

Untersuchung bei OLIVETTI

Während der Bericht über FIAT auf einem „journalistischen“ Alleingang Alquatis beruhte, ergab

sich wenige Monate später die Möglichkeit, eine wirkliche kollektive Untersuchung durchzuführen. Ort des Geschehens war das Werk des Unternehmens OLIVETTI (die Firma produzierte vor allem Rechen- und Schreibmaschinen) in Ivrea, einer etwa 70 Kilometer nordöstlich von Turin gelegenen Stadt.



Alquati selbst beschrieb den zeitlichen Ablauf der Untersuchung bei OLIVETTI so: *„Es waren zunächst zwei Genossen, die mit dieser Arbeit begonnen haben, dann arbeiteten hier etwas mehr als zehn Kader mit“* – bei den letzteren handelte es sich um Kader der örtlichen PSI, die die Untersuchung unterstützten. Im Sommer 1961 wurden *„über hundert Gespräche geführt. Damit war das erste Ziel erreicht: nämlich die Suche nach anderen, nichtorganisierten jungen Arbeitern und die Beteiligung einiger ganz junger Arbeiter, die bisher noch nicht politisch gearbeitet hatten; diese Arbeiter konnten jetzt selbständig die Arbeit weiterführen“*

Die Beschreibung stammt aus einem Text Alquatis über „Organische Zusammensetzung des Kapitals und Arbeitskraft bei OLIVETTI“, der in zwei Teilen in der Quaderni Rossi Nr. 2 und 3 abgedruckt wurde und die Ergebnisse der Untersuchung zusammenfasste. Dieses Dokument bietet ein gutes Beispiel der Konzepte und Begrifflichkeiten, die die Aktivist*innen entwickelten, um die komplizierten Verhältnisse und Konflikte in der Fabrik zu erfassen. Freilich würde es hier den Rahmen sprengen, diesen etwa 70 Seiten langen, oft recht kryptischen Text der Reihe nach durchzugehen. Ich werde im Folgenden lediglich einige zentrale Punkte erläutern.

Die Streiks der Jahre 1960 und 1961 waren zwar ein hoffnungsvolles Zeichen gewesen, hatten dabei die jungen Arbeiter*innen doch erstmals unabhängig die Initiative ergriffen. Aber zugleich waren diese Kämpfe beschränkt geblieben und gerade die Arbeiter*innen der größten Werke hatten sich kaum daran beteiligt.

Welche Möglichkeiten gab es nun, diese Isolation zu überwinden? Um das zu beurteilen, war es notwendig, den Produktionsprozess im Ganzen zu untersuchen, die Verbindungen zwischen den Arbeiter*innen und ihren Tätigkeiten ebenso in den Blick zu nehmen wie die bestehenden

Hindernisse und Spaltungslinien.

Alquati ging davon aus, dass sich die sozialen Kämpfe keineswegs „spontan“ ergaben, sondern auf einer informellen, „unsichtbaren“ Organisation der Arbeiter*innen beruhten. Anzeichen dafür hatte er schon bei FIAT vorgefunden, und von dieser Ausgangsthese wurde auch die Untersuchung bei OLIVETTI gelenkt.

Von zentraler Bedeutung ist hier der Begriff der Kooperation. Anders gesagt: Im Produktionsprozess selbst sind die Arbeiter*innen bereits organisiert, nämlich durch das Kapital. Einerseits wird jede/r Arbeiter*in eine eng begrenzte Teilaufgabe im Gesamtprozess zugewiesen, zugleich aber müssen die Arbeiter*innen und ihre vereinzelt Tätigkeiten notwendig in Bezug zueinander treten, damit im Produktionsprozess tatsächlich ein verwertbares Produkt entsteht. Das Kapital kann nicht auf diese Kooperation der Arbeiter*innen untereinander verzichten. Diese ist ihrem Wesen nach ambivalent, einerseits eine Produktivkraft im Dienst des Kapitals, zugleich aber auch die Grundlage eines möglichen Widerstands.

Organisation, Plan und Kooperation

An diesem Punkt knüpfte Alquati an die Technologiekritik an, wie sie zunächst von Raniero Panzieri formuliert worden war (vgl. Teil 1 unserer Artikelreihe). Er zeichnete allerdings ein widersprüchlicheres Bild, indem er die Entwicklung der Maschinerie mit dem Verhalten der Arbeiter*innen in Beziehung setzte.

Mittels der Maschinerie war es der Unternehmensleitung möglich, auf die Kooperation der Arbeiter*innen Einfluss zu nehmen – bestimmte „Sachzwänge“ zu schaffen, Zeiten für bestimmte Arbeitsschritte vorzugeben und damit Druck auszuüben usw. Vor allem das Fließband spielte eine wichtige Rolle dabei, die verschiedenen Tätigkeiten „dem Niveau der kürzesten Arbeitszeit anzugleichen“. Diese Kontrolle, wie sie in der Maschinerie selbst schon angelegt war, wurde durch die Methoden der „wissenschaftlichen Arbeitsorganisation“ (Analyse der Bewegungsabläufe, Zeitmessungen usw.) ergänzt.

Das ideale Ziel der Unternehmensleitung war ein Endzustand, in dem die Kooperation der Arbeiter*innen völlig über die Maschinerie vermittelt und von dieser bestimmt gewesen wäre – ein Zustand umfassender Kontrolle, in dem die von oben kommenden Befehle umstandslos erfüllt wurden und das Management stets genau informiert war, was an jedem Teilabschnitt vor sich ging.

Dieses Ideal ließ sich freilich nicht realisieren. So lief die technische Entwicklung nicht einfach auf eine stetig wachsende „Dequalifizierung“ oder eine immer stärkere Unterwerfung der Arbeiter*innen unter die Maschinerie hinaus. Zwar wurden diesen in der Tat bestimmte Entscheidungskompetenzen genommen. Dieser Prozess lief aber keineswegs darauf hinaus, die Arbeiter*innen insgesamt auf den Stand von „Affen“ oder „Automaten“ zu reduzieren, wie es die gängige linke Kritik befürchtete. Letztlich wurden gerade die gleichförmigen Routinebewegungen auf die Maschinerie übertragen, während die Arbeiter*innen vor allem jene Aufgaben übernehmen mussten, die bewusste Aufmerksamkeit verlangten. Tatsächlich waren auch die „unqualifizierten“ Arbeitskräfte am Fließband ständig zur Improvisation und zur schnellen Entscheidungsfindung gezwungen, übten also keineswegs nur eine rein „ausführende“ Tätigkeit aus (5).

Das war natürlich nicht unbedingt eine Verbesserung: Die körperliche Anstrengung wurde durch die Technik verringert, aber dafür kamen neue, vor allem nervliche Belastungen hinzu, die auf Dauer ebenso zermürend waren – zumal die Arbeitszeit stetig verdichtet und den Beschäftigten immer noch zusätzliche Aufgaben aufgebürdet wurden.

Zugleich machte Alquati bei seinen Gesprächen regelmäßig die Erfahrung, *„dass die Arbeiter, die zunächst die gesamten konventionellen, offiziellen Mythen über die Organisation der Abteilung wiederholt hatten, am Ende schließlich so darüber urteilen: ‚Hier ist alles bis ins kleinste organisiert und festgelegt, und trotzdem gibt es noch zu viele wichtige Dinge, die bei der Arbeit nicht funktionieren. Wenn man sieht, wie minutiös man sich hier um eine Organisation kümmert, die*

dann doch nicht so funktionieren kann, dann könnte man fast auf den Gedanken kommen, dass bei OLIVETTI die organisierte Desorganisation studiert wird.“

Unter diesen Umständen konnten die Arbeiter*innen viele vorgegebene Planziele nur in eigenmächtiger Weise erreichen, indem sie die Arbeit neu unter sich verteilten, Vorschriften bewusst ignorierten usw. Die Planziele wurden erfüllt, aber ihre Umsetzung erfolgte in einer Weise, *„die für die Betriebsspitze nicht zu erkennen ist“ – „der Kapitalist ist so gezwungen, immer wieder von vorne anzufangen und sich der Art anzupassen, wie der Arbeiter seinen Plan verwirklicht. Hier verbirgt sich in den Arbeitsverhältnissen eine tägliche Klassenseinmischung“,* wie Alquati erkannte.

Dieser Konflikt äußerte sich vor allem als zäher Kleinkrieg: Die Arbeiter*innen versuchten sich die Arbeit zu erleichtern, ein paar freie Minuten zu gewinnen, während Management, Kontrolleure usw. ihrerseits versuchten, diese Lücken zu schließen und die Arbeitszeit so weit wie möglich zu verdichten.

Alquati beschrieb dies als Kreisbewegung mit folgenden Stationen: Zunächst wird eine neue Maschine eingeführt, was mit der Festsetzung einer vorläufigen neuen Arbeitsnorm einhergeht. Diese kann von den Arbeiter*innen zunächst nur in improvisierter, informeller Weise bewältigt werden. Nach und nach bilden sich dabei neue Handlungsrouinen und Fertigkeiten heraus, die dann wiederum als Ausgangsbasis für neue Planvorgaben dienen.

Die informelle Kooperation der Arbeiter*innen bildete so die Grundlage der technischen Erneuerung und Modernisierung. Zugleich erkannte Alquati in diesen Verhaltensweisen die ersten Ansätze einer möglichen „Arbeiterautonomie“ gegenüber dem Kapital. Die weitere technische Vereinheitlichung der Produktionsabläufe, so lautete seine These, würde mittelfristig auch zu einer Neuzusammensetzung der Arbeiter*innenklasse und zu einer Ausweitung der bestehenden Konflikte innerhalb der Fabriken führen.

Es sollte sich rasch zeigen, dass Alquati mit dieser Prognose richtig lag. Im Sommer 1962 machte eine Welle von Streiks deutlich, wie groß die Entfremdung zwischen der Arbeiterschaft und der institutionellen Arbeiterbewegung inzwischen geworden war. Indem sie sich in diese Konflikte einmischten, gerieten die operaistischen Aktivist*innen rasch in Konfrontation mit der Gewerkschafts- und Parteibürokratie. Zugleich traten auch innerhalb der Redaktion der Quaderni Rossi die politischen Gegensätze offen zutage – eine Spaltung wurde unvermeidlich. Im selben Maße, wie die neuen autonomen Klassenkämpfe an Fahrt gewannen, gewann auch die operaistische Theorie an Eigenständigkeit und nahm genauere Konturen an. Aber dazu mehr im nächsten Heft.

Fussnoten Teil 2:

- (1) So liest es sich jedenfalls in Panzieris Text über den „Sozialistischen Gebrauch des Arbeiterfragebogens“, in „Spätkapitalismus und Klassenkampf – Eine Auswahl aus den ‚Quaderni Rossi‘“, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a.M. 1972, S. 105ff. Online ist der Text unter eipcp.net/transversal/0406/panzieri/de zu finden.
- (2) Der Text „Organische Zusammensetzung des Kapitals und Arbeitskraft bei OLIVETTI“ ist als PDF unter www.wildcat-www.de/thekla/05/t05_oliv.pdf zu finden.
- (3) Zitat nach Nanni Ballestrini/Primo Moroni: „Die goldene Horde – Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien“, Assoziation A, Berlin 2002
- (4) Zitiert nach Rieland/Alquati 1974, S. 29.
- (5) Schon in seiner Untersuchung zu FIAT hatte Alquati bemerkt, dass die Qualifizierung nur dazu diene, „die Existenz hierarchischer Stufen zu verfestigen und unter den Arbeitern durchzusetzen, indem man diese Stufen mit einem ‚falschen‘ Prestige ausstattet, dessen ‚Absurdität‘ den neuen Arbeitern durchaus nicht entgeht. [...] Das ganze System der Hierarchisierung hat sowohl innerhalb als auch außerhalb der Fabrik eine politische Funktion.“ Siehe Rieland/Alquati 1974, S. 77.

Operaismus für Anfänger*innen (Teil 3)

Bevor wir in den dritten Teil unserer Operaismus-Reihe einsteigen, ist es wohl sinnvoll, noch einmal einen Blick zurückzuwerfen, auf das, was bisher geschah: 1961 gründete sich in Turin die Zeitschrift *Quaderni Rossi*. Die Initiative dazu ging von Raniero Panzieri aus, der zuvor lange Zeit in der sozialistischen Partei Italiens (der PSI) aktiv gewesen war. Seiner Einschätzung nach hatten sich die Gewerkschaften und die linken Parteien, die PSI ebenso wie die kommunistische PCI, gründlich von ihrer proletarischen Mitgliederbasis entfremdet. Die rasante Modernisierung der norditalienischen Industrie hatte neue Probleme und Konfliktfelder geschaffen, aber die Organisationen der Arbeiterbewegung wussten darauf nicht zu reagieren.

Die Gruppe aus dem Umfeld der *Quaderni Rossi* setzte es sich dagegen zum Ziel, die Verhältnisse in den Fabriken zu erforschen. Wichtig war dabei vor allem die Initiative von Romano Alquati, mit der ich mich im letzten Heft beschäftigt habe. Für Alquati sollten die Arbeiter*innen nicht passive Objekte der Untersuchung sein, sondern diese selbst vorantreiben. Dieser Plan konnte nur bedingt umgesetzt werden, aber immerhin gewann man bei *FIAT* und *OLIVETTI* wichtige Einsichten in das Innenleben der Fabriken. Gerade unter den jungen Arbeiter*innen war die Unzufriedenheit allgemein verbreitet – und Alquati meinte, dass gerade diese „neuen Kräfte“ in den Klassenkonflikten, die sich bereits am Horizont abzeichneten, eine zentrale Rolle spielen würden.

Aufstand auf der Piazza Statuto

Der Wendepunkt kam schneller als vermutet. Das Jahr 1962 markierte den Übergang von der Ära des „Wiederaufbaus“ und der relativen Ruhe der 50er Jahre zu einem neuen Zyklus der Klassenkämpfe. In vielen Unternehmen standen neue Tarifverhandlungen an. Bei diesem Anlass entlud sich der Unmut, der sich schon lange angestaut hatte. Zentrum der Unruhe war Turin, wo auch die Redaktion der *Quaderni Rossi* ihren Sitz hatte.

Schon Anfang des Jahres traten die Arbeiter*innen bei *Lancia* und *Michelin* in den Streik. Bald schlossen sich die Belegschaften der anderen Metallbetriebe an. Und anders als in den Jahren zuvor wurde diesmal auch in den *FIAT*-Fabriken – Gießerei, Flugzeugwerk, Luftfahrttechnik und Walzwerk – die Arbeit niedergelegt. Auf dem Höhepunkt waren in Turin 250.000 Arbeiter*innen im Streik.

Die Unternehmensführung von *FIAT* bemühte sich, die Lage unter Kontrolle zu bringen. Sie schloss nicht nur mit der ‚gelben‘ (also von der Unternehmerseite selbst aufgebauten) Gewerkschaft SIDA eine separate Vereinbarung ab. Auch die sozialistische Gewerkschaft UIL (*Unione Italiana del Lavoro*) war zu gesonderten Verhandlungen bereit. Der Vertrag, auf den sie sich schließlich mit dem Management einigte, beinhaltete zwar Zugeständnisse beim Lohn, aber wesentlich wichtigere Fragen z.B. der Arbeitsorganisation wurden darin gar nicht berührt.

Es gelang freilich nicht, mit diesem Schachzug die Streikenden zu spalten und den „Frieden“ wieder herzustellen. Eher im Gegenteil: Am 7. Juli wurde nicht nur wie geplant gestreikt und die ganze Stadt lahmgelegt. Am frühen Nachmittag sammelte sich außerdem eine Menge von aufgebrachten Arbeiter*innen vor dem Sitz der UIL auf der Piazza Statuto. Die Zahl der Protestierenden (viele von ihnen waren selbst Mitglieder der Gewerkschaft) wuchs rasch, bald belagerten Tausende die UIL-Zentrale. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die sich rasch zu Straßenschlachten auswuchsen und drei Tage andauerten.

Die „*scontri di Piazza Statuto*“ (Zusammenstöße auf der Piazza Statuto) waren in mehrfacher Hinsicht bedeutend. Nicht nur trat hier deutlich zu Tage, wie sehr die wechselseitige Entfremdung zwischen den Arbeiter*innen und den sie vertretenden Organisationen mittlerweile gediehen war. Zugleich betrat hier zum ersten Mal unübersehbar die Figur des „Massenarbeiters“, die bald eine zentrale Rolle in der operaistischen Debatte einnehmen sollte, die politische Bühne.

Schon Romano Alquati hatte in seinen Untersuchungen bei *OLIVETTI* und *FIAT* die Rolle der jungen, gering qualifizierten Arbeiter*innen erkannt und beschrieben. Diese „Massenarbeiter“ zeigte sehr spezifische Merkmale: Sie waren typischerweise männlich (*FIAT* begann erst ab 1970 verstärkt Frauen einzustellen), zwischen 20 und 30 Jahre alt, und stammten zumeist aus dem verarmten, agrarisch geprägten Süden Italiens. Die Fabrik war für sie zunächst ein fremdes

Terrain. Sie hatten wenig Bezug zur Kultur der älteren Arbeitergeneration, die oft noch von der Erfahrung der Resistenza, des antifaschistischen Widerstands, geprägt war, und standen den Gewerkschaften und linken Parteien distanziert gegenüber. Und die stupide, monotone Arbeit am Fließband bot ihnen kaum Gelegenheit, sich einen „Berufsstolz“ zuzulegen, wie er bei den älteren Facharbeitern noch verbreitet war. Daraus ergaben sich auch andere politische Perspektiven. Eine Selbstverwaltung, also die eigenverantwortliche Übernahme der Produktion konnte für die jungen Arbeiterinnen nicht das erste Ziel sein – wenn sie politisch aktiv wurden, dann aus dem klaren Bewusstsein heraus, dass sie *diese* Produktion ganz sicher nicht weiterführen wollten. Das schlug sich auch in ihren Aktionsformen nieder, z.B. in Sabotageakten, bei denen auch die Zerstörung der Maschinerie in Kauf genommen wurde.

Die Spaltung

Die neuartige Qualität der Ereignisse brachte auch die Redaktion der *Quaderni Rossi* in schwere innere Konflikte. Während sie die Streiks sehr gründlich analysierten, äußerten sie sich zu „den Ereignissen auf der Piazza Statuto“ nur sehr zurückhaltend.

Einzelne Funktionäre der Turiner CGIL (des kommunistischen Gewerkschaftsverbandes) und der Metallgewerkschaft FIOM hatten die Intervention zwar zunächst unterstützt. Und schon im August 1961 war es gelungen, einen Streik in den FIAT-Eisenhütten zu organisieren, der sehr dazu beitrug, den Rückhalt der FIOM unter den Arbeiter*innen zu verstärken – bei den nachfolgenden Wahlen zur Betriebskommission schnitt die Gewerkschaft jedenfalls deutlich besser ab. Danach wurden die Gewerkschafter*innen jedoch von der PCI (der kommunistischen Partei) unter Druck gesetzt und brachen die Kooperation mit den *Quaderni Rossi* ab.

Raniero Panzieri versuchte in dieser verfahrenen Lage zu vermitteln. Er hoffte bis zuletzt darauf, eine Erneuerung innerhalb der alten Arbeiterbewegung zu erreichen und konnte sich nicht dazu durchringen, mit den linken Parteien und Gewerkschaften zu brechen.

Aber auf lange Sicht ließ sich die Konfrontation nicht vermeiden. Die Aktivist*innen aus dem Umfeld der Zeitung waren zwar nur eine kleine und politisch weitgehend machtlose Gruppe. Aber indem sie sich auf das Terrain der Fabrik begaben, brachten sie zugleich die eingefahrene Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Partei, die säuberliche Trennung von „Ökonomie“ und „Politik“ durcheinander. Das mochte noch angehen, solange sie sich „nur“ auf die Untersuchung beschränkten. Aber sobald die Einmischung eine offen politische Form annahm, konnte dies – gerade in einer so angespannten Lage – nicht mehr hingenommen werden. Als einige Aktivist*innen im Frühjahr 1962 während des *Lancia*-Streiks Flugblätter vor den Fabrikanten verteilten, führte das bereits zum offenen Konflikt mit der Gewerkschaft.

In der Folge wurden die beteiligten Mitglieder der PCI aus der Partei ausgeschlossen (1). Zugleich zerlegte sich die Redaktion der *Quaderni Rossi* in ihre Bestandteile. Die Spaltungslinie verlief zwischen jenem Teil der Redaktion, der sich am Vorbild der amerikanischen Industriesoziologie orientierte und wenig politische Ambitionen hatte, und denen, die an die neuen Kämpfe der Arbeiter*innen anknüpfen und eine revolutionäre Politik machen wollten. Panzieri schlug sich letztlich auf die Seite der „Wissenschaftler“, während die anderen die Redaktion verließen – sie gründeten die Zeitschrift *Classe Operaia* („Arbeiterklasse“), deren erste Ausgabe Ende 1963 erschien. Auch Romano Alquati schloss sich dieser Fraktion an, da er mit dieser das Ziel teilte, politisch zu intervenieren – der vermeintlichen „Neutralität“ der Industriesoziologie stand er dagegen skeptisch gegenüber (2).

Die *Quaderni Rossi* erschienen zwar noch bis 1968, aber nach dem plötzlichen Tod Panzieris (er starb 1964 überraschend an einer Hirnembolie) war das Konzept praktisch erledigt. Nennenswerte revolutionäre Impulse gingen von der Zeitung jedenfalls nicht mehr aus.

Eine neue Arbeiterzeitung?

Classe Operaia dagegen sollte nun „eine neue Form der Arbeiterzeitung“ darstellen – so schrieb Mario Tronti in seinem Artikel „*Lenin in England*“, der in der ersten Ausgabe erschien (3) und als eine Art Gründungsmanifest aufgefasst werden kann. Der Titel des Textes deutete schon an, was Tronti vorschwebte: Einerseits eine Rückkehr zu den Ursprüngen der Arbeiterbewegung und des Marxismus (England), um von da aus eine entschiedene revolutionäre Politik zu betreiben – dafür stand der Name Lenins, mit dem Tronti sich offenbar identifizierte.



Tronti hatte seine ersten politischen Erfahrungen in Rom, in der Jugendorganisation der PCI gesammelt und war 1961 mit seiner Gruppe zur Redaktion der *QR* gestoßen. Schon in seinem Artikel „*Fabrik und Gesellschaft*“, der in der zweiten Ausgabe der *Quaderni Rossi* erschien (4), fiel er als scharfsinniger Marx-Interpret auf. Tronti spielte eine wichtige Rolle dabei, den Operaismus in eine ausformulierte Theorie zu überführen. Das war sein unbestrittenes Talent, aber (wie sich zeigen wird) auch seine Schwäche: Denn was als empirischer Befund durchaus richtig war, wurde leicht zu Unsinn, wenn man darauf eine große Geschichtsphilosophie aufbauen wollte.

Dies galt etwa für die Feststellung Panzieris, dass die Einführung des Fließbands nicht nur die Produktivität steigerte, sondern den Unternehmern auch dazu diene, bestimmte widerständige Verhaltensweisen der Arbeiter*innen zu kontrollieren. Tronti zog daraus eine kühne, aber keineswegs zwingende Schlussfolgerung: Das Proletariat geht dem Kapitalverhältnis voraus, es sitzt dem Kapital gegenüber also immer schon am längeren Hebel.

In „*Lenin in England*“ formulierte er dies so: „*Auch wir haben erst die kapitalistische Entwicklung gesehen und dann die Arbeiterkämpfe. Das ist ein Irrtum. Man muss das Problem umdrehen, das Vorzeichen ändern, wieder vom Prinzip ausgehen: und das Prinzip ist der proletarische Klassenkampf.*“ Laut Tronti war also „*die kapitalistische Entwicklung den Arbeiterkämpfen nachgeordnet, sie kommt nach ihnen.*“ (5) Das Proletariat treibt die kapitalistische Entwicklung voran, die letztlich unumgänglich in der Revolution enden muss.

Das klang als These erstmal ziemlich schmissig und originell. Dennoch führte Trontis Forderung nach einer „*neuen marxistischen Praxis*“ ihn umgehend zu einem altbekannten Modell zurück: zur „*Arbeiterpartei*“ (mit Betonung auf „*Partei*“). Ähnliches ließ sich über die gesuchte „*neue Form der Arbeiterzeitung*“ sagen. Was Tronti vorschwebte, war „*eine Zeitung, die nicht unmittelbar alle partikularen Erfahrungen wiederholt und aufnimmt, sondern sie in einem allgemein politischen Diskurs fokussiert. Die Zeitung ist in diesem Sinne ein Kontrollpunkt*“... Dabei müsse das gängige

Verfahren entschieden umgestülpt werden. Denn: *„Der politische Diskurs überprüft die Korrektheit der partikularen Erfahrung und nicht umgekehrt. Denn der politische Diskurs ist der umfassende Klassenstandpunkt und daher die wirkliche materielle Gegebenheit.“* (6)

Schon hier zeigte sich die fatale Neigung Trontis, alle Schwierigkeiten und offenen Fragen durch Rhetorik zu überspielen. Die zuletzt zitierte Aussage war jedenfalls kaum mehr als die großspurige Ankündigung, man werde sich künftig durch die Fakten nicht mehr irritieren lassen: Wenn der „politische Diskurs“ der Theoretiker die „wirkliche materielle Gegebenheit“ darstellt, dann kann die Theorie natürlich nur recht behalten – wenn die Tatsachen ihr widersprechen, sind sie eben nicht korrekt.

Auch in politischer Hinsicht ließ das nichts Gutes erahnen: Letztlich war es eben Aufgabe der Intellektuellen, die „Parteilinie“ festzulegen, an der sich die Erfahrungen und Interessen der Arbeiter*innen zu bemessen hatten. Wenige Sätze weiter distanzierte Tronti sich zwar vom leninistischen Modell der Avantgarde-Partei. Freilich nur, weil er davon ausging, dass die benötigte politische Organisation bereits bestehe und schon entdeckt sei – in der *„kompakten sozialen Masse“* der Arbeiterklasse. Antonio Negri formulierte das wenig später noch etwas schmissiger: *„Heutzutage ist die ganze kämpfende Arbeiterklasse die Avantgarde.“* (7) Den Kleinkram und die mühsame Aufbauarbeit konnte man sich da natürlich sparen...

Von der Klasse ... zurück zur Partei

Ohnehin lagen Rationalität und Irrationalität auf den Seiten von *Classe Operaia* dicht beieinander. Das wird deutlich, wenn man zum Vergleich Romano Alquatis Artikel über den *„Kampf bei FIAT“* heranzieht, der ebenfalls in der ersten Ausgabe der Zeitung erschien (8). Alquati analysierte darin die wilden Streiks, zu denen es Mitte Oktober 1962 in den *FIAT*-Walzwerken gekommen war. Dabei verwarf er zunächst einmal entschieden die Vorstellung, dass Arbeiter*innen nicht organisiert seien, nur weil sie keiner Organisation angehörten oder den bestehenden Organisationen distanziert gegenüberstanden. Er betonte: *„Der ‚Wildkatzen‘-Streik ist keine anarchoide Protestform von Arbeitern, die unfähig sind, in kollektiver und organisierter Form zu kämpfen; im Gegenteil: Er erfordert ein hohes Niveau an Organisation und Zusammenhalt“. Der wilde Streik sei gerade deshalb so bedeutsam, weil er gezeigt habe, dass „sich bei FIAT eine Arbeiterorganisation entwickelt, die stark genug ist, einen solchen Streik durchzuführen – absolut außerhalb der historischen, offiziellen Organisationen.“*

Daran schloss Alquati nahtlos eine Kritik der gängigen Avantgarde-Konzepte an: *„Der ‚Wildkatzen‘-Streik bei FIAT eliminierte die alte Idee, nach der der Arbeiterkampf auf dieser Ebene von einem besonderen internen ‚Kern‘ organisiert wird, der das Monopol über das antagonistische Arbeiterbewusstsein hat. Der Streik vom 15./16. Oktober ist direkt von der ganzen und kompakten ‚gesellschaftlichen Masse‘ der Arbeiter der Werke, die daran teilgenommen haben, organisiert worden.“*

Alquati verwendete hier exakt die gleichen Worte wie Tronti, beide sprachen von den Arbeiter*innen als „kompakter sozialer Masse“ („compatta massa sociale“). Alquati meinte damit aber etwas durchaus Anderes – nämlich zunächst einmal nur, dass die Aktionen nicht bestimmten Personen oder Gruppen zugerechnet werden konnten. Und während Tronti bei der Rede von der „kompakten Masse“ wohl vor allem an Geschlossenheit und Kampfkraft dachte, verwies sie bei Alquati vor allem auf die Schwierigkeiten der Analyse: Die Masse war eben auch ziemlich undurchsichtig, und es ließ sich kaum sagen, was für kollektive Prozesse da im Inneren abliefen. (9)

Alquati argumentierte nicht nur theoretisch deutlich nüchterner. Dass er in seiner Untersuchungsarbeit konsequent von den „partikularen Erfahrungen“ der Arbeiter*innen ausging, bewahrte ihn auch vor revolutionären Allmachtsphantasien und parteipolitischen Ambitionen. Dagegen verloren Tronti und andere aus der römischen Gruppe die Vorgänge in den Fabriken mehr und mehr aus den Augen – mit der 1964 einsetzenden Rezession ebten die Streiks ohnehin erstmal ab. Dagegen wurde wieder die kommunistische Partei der wichtigste Bezug für Tronti, der hoffte, die PCI „benutzen“ und gegen die Reformpolitik der PSI (der sozialistischen Partei, die seit

1963 zusammen mit den Christdemokraten regierte) auf einen revolutionären Kurs bringen zu können. Diese Annäherungsversuche stießen jedoch bei der Partei auf wenig Gegenliebe. Eher im Gegenteil: In einem im Frühjahr 1964 veröffentlichten Artikel griff z.B. die PCI-Zeitung *L'Unità* die Gruppe um *Classe Operaia* heftig an und beschuldigte sie, bezahlte Agenten des Kapitals zu sein.

Auch sonst blieb das Projekt, trotz aller hochgesteckten Ziele, politisch weitgehend einflusslos. 1967 hatte sich der Herausgeber*innenkreis hoffnungslos zerstritten. Die römische Fraktion trat wieder in die PCI ein, um künftig im Inneren der Partei eine „revolutionäre“ Politik zu betreiben. Die Veneto-Gruppe um Antonio Negri gründete derweil die Organisation *Potere Operaio* („Arbeitermacht“), die in den Fabrikkämpfen ab 1967 eine große, wenn auch nicht unbedingt glorreiche Rolle spielte. Ohnehin waren die Streiks und Unruhen des Jahres 1962 nur ein Vorgeplänkel. Im „Heißen Herbst“ 1969 schien die Revolution tatsächlich zum Greifen nah zu sein. Die autonomen Kämpfe der Arbeiter*innen bei *FIAT* und anderswo stürzten das italienische Kapital und den Staat in eine Krise, wie es sie nie zuvor gegeben hatte. Aber damit werde ich mich im nächsten Heft befassen.

Fussnoten Teil 3:

(1) Vgl. dazu die detaillierte Darstellung von Wolfgang Rieland im Vorwort von Wolfgang Rieland/Romano Alquati, *„Klassenanalyse als Klassenkampf – Arbeiteruntersuchungen bei FIAT und OLIVETTI“*, Athenäum Fischer, Frankfurt a.M. 1974.

(2) Schon in seiner Untersuchung bei *OLIVETTI* hatte er dies bemerkt: *„Unter den Genossen, aber auch unter dem Arbeitern in Ivrea besteht ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber der Soziologie: viel Aktivisten dort kennen sie nur allzu gut [...] denn sehr viele der bekanntesten italienischen Soziologen – und insbesondere die ‚linken‘ – sind bei OLIVETTI ausgebildet worden [...] Die Soziologie, die bei OLIVETTI blühte – und noch immer blüht –, so sagen diese Genossen, ‚haben wir dann am eigenen Leibe ausprobieren dürfen‘: in der Gestalt der neuen Arbeitsrhythmen.“* Vgl. Rieland/Alquati 1974, S. 103.

(3) www.kommunismus.narod.ru/knigi/pdf/Mario_Tronti_-_Arbeiter_und_Kapital.pdf

(4) Eine deutsche Übersetzung findet sich in Nanni Ballestrini/Primo Moroni: *„Die goldene Horde – Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien“*, Assoziation A, Berlin 2002, S. 86ff.

(5) ebd. S. 87. Als geistiges Aufputzmittel für frustrierte Aktivist*innen funktioniert so eine Theorie natürlich wunderbar. Daraus erklärt sich wohl auch die Popularität Antonio Negris, der knapp vierzig Jahre später in seinem Bestseller *„Empire“* noch ganz ähnliche Sätze von sich gab: *„Tatsächlich erfindet das Proletariat die gesellschaftlichen Formen und die Formen der Produktion,*

die das Kapital für die Zukunft zu übernehmen gezwungen ist.“ (vgl. Antonio Negri/Michael Hardt, „Empire“, Campus Verlag Frankfurt/New York, 2002, S. 279).

(6) vgl. Ballestrini/Moroni 2002, S. 92. Bei den letzten beiden Sätzen halte mich hier allerdings an die Übersetzung von Bodo Schulze, da diese klarer verständlich ist. Vgl. Bodo Schulze: „Autonomia – Vom Neoleninismus zur Lebensphilosophie. Über den Verfall einer Revolutionstheorie“, in Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Nr. 10 (1989), S. 152. Schulze übt darin auch eine lesenswerte Kritik an Tronti und Negri. Online ist dieser Text unter www.wildcat-www.de/material/m009schul.htm zu finden.

(7) Zitiert nach Steve Wright: „Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operaismus“, Assoziation A, Hamburg/Berlin 2005, S. 90.

(8) www.wildcat-www.de/thekla/06/t06wild2.htm

(9) Das war kein Mangel seiner Theorie, sondern aus der Sache selbst bedingt. Bodo Schulze drückt das ziemlich treffend aus: „Autonomie ist ein zerbrechlich Ding – oder vielmehr: Autonomie ist gar kein Ding, sondern eine bestimmte Verkehrsform von Individuen, die sich zum Zweck der Zerstörung jeglicher Herrschaftsverhältnisse assoziieren. Diese Verkehrsform ist nicht theoriefähig.“ Vgl. Schulze, a.A.o., S. 167.

Operaismus für Anfänger*innen (Teil 4)

In den ersten drei Teilen dieser Artikelserie habe ich die Entstehung der operaistischen Theorie nachzuzeichnen versucht: von der Gründung der Zeitschrift *Quaderni Rossi* und die „militanten Untersuchungen“ bei *Olivetti* und *FIAT*, über die Streiks und Riots von 1962, die schließlich zur Gründung der Gruppe *Classe Operaia* führten.

Bis dahin waren die Operaist*innen kaum mehr als eine linkskommunistische Splittergruppe. Ihre Untersuchungen in den Fabriken lieferten zwar aufschlussreiche Theorien, und ihre Interventionen waren wirkungsvoll genug, um die Routinen der Gewerkschafts- und Parteipolitik zu stören. Aber insgesamt waren sie weit entfernt, die kapitalistische Gesellschaft ernsthaft zu gefährden. Das änderte sich mit dem „Heißen Herbst“ von 1969. Eben diese ereignisreichen Jahre von 1968 bis 1973, in denen Italien nicht nur die größte Streikwelle nach dem 2. Weltkrieg erlebte, sondern wohl tatsächlich haarscharf an einer Revolution vorbei schrammte, will ich in diesem Teil behandeln.

Freilich lässt sich die Komplexität der Bewegung, die Vielzahl der Akteure und rasche Folge der Ereignisse hier nicht mal ansatzweise vollständig darstellen, sondern bestenfalls skizzieren – dies als dezente Warnung vorweg.

Arbeitermacht in Porto Marghera

Im Jahr 1967 war von den kommenden Unruhen noch wenig zu ahnen, und die Organisation *Classe Operaia*, die so etwas wie die Keimzelle der operaistischen „Bewegung“ bildete, hatte sich

gerade in ihre Einzelteile zerlegt. Eine ganze Anzahl der Militanten (allen voran Mario Tronti) trat wieder in die PCI, die kommunistische Partei ein. (1) Die andere Fraktion entschied sich dafür, die eigene Unabhängigkeit zu bewahren und gründete die Organisation *Potere Operaio* („Arbeitermacht“) – oder besser *Potere Operaio veneto-emiliano*, abgekürzt *PO-ve*, so benannt nach den Regionen Emilio-Romagna und Venetien im Norden Italiens, auf die sich der Aktionsradius der Gruppe damals begrenzte.

Vorerst gelang es der Organisation nur in der Region von Porto Marghera an Einfluss zu gewinnen, wo sich in der Nähe von Venedig die petrochemische Industrie angesiedelt hatte. Dabei entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass die *PO-ve* sich so ausgerechnet in einem Industriezweig festsetzen konnte, wo Angestellte und technisches Personal die Mehrheit bildeten, während sonst vor allem die unqualifizierten „Massenarbeiter“ im Fokus der operaistischen Debatte standen. (2)

Vor allem beim Unternehmen *Montedison* gelang es den Militanten, Kontakt zu den Beschäftigten aufzubauen und Einfluss zu gewinnen. Einen ersten großen Erfolg konnten sie dabei im Sommer 1968 erzielen. Aus Anlass der anstehenden Tarifverhandlungen, bei denen die Gewerkschaft wie üblich eine mäßige prozentuale Lohnerhöhung anpeilte, stellten die Aktivist*innen der *PO-ve* ihre eigene Forderung in den Raum: 10.000 Lire mehr im Monat, und zwar für alle! Von den Beschäftigten wurde dies begeistert aufgenommen, und auch die Gewerkschaft schloss sich widerwillig an, um die Kontrolle über die Lage nicht zu verlieren. Der Höhepunkt der Auseinandersetzung war im August 1968 erreicht, als tausende Streikende zur nahen Stadt Mestre zogen und die Verbindungsstraßen nach Venedig blockierten. Wenig später brach die Gewerkschaft den Streik ab und einigte sich mit dem Management, wie üblich, auf eine prozentuale Lohnerhöhung.

Die Forderung nach gleichen Lohnerhöhungen für alle kam in den Kämpfen dieser Jahre immer wieder auf. Den Arbeiter*innen war voll bewusst, dass das System der Lohnkategorien vor allem dazu diente, die Masse der Beschäftigten in viele kleine Untergruppen zu zerlegen und so die Macht der Unternehmer zu sichern. Und jede prozentuale Lohnerhöhung verstärkte die Unterschiede zwischen den Kategorien, weil in einer niedrigen Lohnkategorie natürlich auch die Erhöhung niedriger ausfiel.

Die Frage des Lohns war aber auch für die operaistische Theorie und Praxis dieser Zeit von zentraler Bedeutung. Schon der frühe Operaismus hatte die Planung als elementaren Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaft erkannt. Das war einerseits ein deutlicher Fortschritt gegenüber dem Partei Marxismus, für den jedes „Mehr“ an Planung ein Schritt in Richtung Sozialismus war. Allerdings neigten die Operaist*innen dazu, nun ihrerseits in umgekehrter Richtung zu übertreiben. Ihre Befürchtung war, dass es durch ein Programm der staatlich gelenkten und geplanten Wirtschaftsentwicklung (wie es damals vor allem die sozialistische Partei PSI vertrat) gelingen könnte, die Kämpfe der Arbeiter*innen zu befrieden.

Von diesem Punkt aus lässt sich das Konzept des „politischen Lohns“ verstehen, das Mario Tronti schon Jahre zuvor formuliert hatte: „*Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus ist ein Kampf dann politisch, wenn er bewusst die Krise der ökonomischen Abläufe der kapitalistischen Entwicklung herbeiführt.*“ Und der Lohn schien der geeignete Hebel zu sein, um so eine Krise herbeizuführen, wie Tronti meinte: „*Das Ungleichgewicht, das Auseinanderfallen von Löhnen und Produktivität, ist ein politischer Fakt. Er muss als solches verstanden und benutzt werden.*“ (3) Wenn Lohnerhöhungen, die strikt an die Steigerung der Produktivität gekoppelt blieben, ein Mittel der Kontrolle waren, dann war die Entkopplung von Lohn und Produktivität ein Mittel der Revolution – so lautete der Umkehrschluss, der auch die Politik von *Potere Operaio* in den Kämpfen des „Heißen Herbsts“ bestimmte.

Unzufriedene Jugend

Entscheidender Auslöser für die landesweite Revolte waren dabei die Kämpfe bei *FIAT*, entsprechend der Rolle, die dieser Konzern in der italienischen Wirtschaft einnahm. Das Unternehmen produzierte 3% des Bruttoinlandsprodukts, 6% des Gesamtexports und 20% des Exports der Maschinenindustrie. Der Konzern besaß auch die zweitgrößte Tageszeitung Italiens, *La Stampa*, und hatte damit großen Einfluss auf die Politik und die „öffentliche Meinung“.

Die Erneuerung und Modernisierung der Anlagen war bei *FIAT* zu diesem Zeitpunkt weitgehend abgeschlossen. Steigerungen in der Produktivität wurden vor allem durch die immer stärkere Beschleunigung der Arbeitsrhythmen erzielt. Viele Beschäftigte sahen sich darum gezwungen der Arbeit tageweise fernzubleiben, um unter der Belastung nicht zusammenzubrechen – trotz der Lohneinbußen, die das zur Folge hatte. Rund 13% der Belegschaft waren so beständig abwesend. Zugleich verließen jedes Jahr etwa 10% der Beschäftigten das Unternehmen. Bei den neu Eingestellten waren es sogar 40%, die nach zwei oder drei Monaten wieder kündigten.



Im Vergleich zu den Gewinnen des Konzerns waren die Löhne im Laufe der 1960er nur unwesentlich gestiegen. Der gezahlte Grundlohn lag noch unter dem Existenzminimum. Die Arbeiter waren so zu allerlei Zusatzleistungen gezwungen, um über Prämien und Zulagen eine Summe zu erzielen, die halbwegs reichte, um die hohen Lebenshaltungskosten zu decken. Ein drängendes Problem waren vor allem die Wohnverhältnisse: Viele Arbeiter zahlten horrenden Preise für ihre Schlafplätze, und hunderte mussten in den Bahnhöfen der Stadt oder im Auto übernachten, weil der Wohnungsbau mit dem Zustrom immer neuer Arbeitskräfte nach Turin bei weitem nicht Schritt hielt.

Gut die Hälfte der Turiner Stadtbevölkerung war wirtschaftlich direkt oder indirekt von *FIAT* abhängig. Und die Zahl der Beschäftigten in den Werken war in den vergangenen zwei Jahrzehnten rasch gestiegen, von 71.000 im Jahr 1952 auf beinahe 160.000 im Jahr 1968.

Der Großteil davon, 80%, waren Arbeitsmigranten aus dem Süden des Landes – eben jene

„Massenarbeitern“, die ich in dieser Artikelreihe schon öfter behandelt habe. Die meisten von ihnen waren männlich (alleinstehend oder mit Familie), zwischen 20 und 30 Jahre alt, verfügten kaum über Schulbildung und übten in der Fabrik gering qualifizierte, monotone Tätigkeiten aus.

Gegen Ende der 1960er stellten diese jungen unqualifizierten Arbeiter die Mehrheit in vielen Unternehmen (wozu die Konzerne selbst viel beitrugen, indem sie in der Rezession ab 1965 gezielt vor allem Frauen und ältere Arbeiter entließen). Und sie waren auch das treibende Subjekt im „Heißen Herbst“ bei *FIAT*.

In ihrem Kampf gegen die Arbeit drückte sich praktisch aus, was Mario Tronti in marxistischer Theoriesprache einige Jahre zuvor so ausgedrückt hatte: Die Arbeiter müssten ihren eigenen Status als Ware infrage stellen, sich weigern, als Arbeitskraft zu fungieren, um das Kapitalverhältnis von innen heraus zu sprengen. Die Arbeiterklasse müsse folglich dahin kommen, *„das gesamte Kapital zum Feind zu haben: daher auch sich selbst, insofern sie selbst Teil des Kapitals ist. Die Arbeit muss die Arbeitskraft, insofern sie Ware ist, als ihren eigenen Feind ansehen.“* (6) Das war abstrakt genug formuliert, ließ sich aber erstaunlich gut auf die Alltagslage der jungen Arbeiter übertragen – die meisten von ihnen hassten ihren Job und wollten ihr Dasein als Lohnabhängige lieber heute als morgen beenden.

Allerdings war es nicht Mario Tronti, der diese jungen Arbeiter politisierte und zum Widerstand anregte. Weitaus wichtiger war dabei die Studentenbewegung, die ab 1967 auch in Italien als neue Kraft eindrucksvoll in Erscheinung trat – mit Universitätsbesetzungen, Demonstrationen und Kämpfe mit der Polizei.

Die studentischen Militanten suchten dabei von Anfang an den Schulterschluss mit der Arbeiterschaft. Viele von ihnen stammten selbst aus proletarischen Familien, finanzierten sich das Studium mit mies bezahlten Gelegenheitsjobs und wohnten in denselben Vierteln wie die Arbeitsmigranten aus dem Süden. So entstand ein gemeinsames Milieu der Unzufriedenen, in dem auch die Theorien der operaistischen Gruppen an Einfluss gewannen. Indem sich der studentische Protest mit den Revolten und wilden Streiks in den Fabriken verband, gewann die Bewegung eine Brisanz und Ausdauer, die europaweit einzigartig war – letztlich sollte es in Italien ein rundes Jahrzehnt dauern, bis diese Revolte beendet war.

Revolte bei FIAT

Aber der Reihe nach. Schon 1967 hatten junge Aktivist*innen damit begonnen, vor den Werkstoren bei *FIAT* zu agitieren und Flugblätter zu verteilen. So entstanden erste Kontakte zu den Arbeitern und in die einzelnen Werkstätten hinein.

Bereits 1968 kam es bei *FIAT* zu ersten Streiks. Aber der ganze angestaute Unmut entlud sich erst im Frühjahr 1969. In der Metallindustrie standen neue Tarifverhandlungen an. Die Gewerkschaften planten, nach dem üblichen Modus zu verfahren: erste Verhandlungen in den Sommermonaten, wenn die meisten Beschäftigten im Urlaub waren. Danach einige weitgehend symbolische Arbeitsniederlegungen, die für *FIAT* keine ernsten Einbußen brachten – die meisten Aufträge wurden vor der Sommerpause abgearbeitet, und da war der Konzern auch besonders auf reibungslose Abläufe angewiesen.

Nur diesmal lief es anders. Schon ab April 1969 kam es im *FIAT*-Werk von Mirafiori immer öfter zu Versammlungen, und schließlich wurde in einer Kundgebung von 8000 Arbeitern ein Streik beschlossen. Die Initiative dazu kam von den gewerkschaftlich organisierten Facharbeitern, die für die Wartung der Anlagen zuständig waren. Sie forderten u.a. Lohnerhöhungen und die Abschaffung der niedrigsten Kategorie. Ab 11. Mai 1969 begann eine Reihe von je zweistündigen, noch gewerkschaftlich kontrollierten Arbeitsniederlegungen. Bald schlossen sich andere Abteilungen an, die Arbeiter der Zulieferabteilungen traten nun auf eigene Initiative in den Streik.

Dadurch wurde der gesamte Produktionsablauf stillgelegt. Und als die Arbeit an den Montagebändern stockte, wo der Großteil der jungen „Massenarbeiter“ beschäftigt war, traten auch diese in den Streik und trugen im Folgenden viel dazu bei, die Formen der Auseinandersetzung zu radikalisieren – durch zeitweilige Besetzung einzelner Abteilungen, durch Sabotage, durch Militanz auf der Straße, aber auch durch neue und kreative Aktionsformen. So wurden etwa mit Demonstrationszügen durch die Fabrik die noch unbeteiligten Kollegen agitiert, sich den Streiks anzuschließen.

Bald entstand eine regelmäßige „Versammlung der Arbeiter und Studenten“, die sich nach Schichtende in einem Lokal nahe Mirafiori trafen. Daraus wurde ein regelmäßiges Treffen, bei dem die Arbeiter der verschiedenen Werkstätten Informationen austauschten und Aktionen für die folgenden Tage geplant wurden (5).

Die allgemeineren Probleme und Fragen der Strategie wurden auf Versammlungen debattiert, die bald regelmäßig jeden Sonntag stattfanden. Aus diesem Kreis heraus entstanden Flugblätter, die vor den Fabrikatoren verteilt und mit der Formel „*la lotta continua*“ (der Kampf geht weiter) unterzeichnet wurden – nach dieser Losung benannte sich später die gleichnamige Organisation, von der weiter unten noch die Rede sein wird.

Gewerkschaften und Bosse

Die Gewerkschaften sahen sich durch dieses autonome Handeln der Arbeiter in Bedrängnis gebracht. Sie mühten sich, die allgemeine Revolte in eine geregelte Choreografie zu überführen, bei der nur in einzelnen Abteilungen der Reihe nach gestreikt und gesondert verhandelt wurde. Das misslang erstmal gründlich. So begannen am 29. Mai die Arbeiter auf eigene Faust zu streiken, ohne den von den Gewerkschaften angesetzten Termin abzuwarten. Und als die Gewerkschaften Mitte Juni einen neuen Vertrag für die Arbeiter an den Montagebändern präsentierten, reagierten diese mit offener Ablehnung und traten zwei Tage später erneut in den Streik.

Andererseits konnten die Gewerkschaften die Unruhe nutzen, um ihre eigene Position stärken, die bei *FIAT* traditionell eher schwach war. Bereits 1955 hatte *FIAT* die meisten Kader der Metallgewerkschaft FIOM und der kommunistischen Partei gefeuert und zugleich eine eigene „gelbe“ Gewerkschaft gegründet. So war Ende der 1960er der Einfluss der unabhängigen Gewerkschaften bei *FIAT* gering – nur ein Viertel der Beschäftigten war in ihnen organisiert.

Ihre wichtigste Forderung war nun die Anerkennung sog. „Abteilungsdelegierter“, mit denen sie ihre Entscheidungsmacht im Werk zu vergrößern hofften. Mit Erfolg: Der Abschluss am 27. Juni 1969 beinhaltete u.a. die Anerkennung von 56 solcher Delegierten. Ebenso wurden Abteilungskomitees (*comitati di linea*) eingerichtet, die jeweils mit vier Repräsentanten je einer Gewerkschaft besetzt wurden.

Die Konzernleitung, zumindest deren „progressiver“ Flügel, war durchaus zum Entgegenkommen an diesem Punkt bereit. Denn damit die Gewerkschaften von den Arbeitern als offizielles Vertretungsorgan anerkannt wurden, mussten sie auch Erfolge vorweisen können, und dafür mussten man ihnen größere „Rechte“ zugestehen. Darüber war sich auch die Konzernleitung klar, wie sich deutlich an der Berichterstattung der von *FIAT* kontrollierten Tageszeitung *La Stampa* und dem Tenor der dort veröffentlichten Artikel zeigte. Zugleich versuchte *La Stampa* aber auch, gegen die linksradikalen „Agitatoren“ Stimmung zu machen, und intern legte die Konzernleitung Listen mit den Namen vermeintlicher Rädelsführer an, die bei nächster Gelegenheit entlassen oder versetzt werden sollten.

Für den 3. Juli riefen die Gewerkschaften zum Generalstreik in Turin auf, um gegen den „Mietwucher“ zu protestieren und beim Parlament Aufmerksamkeit für ihre Forderungen zu

schaffen. Sie verfehlten jedoch ihr Ziel, einerseits die Initiative und damit die Kontrolle zurückzugewinnen, andererseits den Unmut auf andere Ziele zu lenken. Gegen Mittag sammelte sich vor dem Werk in Mirafiori ein etwa 3000 Personen starker Demonstrationsszug von Arbeiter*innen und Student*innen. Dieser wurde fast unmittelbar von der Polizei angegriffen. Das ließ die Lage eskalieren. Barrikadenkämpfe begannen, die bis in die Nacht dauerten und sich bis in die Vororte der Stadt ausbreiteten. Am Ende mussten die Polizeikräfte sich zurückziehen.

Die „organisierte Autonomie“ und der Staat

Nach dem 3. Juli breiteten sich die Kämpfe auf andere Industriezweige und Regionen aus. Bei *Alfa Romeo*, *Innocenti*, *Sit-Siemens*, *Seat*, *Michelin*, *Lancia* und *Phillips* wurde ebenso gestreikt wie bei *Olivetti*, in den Chemiefabriken von Porto Marghera ebenso wie in Rom, Bologna, Pisa und Florenz. Und auch bei *FIAT* gingen die Arbeitskämpfe nach der Sommerpause unvermindert weiter. Die Konzernleitung setzte nun auf harte Repression und begnügte sich nicht mehr damit, einzelne „Rädelsführer“ zu entlassen. Ihre Maßnahmen richteten sich vielmehr gegen alle, die an den Streiks beteiligt waren. Am 3. September wurden so insgesamt 40.000 Arbeiter „suspendiert“, die Hälfte davon aus Mirafiori. Am Folgetag stürmten mehrere tausend der Entlassenen das Fabriksgelände, zogen durch die Werkstätten und zettelten dort Versammlungen und Diskussionen an.

Die Bewegung weitete sich aus, trotz der Repression, die auch von der Polizei ausgeübt wurde. Am Generalstreik am 19. November beteiligten sich schließlich etwa 20 Millionen Arbeiter*innen. In diesem Kontext entwickelte sich *Potere Operaio* zu einer landesweiten Organisation mit zeitweilig bis zu 4000 Mitgliedern. Schon ab Frühjahr 1969 gab sie die Zeitung *La Classe* heraus, die ab Herbst auch überregional im Wochentakt erschien und für die Debatten der Bewegung sehr wichtig war. Daneben entwickelte sich *Lotta Continua* zur größten Gruppe der „organisierten Autonomie“. Ursprünglich wurde sie von studentischen Aktivist*innen gegründet, die nach Turin gekommen waren, um bei den *FIAT*-Kämpfen mitzumischen, und bildete sich bald zu einer landesweiten Organisation weiter. Ab November 1969 gab sie eine eigene Zeitung heraus. Die Organisation war auch weiterhin stark in der studentischen Linken verankert, hatte aber auch unter den jungen Fabrikarbeiter*innen großen Einfluss.

Auch die Militanten dieser Gruppen sahen sich einer zunehmenden staatlichen Repression ausgesetzt. Eine drastische Wendung erhielt die Situation durch die Bombenanschläge vom 12. Dezember 1969. Eine Bombe detonierte in der Mailänder Landwirtschaftsbank, 16 Menschen wurden getötet und weitere 80 verletzt. Auch in Rom explodierten drei Bomben, hier gab es keine Toten, aber viele Verletzte. Tatsächlich waren diese Anschläge von faschistischen Gruppen durchgeführt und von staatlichen Instanzen, Militär und Geheimdiensten, unterstützt worden. Die Polizei konzentrierte sich mit ihren Ermittlungen aber ausschließlich auf die radikale Linke und konnte umgehend die angeblichen Täter präsentieren. Eine Reihe von Anarchisten wurde verhaftet. Einer von ihnen, Pino Pinelli, stürzte bei einem Verhör aus einem Fenster im vierten Stock und starb.

Um diese Zusammenhänge halbwegs erschöpfend darzustellen, wäre freilich mindestens ein eigener Artikel notwendig (6). Jedenfalls erfüllte das „Staatsmassaker“ von Mailand seinen unmittelbaren Zweck. Es begann eine Pressekampagne gegen die Streikenden und die studentischen Unruhestifter. Unter diesem Druck beeilten sich die Gewerkschaften zu verhandeln. Am 21. Dezember 1969 wurde der letzte Tarifvertrag bei *FIAT* abgeschlossen. Der „Frieden“ war vorerst gerettet.

Die staatliche Repression und die geheimdienstliche „Strategie der Spannung“ sollten die linke Bewegung die ganzen 1970er hindurch prägen und langfristig auch zu ihrem Ende führen. Mittelfristig führten sie dazu, dass sich die Politik großen linksradikalen Gruppen, *Potere Operaio* und *Lotta Continua*, von den Fabriken auf die Straße verlagerte. Antifaschistische Demonstrationen und Kämpfe mit der Polizei spielten eine immer größere Rolle. Zugleich

verschärften und verengten sich die internen Debatten – die Konfrontation mit der Staatsmacht wurde nun zum wichtigsten Punkt. Der „Aufbau der bewaffneten Partei“ wurde eine gängige Parole, sowohl bei *Potere Operaio* als auch bei *Lotta Continua*.



Dies war dem Anspruch der Gruppen, von den Kämpfen „an der Basis“ auszugehen, eigentlich diametral entgegengesetzt. Dieser Widerspruch ließ sich letztlich nicht lösen – und zumindest die Aktivist*innen von *Potere Operaio* waren konsequent genug, sich dies einzugestehen und beschlossen auf der letzten nationalen Konferenz der Organisation im Mai 1973 die Auflösung. Mit den Ursachen dieser Entscheidung werde ich mich im nächsten Heft noch beschäftigen. Dabei wird vor allem die feministische Gruppe *Lotta Femminista* im Fokus stehen, die als Abspaltung von *Potere Operaio* entstand und die operaistische Kritik der „produktiven Arbeit“ in der Fabrik um eine Kritik der Hausarbeit erweiterte. Damit spielte sie nicht nur für die italienische Frauenbewegung, sondern auch die autonome Bewegung der 70er Jahre eine wichtige Rolle. Im letzten Teil dieser Artikelreihe will ich dann vor allem Toni Negri Thesen vom „gesellschaftlichen Arbeiter“ als neuem revolutionären Subjekt beleuchten. Ihr dürft gespannt sein.

Fussnoten Teil 4:

(1) Wichtige Hinweise zu Trontis weiterer Entwicklung gibt Theodor Sander: „Von der Theorie der Arbeitersubjektivität zur antiproletarischen Propaganda“, Universität Osnabrück 1999.

(2) Bezeichnend ist die Haltung Mario Trontis, der 1967 das technische Personal als „eine Handvoll Techniker“ abtat, „die sich damit brüsten, Mehrwert zu produzieren, indem sie Knöpfe drücken“. Vgl. Steve Wright: „Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operaismus“, Assoziation A, Hamburg/Berlin 2005, S. 115

(3) zitiert nach Steve Wright 2005, S. 78.

(4) Mario Tronti, „Arbeiter und Kapital“, online unter

www.kommunismus.narod.ru/knigi/pdf/Mario_Tronti_-_Arbeiter_und_Kapital.pdf, vgl. „Fabrik und Gesellschaft“, S.22 im PDF.

(5) Wolfgang Rieland (Hg.): „FIAT-Streiks – Massenkampf und Organisationsfrage“, Trikont Verlagskooperative München, 1970, S. 72.

(6) Literatur zum Thema ist jedenfalls genug vorhanden. Vgl. z.B. Luciano Lanza: „Bomben und Geheimnisse – Geschichte des Massakers von der Piazza Fontana“, Edition Nautilus, Hamburg 1999, oder Dario Fos Theaterstück „Zufälliger Tod eines Anarchisten“, das die Ereignisse literarisch verarbeitet.

Operaismus für Anfänger*innen (Teil 5)

Bislang habe ich in dieser Artikelreihe dargestellt, wie sich die operaistische Theorie und Bewegung vom Ende der 1950er Jahre bis 1970 entwickelte. Den weiteren Verlauf werde ich in den letzten beiden Teilen sozusagen im Schnelldurchlauf behandeln. Nicht etwa, weil dazu nichts Wichtiges mehr zu sagen wäre – die Schwierigkeit besteht vielmehr darin, dass die Lage ab diesem Zeitpunkt zusehends unübersichtlich wird.

Ein kurzer Überblick darüber, wie sich die operaistische Bewegung organisatorisch entwickelte, mag das Problem verdeutlichen: Ganz zu Anfang, 1960, bestand sie nur aus einer Handvoll linker Aktivist*innen, die sich um die Zeitung *Quaderni Rossi* sammelten und Untersuchungen in den Fabriken durchführten. Erst wesentlich später im „Heißen Herbst“, den wilden Streiks von 1969, gewann der Operaismus eine wirkliche Massenbasis. Hier wurde die Szenerie durch die großen Gruppen der „organisierten Autonomie“, namentlich *Potere Operaio* und *Lotta Continua* geprägt, die mit jeweils mehreren tausend Mitgliedern landesweit aktiv waren.

Dagegen entstand Anfang der 70er eine neue autonome Bewegung, die durch zahllose kleine Gruppen und lose, informelle Zusammenhänge geprägt war. Neue Subjekte, Frauen, Arbeitslose, Jugendliche usw. traten mit eigenen Forderungen auf den Plan. Die *Autonomia* knüpfte einerseits an die vorangegangenen Kämpfe der Fabrikarbeiter*innen an, weitete den Konflikt aber auf ein größeres Terrain aus und entwickelte eine Kritik und Praxis, die alle Aspekte des Alltagslebens einbezog – von der Wohnsituation bis zur Kindererziehung, vom Bildungssystem bis zur Lage in den psychiatrischen Einrichtungen und Knästen...

„Organisierte Autonomie“ und Frauenbewegung

Der erste Anstoß für diese Neuzusammensetzung der sozialen Kämpfe „von unten her“ kam dabei von Aktivistinnen der neuen Frauenbewegung, die 1970 entstand. Viele, wenn nicht die meisten dieser Frauen waren in den einschlägigen linken Organisationen sozialisiert worden. Sie machten aber rasch die Erfahrung, dass sie dort – egal wie „revolutionär“ sich diese Organisationen nach außen darstellen mochten – doch immer nur eine untergeordnete Stellung gegenüber den männlichen Militanten einnahmen. Die logische Antwort war, sich unabhängig zu organisieren, autonom sowohl den etablierten Parteien und Gewerkschaften als auch den großen linksradikalen Organisationen gegenüber. (1)



Dies betraf auch die operaistischen Gruppen, allen voran *Potere Operaio*. So traten 1971 eine ganze Reihe von Aktivistinnen, darunter Mariarosa Dalla Costa, Leopoldina Fortunati und andere, aus der Organisation aus. Daraus entstand bald eine neue Gruppe, nämlich *Lotta Femminista* („Feministischer Kampf“), die in der italienischen und internationalen Frauenbewegung eine wichtige Rolle spielte.

Zu den Gründen ihres Austritts erklärt die Feministin Mariarosa Dalla Costa im Rückblick: „*Wenn ich gefragt würde, warum ich Potere Operaio im Juni 1971 verließ und eine Gruppe von Frauen sammelte, aus der später der erste Keim von Lotta Femminista wurde, dann würde ich antworten: ‚Es war eine Sache persönlicher Würde‘. Zu dieser Zeit war das Verhältnis von Mann und Frau, gerade in diesem Umfeld von intellektuellen Genossen, nicht so, dass ich mich hinreichend gewürdigt fühlen konnte.*“ (2)

Das Problem war freilich nicht nur, dass sich das Rollenverhalten der männlichen Aktivisten nicht unbedingt positiv von der Mehrheitsgesellschaft abhob. Auch in den theoretischen Debatten bei *Potere Operaio* fand die Lebenslage der weiblichen Lohnabhängigen keine Beachtung. Vielmehr wurde das „Proletariat“ fast selbstverständlich als „männlich“ vorausgesetzt. Das hatte sicher auch reale Gründe – die niedrig qualifizierten „Massenarbeiter“, welche Ende der 60er Jahre die zahlenmäßig größte Fraktion der Arbeiterschaft in den norditalienischen Industriegebieten darstellten, waren ja tatsächlich zum Großteil junge Männer.

Bei *FIAT* waren bis zum „Heißen Herbst“ von 1969 überhaupt keine Frauen in der Produktion tätig – erst Anfang 1970 und in Reaktion auf die wilden Streiks begann die Konzernleitung Tausende von jungen Frauen einzustellen. Damit wurden einerseits die männlichen Montagearbeiter an den Fließbändern ersetzt, die in den vorangegangenen Kämpfen eine treibende Rolle gespielt hatten. Zugleich nutzte das Unternehmen die Chance, um die Lohnkosten zu senken: Die Frauen übten zwar eine Tätigkeit aus, die der dritten Lohnkategorie entsprach, sie wurden aber nach der (niedrigeren) vierten Lohnkategorie bezahlt.

Das warf Fragen auf, die von den männlichen Theoretikern von *Potere Operaio* allerdings nur mit wenigen flapsigen Worten abgetan wurde, wie in einem Artikel vom Februar 1970: „*Die Einstellung von Frauen bei FIAT Mirafiori ist vergleichbar mit der Einstellung von Schwarzen in der Autoindustrie von Detroit in den dreißiger Jahren. Es ist Zeit damit aufzuhören, vor lauter Sorge um die ‚Gleichstellung‘ der Frauen zu vergehen, die wie jede Unterweisung in Sachen Bürgerrechten vollkommen daneben ist. Das Kapital hat die Frauen bei Mirafiori längst ‚gleichgestellt‘, indem es sie an die Fließbänder geschickt hat.*“ (3) Es handelte sich um ein Spaltungsmanöver des Kapitals, die Frauen sollten sich eben organisieren und den Kampf der männlichen Arbeiter unterstützen – ein besonderes Problem gab es da nicht.

Diese Analyse war sicherlich mangelhaft und trug eher dazu bei, gerade die Spaltungen zwischen verschiedenen Fraktionen des Proletariats zu befördern, die sie doch verhindern wollte. Dazu stellt die italienische Feministin Leopoldina Fortunati, fest: „*Die Debatte bei Potere Operaio war sehr weit entwickelt, soweit es darum ging, die neuen Fabriken, die Rolle der neuen Arbeitergeneration innerhalb des gegenwärtigen kapitalistischen Systems zu analysieren, aber sie war sehr arm in Bezug auf Fragen der Hausarbeit, Affekte, Emotionen, Sexualität, Bildung, Familie, zwischenmenschliche Beziehungen, Miteinander usw.*“ (4)

Bei aller Kritik betont Fortunati aber auch, wie wichtig die Leistungen der operaistischen Theoretiker für sie gewesen seien: „*Sie verwandelten das Vermächtnis der Marxschen Theorie in etwas Dynamisches und nutzten es, um die Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts analysieren und verstehen zu können, und das war es, was sie den Graswurzelaktivist_innen wie mir mitgaben: die Fähigkeit, Marx ohne falsche Ehrerbietung zu nutzen.*“ (4)

Mit anderen Worten: Der Operaismus bot ein brauchbares theoretisches Rüstzeug, mit dem sich auch die Stellung der Frauen innerhalb der kapitalistischen Arbeitsteilung besser verstehen ließ – es war nur nötig, dieses Rüstzeug angemessen respektlos zu gebrauchen.

Kritik der Hausarbeit

Genau das taten die Feministinnen auch, und erweiterten dabei die operaistische Kritik der Fabrikarbeit um eine Kritik der Hausarbeit. Die Grundzüge dieser Analyse entwickelte Dalla Costa in ihrem Text *„Die Macht der Frau und die Umwälzung der Gesellschaft“* (5). Dieser war zunächst als internes Papier für die Debatten bei *Potere Operaio* verfasst, wurde von Dalla Costa aber später überarbeitet und als Broschüre veröffentlicht. Der Text fand in der internationalen feministischen Bewegung großen Anklang und wurde mehrfach übersetzt.

Dalla Costa zufolge beruht die Macht des Kapitals nicht allein auf der produktiven Arbeit des „doppelt freien Lohnarbeiters“. Das Kapital ist ebenso auf die unbezahlte Arbeit der Frauen angewiesen, die nötig ist, um die Arbeitskraft des (männlichen) Lohnarbeiters zu reproduzieren. *„Seit Marx ist klar, dass das Kapital mittels des Arbeitslohns herrscht und sich entwickelt, das heißt, dass der oder die Lohnarbeiter_in und deren Ausbeutung die Basis der kapitalistischen Gesellschaft bildet. Was weder klar war noch seitens der Organisationen der Arbeiterbewegung bemerkt wurde, war der Fakt, dass genau durch den Arbeitslohn die Ausbeutung der unbezahlten Arbeit organisiert wurde. [...] Das heißt, über den Lohn wurde eine größere Menge an Arbeit kommandiert, als in der für die Fabrikarbeit gezahlten Geldsumme auftauchte.“*

Dass diese Arbeit prinzipiell ohne Lohn geleistet wurde, wirkte sich nicht nur auf die Profitrate aus. Es trug auch dazu bei, zu verschleiern, dass es sich an dieser Stelle überhaupt um ein Zwangs- und Ausbeutungsverhältnis handelte. Diese Arbeit der Frauen schien vielmehr *„ein persönlicher, außerhalb des Kapitalverhältnisses geleisteter Dienst zu sein.“* Ihre Funktion *„im Zyklus der gesellschaftlichen Produktion blieb unsichtbar, weil von dort aus nur das Endprodukt ihrer Arbeit, der Arbeiter, zu sehen war. Sie selbst blieb dabei in prä-kapitalistischen Arbeitsverhältnissen gefangen“*.

Lotta Femminista waren, ähnlich wie *Potere Operaio*, vor allem in den norditalienischen Regionen Veneto und Emilia aktiv, ebenso in Rom. Die Gruppe war in ihrer Tätigkeit aber auch sehr stark international ausgerichtet. So wurde 1972 in Padua das *International Feminist Collective* gegründet, ein Netzwerk, das neben Italien auch in den USA und Kanada, aber auch in Großbritannien und Deutschland sehr aktiv war. Aus diesem heraus wurde eine internationale Kampagne gestartet – „Lohn für Hausarbeit“. (5)

Internationale Debatten

Die Forderung stieß innerhalb der Frauenbewegung keinesfalls auf ungeteilte Zustimmung. Im Gegenteil sahen viele Feministinnen gerade die gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben als das beste Mittel, um die Emanzipation der Frauen voranzubringen. Eine Bezahlung für Hausarbeit einzufordern, schien ihnen dagegen vor allem eine Bestätigung des Status quo zu sein und wurde von ihnen harsch kritisiert.

Demgegenüber verteidigte die in den USA lebende Feministin Silvia Federici, ein Gründungsmitglied des *International Feminist Collective*, in einem Text von 1974 die Kampagne gegen etwaige Missverständnisse. Es handle sich vielmehr um einen „Lohn gegen Hausarbeit“ (6). Die Lohnforderung sei nur das gewählte Mittel, nicht etwa das Ziel der Kampagne. Die Forderung bedeute auch nicht, *„dass wir diese Arbeit weiterhin verrichten werden, sofern wir dafür bezahlt werden. Es bedeutet genau das Gegenteil.“*

Denn Hausarbeit sei eben keine Arbeit „wie jede andere“: *„Einen Lohn zu erhalten, heißt Teil eines Vertragsverhältnisses zu sein, und es gibt keine Unklarheit, was dessen Inhalt betrifft: Du arbeitest, nicht weil du es gerne tust oder weil es dir eben so einfällt, sondern weil dir nur unter dieser Bedingung erlaubt wird zu leben. Aber egal wie sehr du auch ausgebeutet wirst, du bist mit deiner Arbeit nicht identisch.“*

Bei der Hausarbeit stelle sich dies grundlegend anders dar. Diese sei zwar ebenfalls ein Ausbeutungsverhältnis – aber gerade weil für die geleistete Arbeit kein Lohn gezahlt werde, erscheine sie nicht als Arbeit im eigentlichen Sinn. Es sei nicht nur so, dass die Hausarbeit den Frauen zugeteilt und aufgezwungen werde, zugleich *„wurde sie in ein scheinbar natürliches Merkmal unserer Körperlichkeit und Persönlichkeit als Frauen verwandelt, in ein inneres Bedürfnis,*

ein Drang, der angeblich aus den Tiefen unseres weiblichen Charakters entspringt.“

Die Ausbeutung würde also verschleiert und mystifiziert – sie erscheine als Produkt der „Liebe“ oder der „weiblichen Natur“. Genau diese Mystifikation solle mit der Kampagne durchbrochen werden, die Lohnforderung solle die Hausarbeit wieder als Zwangs- und Ausbeutungsverhältnis kenntlich machen.

Von diesem Punkt aus kritisierte Federici auch die Institution der Kleinfamilie. Trotz aller romantischer Vorstellungen, die sich daran knüpften, stelle diese die kleinste basale Einheit der kapitalistischen Gesellschaft dar. Die Ausbeutung im Haushalt lasse sich nur im Verhältnis zur Ausbeutung in der Fabrik verstehen: *„Es ist kein Zufall, dass die meisten Männer gerade dann anfangen an Heirat zu denken, wenn sie ihren ersten Job kriegen. Nicht nur, weil sie es sich leisten können – jemanden zu Hause zu haben, der sich um einen kümmert, ist die einzige Möglichkeit, nach einem langen Tag am Fließband oder Schreibtisch nicht durchzudrehen. [...] Und auch in diesem Fall gilt, dass die Sklaverei der Frau sich umso tiefgreifender gestaltet, je ärmer die Familie ist, und dies nicht nur aus monetären Gründen. Tatsächlich verfolgt das Kapital eine doppelte Politik, eine für die Mittelklasse und eine für die proletarische Familie. Es ist kein Zufall, dass wir den stumpfsten Machismo gerade in Familien der Arbeiterklasse finden: Je mehr Schläge der Mann auf Arbeit einstecken muss, umso mehr muss die Frau darauf getrimmt sein, sie aufzufangen, umso mehr wird es ihm freigestellt, sein Ego auf ihre Kosten wieder aufzubessern. Du schlägst deine Frau, wenn du frustriert oder fertig von der Arbeit bist oder wenn du eine Niederlage einstecken musstest (und zur Arbeit in die Fabrik zu gehen ist an sich schon eine Niederlage).“*

Federici erklärte es für absurd, diesen Kampf der Frauen für eine Bezahlung ihrer Arbeit mit den Lohnkämpfen zu vergleichen, wie sie von den männlichen Fabrikarbeitern geführt wurden. Die Ausgangslage stelle sich bei den Hausfrauen nämlich komplett anders dar: *„Der Lohnarbeiter stellt, indem er mehr Lohn fordert, seine soziale Rolle in Frage und bleibt doch in ihrem Rahmen. Wenn wir für eine Bezahlung unserer Arbeit kämpfen, dann kämpfen wir ohne Zweideutigkeit und direkt gegen unsere soziale Rolle.“*

Dabei ginge es nicht darum, sich *„einen Platz innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse zu erkämpfen, weil wir niemals außerhalb derselben waren.“* Das Ziel sei vielmehr, den kapitalistischen Plan zu durchkreuzen, das Kapital anzugreifen und damit zu zwingen, *„die sozialen Verhältnisse in einer Weise neu zu strukturieren, die für vorteilhafter für uns selbst ist und in der Folge auch vorteilhafter, um eine Einigkeit der Klasse zu erreichen.“*

Italienische Verhältnisse

Das war ziemlich nah an der politischen Linie, die auch *Potere Operaio* in den Jahren von 1969 bis 1973 verfolgten. So erinnerte der „Lohn für Hausarbeit“ nicht von ungefähr an das Konzept des „politischen Lohns“, also die Strategie, mit immer neuen Lohnforderungen das Kapital in die Krise zu treiben – nur mit dem von Federici erwähnten Unterschied, dass die männlichen Lohnarbeiter dabei allemal „im Rahmen ihrer Rolle“ blieben. So gerieten *Potere Operaio* rasch in eine Krise, zumal sie sich nicht nur strategisch eingleisig auf immer neue Lohnforderungen festlegten, sondern sich zugleich auch in ihrer Klassenanalyse ziemlich verrannten und alle Akteur_innen abseits der jungen, unqualifizierten, männlichen „Massenarbeiter“ weitgehend ignorierten. Welche Folgen dies für die operaistischen Debatten hatte, werde ich im nächsten (letzten) Teil dieser Serie noch genauer darstellen.

Jedenfalls liefen die feministischen und die operaistischen Debatten in ihrer weiteren Entwicklung weitgehend bezugslos nebeneinander her – wie Mariarosa Dalla Costa im Rückblick feststellte (2): *„Ich selbst hatte meine ersten Schritte bei Potere Operaio gemacht, deswegen war es frustrierend zu sehen, wie sehr diese ganze Debatte abgeblockt wurde. Männliche Genossen, die nichts über die Entwicklung unseres Diskurses oder die für uns zentralen Themen wussten, konnten uns nicht folgen und nur auf dem Niveau von Höhlenmenschen argumentieren wenn sie mit uns zusammentrafen. Umgekehrt blieben ihre Debatten für uns undurchschaubar, während es dringend nötig gewesen wäre, eine gemeinsame Diskussion zu führen.“*

Zugleich wuchs die Frauenbewegung in Italien rasch. So versammelten sich bei einer landesweiten Konferenz 1974 etwa 10.000 Frauen, und am 18. Januar 1975 fand in Rom eine große Demonstration für die Legalisierung der Abtreibung mit 20.000 Teilnehmerinnen statt – das waren Größenordnungen, die im internationalen Vergleich wohl einzigartig waren.

Die Bewegung erhielt teilweise Unterstützung durch die Gewerkschaften und Organisationen der radikalen Linken – so bildeten sich z.B. bei *Lotta Continua* eigene Frauengruppen. Zugleich blieb das Verhältnis zwischen der Frauenbewegung und der restlichen Linken gespannt. So kam es am Rande der erwähnten Anti-Abtreibungs-Demonstration 1975 zu Handgreiflichkeiten, als einige männliche Aktivisten die Reihen des Ordnungsdienstes durchbrechen wollten.

Alisa Del Re, eine andere ehemalige Aktivistin von *Potere Operaio*, die aber von dort zur kommunistischen Partei wechselte, bemerkte dazu: *„Ich hatte mit Frauen zu tun, die in außerparlamentarischen Gruppen aktiv und zugleich Feministinnen waren, und die waren zu dramatischen Entscheidungen gezwungen [...] Der Gegner war oft im eigenen Heim: Wenn eine Frau persönliche Autonomie erlangen und zugleich die Beziehungen aufrecht erhalten wollte, zu Geliebten, Freunden, Gatten, Vätern oder zu Männern, die in der Linken engagiert waren und somit viele ihrer Ideen von einem grundsätzlichen Wandel der Gesellschaft teilten, dann war das für sie mit viel Unbehagen verbunden.“* (8)

Während die männlichen Aktivisten den Feministinnen ihren „Separatismus“ vorwarfen, kritisierte die Frauenbewegung umgekehrt die Aktionsformen der Linksradiكالen – allen voran die Gewalt bis hin zum Schusswaffengebrauch bei Demonstrationen, die sich oft genug mit allerlei Macho-Attitüden verband. In strategischer Hinsicht sollten die Feministinnen damit recht behalten: Die zunehmende Militarisierung der autonomen Bewegung (wobei natürlich auch die harte, von der Polizei ausgehende Gewalt ihre Rolle spielte) führte zunehmend in eine Sackgasse. Ab 1978 – nachdem der ehemalige Ministerpräsident Aldo Moro durch die Stadtguerillagruppe der *Roten Brigaden* ermordet worden war – wurde die radikale Linke durch massive staatliche Repression zerschlagen, viele hunderte Aktivist*innen wanderten ins Gefängnis.

Im Zuge dessen wurde auch die feministisch-marxistische Theorielinie von *Lotta Femminista* aus dem akademischen und allgemeinen Diskurs verdrängt, wie Mariarosa Dalla Costa beschreibt: *„In den 1980ern, Jahren der Repression und Normalisierung, ersetzte eine grundlegend ‘kulturelle’ Ausformung des Feminismus diese großen Kämpfe und Forderungen, und das hatte die Funktion, die Forderungen und Wortmeldungen der Frauen zu kontrollieren und zu selektieren. [...] Zu sagen, dass unsere Arbeiten nicht frei zirkulieren konnten, wäre noch allzu beschönigend ausgedrückt. Sie verschwanden geradezu, [...] sie wurden überwältigt, von einem entgegengesetzten politischen Willen und einer Unmenge an Studien zur ‘Frauenfrage’, die von einer gänzlich anderen Perspektive aus durchgeführt wurden.“* (2)

Fussnoten Teil 5:

(1) Darauf verweist z.B. Patrick Cuninghame: *„Italian feminism, workerism and autonomy in the 1970s: The struggle against unpaid reproductive labour and violence“*, online unter:

libcom.org/history/italian-feminism-workerism-autonomy-1970s-struggle-against-unpaid-reproductive-labour-vi

(2) Mariarosa Dalla Costa: *„The door to the garden: Feminism and Operaismo“*

(Vortrag von 2002), online unter libcom.org/library/the-door-to-the-garden-feminism-and-operaismo-mariarosa-dalla-costa

(3) zitiert nach Steve Wright: *„Den Himmel stürmen – Eine Theoriegeschichte des Operaismus“*, Assoziation A, Berlin/Hamburg 2005, S. 146.

(4) Leopoldina Fortunati: *„Learning to struggle: My story between workerism and feminism“*

libcom.org/library/learning-struggle-my-story-between-workerism-feminism-leopoldina-fortunati

(5) Mariarosa Dalla Costa: *„Women and the subversion of the community“*, www.commoner.org.uk

(6) vgl. www.citsee.eu/interview/organising-and-living-interview-silvia-federici

(7) Silvia Federici: „Wages Against Housework“, <http://caringlabor.wordpress.com/2010/09/15/silvia-federici-wages-against-housework/>

(8) zitiert nach Patrick Cuninghame, a.A.o.

Operaismus für Anfänger*innen (Teil 6)

Im „Heißen Herbst“ von 1969 schien Italien kurz vor einer Revolution zu stehen. Eine Welle von wilden Streiks, deren Epizentrum die Fabriken des Autokonzerns *FIAT* in Turin waren, erschütterte die herrschende Ordnung. Dies habe ich im vorletzten Teil dieser Artikelreihe beschrieben. Im letzten Heft habe ich mich dann vor allem mit der feministischen Gruppe *Lotta Femminista* beschäftigt. Indem sie auch die „revolutionären“ linksradikalen Großorganisationen – wie z.B. *Potere Operaio* und *Lotta Continua* – einer systematischen Kritik aussetzten, spielten gerade die Feministinnen eine wichtige Vorreiterrolle bei der Entstehung der neuen autonomen Bewegung der 1970er Jahre.

Mit eben dieser neuen Bewegung, der „Autonomia“, die 1977 erneut eine politische Krise von ungeahnten Ausmaßen hervorrufen sollte, werde ich mich nun im letzten Teil dieser Reihe befassen. Genauer gesagt, soll hier gezeigt werden, wie die operaistischen Theoretiker*innen versuchten, diesen neuen Zyklus von sozialen Kämpfen zu erfassen und verständlich zu machen. Einen ersten Eindruck davon, wie schwierig das war, mag diese Äußerung des operaistischen Historikers Sergio Bologna geben: *„Die 1977er Bewegung [...] war eine neue und interessante Bewegung, da sie erstens nicht wirklich Wurzeln in vorhergehenden Bewegungen hatte, oder falls sie sie hatte, auf eine vielschichtige Art und Weise. Sie hatten eindeutig eine andere soziale Basis, die sich von jener der Bewegungen von 1968 und 1973 unterschied. Ihre soziale Zusammensetzung basierte auf einer Jugend, die mit den politischen Eliten, inklusive den Eliten von 1968, also auch mit den Gruppen wie Lotta Continua und selbst der Autonomia Organizzata gebrochen hatte oder sie zurückwies. [...] Sie brach völlig mit der Vision des Kommunismus, während letztlich auch der Operaismus von sich dachte, er sei der Vertreter des ‘wahren Kommunismus’. Die 77er Bewegung wollte absolut nicht der ‘echte Kommunismus’ sein.“* (1)



Die neue Bewegung bewegte sich also einerseits in den Fluchtlinien der Klassenkämpfe von 1969, aber zugleich taten sich neue Konfliktfelder auf und neue Akteure traten auf den Plan – die feministische Bewegung habe ich bereits erwähnt, hinzu kamen Jugendliche, Arbeitslose und prekär Beschäftigte, Hausbesetzer*innen usw. Auf die Frage, wie sich diese vielfältige Bewegung begrifflich erfassen ließe, fanden die operaistischen Theoretiker*innen recht unterschiedliche Antworten, wobei ich hier beispielhaft zwei davon behandeln will: den bereits erwähnten Sergio Bologna sowie Antonio Negri.

Beide teilten eine lange gemeinsame Geschichte (beide waren bei der Organisation *Potere Operaio* aktiv gewesen, Negri hatte dort zeitweilig den Posten des Generalsekretärs inne), entwickelten sich aber von da aus in sehr unterschiedliche Richtungen – polemisch gesagt, vertrat Bologna den „rationalen“ Flügel der operaistischen Bewegung, während Negri eher den „irrationalen“ verkörperte. Nach der Auflösung von *Potere Operaio* 1973 begründete Sergio Bologna die Zeitschrift *Primo Maggio* („Erster Mai“) mit. Im Folgenden beziehe ich mich vor allem auf seinen Text „*Der Stamm der Maulwürfe*“ (2), der im Frühjahr 1977 in *Primo Maggio* veröffentlicht wurde. Im Anschluss daran werde ich mich dann Negris Geschichtsphilosophie und dem von ihm entdeckten neuen Klassensubjekt des „gesellschaftlichen Arbeiters“ widmen.

Bezahlt wird nicht!

Das italienische Kapital und der Staatsapparat sahen sich durch die Klassenkämpfe von 1969 bis 1973 unter Druck gesetzt. Während die sozialen Kämpfe „von unten“ weitergingen, versuchte man „von oben“ demgegenüber das System neu zu strukturieren und die allgemeine „Krise“ zu lösen. Soweit es die Politik betraf, liefen diese Versuche auf eine Neuordnung des Parteiensystems hinaus vor allem auf eine stetige Annäherung zwischen der PCI (der kommunistischen Partei) und der christdemokratischen Regierungspartei DC, die bis dahin alles getan hatte, um die Kommunisten von der Macht fernzuhalten. Vor allem der DC-Politiker Aldo Moro bemühte sich, diesen „historischen Kompromiss“ zustande zu bringen.

In ökonomischer Hinsicht machten sich ab 1974 die Folgen der sogenannten „Ölkrise“ auch in Italien bemerkbar. Das Kapital nutzte die Krisensituation in seiner Weise – so bot die Inflation eine Möglichkeit, über Preissteigerungen die von den Arbeiter*innen erkämpften Lohnzuwächse abzufangen (in manchen Industriezweigen hatten zuvor die Belegschaften mit ihren Streiks Lohnerhöhungen von 25% pro Jahr durchsetzen können). Zugleich betrieb die christdemokratische Regierung eine rigide Austeritätspolitik und erhöhte u.a. die Gebühren für Strom, Wasser und Telefongebühren.

Dies führte – zusammen mit den allgemein steigenden Lebenshaltungskosten – zu neuen Unruhen, einer landesweiten Bewegung, die sich neuer Aktionsformen bediente. Den Anfang machten dabei die Arbeiter*innen der *FIAT*-Werke in Turin. Nachdem zwei lokale Busgesellschaften beschlossen hatten, die Fahrpreise um 20 bzw. 50% zu erhöhen, kam es zum Protest, der auch von den Gewerkschaften unterstützt wurde. Die Zahlung der neuen Preise wurde kollektiv verweigert, stattdessen fuhr in jedem Bus ein Gewerkschaftsmitglied mit und kassierte von den Arbeiter*innen (gegen Quittung) die alten Fahrpreise ein – dieses Geld wurde dann gesammelt an die Busgesellschaften überwiesen. Nachdem sich auch die *FIAT*-Konzernleitung einschaltete und Druck ausübte, kehrten die Busgesellschaften zu den alten Preisen zurück (4).

Indem sie so auf das Mittel der „direkten Aktion“ setzten, zeigten die Gewerkschaften auch, dass sie aus den Erfahrungen des „Heißen Herbstes“ gelernt hatten. Der Protest in Turin erwies sich jedenfalls als beispielgebend: Ähnliche Praktiken der „eigenmächtigen Herabsetzung“ (*autoriduzione*) fand bald in vielen, vor allem norditalienischen Städten massenhafte Anwendung. Nicht nur wurden in Städten wie Rom, Mailand und Neapel tausende Häuser besetzt. Zugleich entwickelte sich eine breite Bewegung der Mieter*innen, welche die überhöhten Mieten zurückwiesen und eigenmächtig reduzierten.

Auch als Mittel, um sich gegen die Erhöhung der Strom- und Telefongebühren zu wehren, war die „eigenmächtige Herabsetzung“ sehr beliebt. In Rom wurden diese Kämpfe von Aktivisten der

autonomen Szene unterstützt, von denen relativ viele bei den städtischen Elektrizitätswerken beschäftigt waren – wenn wegen der Zahlungsverweigerung irgendwo der Strom abgestellt worden war, kamen sie vorbei und setzten die Stromversorgung wieder in Gang. In denselben Zusammenhang gehörten auch der „proletarische Einkauf“, wie er im Oktober 1974 in Mailand erstmals praktiziert wurde, wo eine Gruppe von wütenden Hausfrauen einen Supermarkt stürmte und die Herausgabe von Waren zu reduzierten Preisen erzwang.



Die Rolle der kleinen Fabriken

Die wirtschaftliche Krise trug aber noch in anderer Weise dazu bei, dass sich das Terrain der Kämpfe verlagerte. So wurden einerseits eine ganze Reihe von Fabriken geschlossen oder zeitweise stillgelegt. Zugleich schossen Unmengen an kleinen „Klitschen“-Betrieben aus dem Boden. Das Textilunternehmen Benetton war dabei besonders innovativ, indem er gleich seine gesamte Produktion an solche formell unabhängige Kleinunternehmen übertrug – wobei freilich der „Mutterkonzern“ nach wie vor eine sehr direkte Kontrolle z.B. über die Arbeitsgeschwindigkeit an den Fließbändern ausübte.

Während diese Klitschenbetriebe zunehmend das Bild der italienischen Wirtschaft bestimmten, änderte sich zugleich die Zusammensetzung der Arbeiterschaft. So waren in diesem Sektor überproportional viele Minderjährige und Jugendliche beschäftigt, ebenso sehr viele weibliche Arbeitskräfte. Die wenigsten von diesen war gewerkschaftlich organisiert – überhaupt ließen sich viele gewerkschaftliche Methoden, die in der Großfabrik wunderbar funktionierten, in den Kleinbetrieben kaum anwenden.

Diese Umstrukturierung der Produktion und die Umschichtung der Arbeiterschaft stellte aber keineswegs nur eine „von oben“, von Seiten des Kapitals betriebene Strategie dar. Für viele proletarische Jugendliche war die selbstgewählte Prekarität und die zeitweilige, immer wieder unterbrochene Beschäftigung in Teil-, Saison- oder Schwarzarbeit auch ein Mittel, sich gewisse

Freiheiten zu sichern – eine Festanstellung in der Fabrik stellte schließlich kaum eine wünschenswerte Perspektive dar. Die autonome Szene in Bologna baute sogar eine Art selbstorganisierte Arbeitsvermittlung auf. Die Arbeitssuchenden der Region wurden in einer Liste erfasst, und dann die Stadtverwaltung (die damals von der kommunistischen Partei gestellt wurde) dahingehend unter Druck gesetzt, dass sie entsprechende Jobs vergab. Arbeit in der Fabrik oder auf dem Bau wurde von den Autonomen dabei prinzipiell verweigert. Zeitweise waren um die 5.000 Personen in dieser Liste organisiert. (5)

Sergio Bologna sah in den kleinen Fabriken ein mögliches Terrain, von dem ausgehend sich eine neue Klassenbewegung entwickeln könnte. Während die Belegschaften der Großbetriebe sich eher still hielten, um angesichts der vielbeschworenen Wirtschaftskrise ihre eigene Position nicht zu gefährden, schien bei den Arbeiter*innen der Klitschen eine größere Konfliktbereitschaft gegeben zu sein. Allerdings wies Bologna auch darauf hin, dass die Kleinbetriebe untereinander große Unterschiede aufwiesen: Unterschiede in der technischen Ausstattung, der Märkte, die jeweils beliefert wurden, des gewerkschaftlichen Organisationsgrades der Belegschaft, zwischen unausgebildeten und schlecht bezahlten Beschäftigten und solchen, die hochspezialisierte anspruchsvolle Tätigkeiten ausübten...

Negri und der „gesellschaftliche Arbeiter“

Um das Folgende verständlich zu machen, müssen wir uns noch einmal die operaistische Theoriegeschichte, und dort vor allem das Konzept der „Klassenzusammensetzung“ anschauen. Dieses Konzept hatten die Operaist*innen Anfang der 60er Jahre bei ihren „militanten Untersuchungen“ in den Fabriken von *FIAT* und *OLIVETTI* entwickelt.

Auch damals befand sich die italienische Industrie in einer Phase der Umstrukturierung: Durch zunehmende Automatisierung und Ausweitung der Fließbandarbeit wurde die ältere Generation der Facharbeiter unter Druck gesetzt – deren Fähigkeiten und Kenntnisse wurden durch die technische Entwicklung zunehmend überflüssig gemacht. Das brachte auch eine schwere Krise der Gewerkschaften mit sich, deren Mitglieder sich vorrangig aus der Facharbeiterschaft rekrutierten. Das bedeutete freilich nicht, dass nun völlige Ruhe herrschte: Vielmehr kam es um 1960 zu einer ganzen Reihe von wilden Streiks, wobei die Initiative gerade von den ungelerten und nicht gewerkschaftlich organisierten jüngeren Arbeiter*innen ausging. Diese „Massenarbeiter“ – meist junge Männer, die aus dem Süden des Landes in die Industrieregionen im Norden abgewandert waren – standen dann auch im Zentrum des „Heißen Herbstes“ von 1969.

Darauf aufbauend entwickelten die Operaist*innen den Begriff der „Klassenzusammensetzung“, um die Ereignisse analytisch zu fassen. Diesem Konzept zufolge gab es eine bestimmte „technische Zusammensetzung“ des Kapitals, die von oben her, durch eine neuen Organisation der Produktionsabläufe und Einführung neuer Technologie durchgesetzt wurde. Dieser entsprach jeweils auch eine bestimmte „politische Zusammensetzung“ der Arbeiterschaft, ein bestimmtes zentrales Arbeitersubjekt mit spezifischen Formen des widerständigen Verhaltens. Mit diesem Schema ließen sich die Klassenkämpfe der 1960er Jahre ziemlich gut analysieren.

Hier kommen wir zu Antonio Negri: Dieser verpasste dem Konzept einen recht eigenwilligen Dreh und interpretierte es im Sinne einer breit angelegten Geschichtsphilosophie, deren zentrale Annahmen schon Mitte der 60er von Mario Tronti formuliert worden waren. Für Tronti war *„die kapitalistische Entwicklung den Arbeiterkämpfen untergeordnet, sie kommt nach ihnen“* (6). Die Arbeiter*innen waren demzufolge dem Kapital also immer einen Schritt voraus, und dieses konnte nur reagieren, indem es – mittels neuer Technologie und Umstrukturierung – seine Macht wieder herzustellen suchte.

Dieser Prozess lief für Tronti zwangsläufig auf die Revolution hinaus, denn: *„Begriff der Revolution und Wirklichkeit der Arbeiterklasse sind [...] identisch.“* (7) Die Arbeiter_innen hatten also schlicht keine andere Wahl.

Negri knüpfte daran an, und damit ließ sich die Frage, wie die veränderte Lage Mitte der 70er zu bewerten seien, mit einem einfachen Analogieschluss beantworten: Die Umstrukturierung der Produktion zeigte, dass da eine neue Klassenzusammensetzung am Entstehen war, und somit *musste* dabei auch eine neue zentrale Arbeiterfigur als revolutionäres Subjekt entstehen – der „gesellschaftliche Arbeiter“, wie Negri ihn nannte. Dieser hätte nicht nur das Erbe des alten „Massenarbeiters“ übernommen, sondern würde es vielmehr auf einem weitaus höheren Niveau fortführen: Die Klassenkämpfe seien nun eben nicht mehr auf die Fabrik beschränkt, sondern würden sich vielmehr über das gesamte gesellschaftliche Territorium ausbreiten. Somit müsse man *„die Restrukturierung als Herausbildung eines immer breiteren vereinheitlichenden Potentials von Kämpfen verstehen“*. (8) Diese Thesen formulierte Negri Mitte 1975 in seinem Text *„Proletari e Stato“* („Proletarier und Staat“) aus.

Sergio Bologna sprach stattdessen vom „zerstreuten Arbeiter“, was nicht nur weitaus vorsichtiger, sondern auch deutlich realistischer war. Realistischer deshalb, weil Diagnose und Prognose nun mal zwei verschiedene Sachen sind – zumal sich eine wirklich revolutionäre Situation nicht einfach so prognostizieren, also aus dem Ist-Zustand ableiten lässt.

Es ist also nicht verwunderlich, dass Negris Thesen auf Widerspruch stießen. So kritisierte Guido De Masi in einem Artikel, der 1977 in der Zeitschrift *Primo Maggio* erschien, dass Negri letztlich nur *„widersprüchliche Bruchstücke sprachlich ver-eindeutigt“*, also *„die verschiedenen Kämpfe und gesellschaftlichen Situationen (die alle sehr interessant sind, gerade weil sie so verschieden voneinander sind)“* lediglich unter einem gemeinsamem Schlagwort zusammenfasse. Tatsächlich gäbe es kein neues Klassensubjekt, all diese Kämpfe hätten keinen engeren Zusammenhang: *„Sie stellen keinen qualitativen Sprung in der Klassenzusammensetzung dar, sondern ihre Desintegration, Punkt und basta.“* (9)

Auch Sergio Bologna zeigte sich eher skeptisch, und wies auf die Widersprüche und Gegentendenzen hin, die bei Negri gar nicht auftauchten: *„Es hat viele kleine (oder große) Schlachten gegeben, aber im Laufe dieser Schlachten hat sich die politische Zusammensetzung der Klasse in den Fabriken wesentlich verändert, und zwar mit Sicherheit nicht in die Richtung, die Negri andeutet. Es gibt keine Tendenz zu jener größeren Einheit, von der er redet, das Gegenteil ist der Fall. Der Graben ist tiefer geworden: nicht zwischen Fabrik und Gesellschaft, sondern innerhalb der Fabrik selbst, zwischen der Rechten und der Linken in der Arbeiterklasse. Alles in allem haben die Reformisten die Hegemonie über die Fabriken zurückgewonnen und versuchen, brutal und rücksichtslos die Klassenlinke zu enthaupten und aus der Fabrik zu vertreiben.“* (10)

This is not the end...

An dieser Stelle schalte ich mal den Zeitraffer ein – eine erschöpfende Geschichte der autonomen Bewegung der 70er Jahre ist auf diesem beschränkten Raum allemal nicht möglich. Das Jahr 1977 brachte, wie erwähnt, eine politische Krise mit sich, in der eine Revolution tatsächlich in greifbarer Nähe zu sein schien. Im Frühjahr des Jahres besetzten autonome Gruppen z.B. die komplette Altstadt von Bologna – der kommunistische Bürgermeister musste schließlich die Armee zur Hilfe rufen, die mit Panzern einrückte, um die Revolte unter Kontrolle zu bringen. Eine Welle von Universitätsbesetzungen, Demonstrationen und Straßenschlachten folgte.



Nachdem dann im Frühjahr 1978 der christdemokratische Politiker Aldo Moro von der Stadtguerilla-Gruppe *Rote Brigaden* entführt und schließlich ermordet worden war, nutzte der Staat die Möglichkeit, um auf breiter Front gegen die vermeintlichen „Rädelsführer“ der radikalen Linken vorzugehen. Am 7. April 1979 begannen massenhafte Razzien, bei denen neben vielen anderen auch Antonio Negri verhaftet wurde. Er saß vier Jahre lang im Gefängnis, ehe ihm die Flucht nach Frankreich gelang.

Sein weiterer Werdegang dürfte halbwegs bekannt sein: Spätestens mit seinem 1999 erschienenen Theorie-Bestseller „*Empire*“, den er zusammen mit Michael Hardt verfasste, brachte Negri es zu weltweiter Berühmtheit. Seinen Überzeugungen ist er dabei weitgehend treu geblieben, was sich ebenso positiv wie negativ bewerten lässt: Einerseits ist es schon phänomenal, wie Negri sich seit Jahrzehnten an jede neue Protestwelle, von der Öko-Bewegung bis zu Occupy anhängt. Andererseits hat seine Theorie sich auch kaum weiterentwickelt, sondern ist nur noch allgemeiner und ungenauer geworden – so ist die heute von ihm gefeierte „Multitude“ leicht als verwässerte Neuauflage des „gesellschaftlichen Arbeiters“ zu erkennen.

Das ist nicht weiter schlimm – der Negrische „(Post-)Operaismus“ ist im Feuilleton und in universitären Soziologie-Seminaren bestens aufgehoben. Ansonsten sollte man eher das Gegenteil von dem tun, was Negri zwar schmissig, aber wie üblich einigermaßen falsch, schon 1981 empfahl – nämlich großzügig zu vergessen: *„Die Klassenzusammensetzung des heutigen metropolitanen Subjekts kennt keine Erinnerung, [...] weil es befohlene Arbeit, dialektische Arbeit nicht will [...], proletarische Erinnerungen sind nur Erinnerungen an vergangene Entfremdung [...]. Die bestehenden Erinnerungen an 1968 und an die zehn Jahre danach sind heute nur noch die Erinnerungen des Totengräbers [...] Die Jugendlichen von Zürich, die Proletarier von Neapel und die Arbeiter von Danzig brauchen keine Erinnerung, [...] kommunistischer Übergang bedeutet die Abwesenheit der Erinnerung.“* (11) Das ist keine gute Idee. In der offiziellen Geschichtsschreibung werden die sozialen Kämpfe der Vergangenheit ohnehin allemal als erstes vergessen.

Und natürlich will ich hier Negri nicht das letzte Wort überlassen. Immerhin ist sein Werdegang symptomatisch. Der Operaismus war eben nie eine einheitliche Bewegung, und die Aktivist*innen schreckten oft davor zurück, aus ihren radikalen Ansätzen auch die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen: So führte ihre entschiedene Parteinahme für die Arbeiter*innen und deren Kämpfe von unten und gegen die Institutionen der offiziellen „Arbeiterbewegung“ für viele von ihnen (mit einigen Umwegen) dann doch wieder zur Parteipolitik zurück. Die Praxis der „militanten Untersuchung“ und die kleinteilige Analyse der Verhältnisse in den Fabriken, die sich

daraus ergab, wurde zugunsten einer großspurigen Geschichtsphilosophie fallen gelassen.

Demgegenüber sollten die positiven Ansätze des Operaismus natürlich nicht vergessen werden – in den vorangegangenen Teilen dieser Artikelserie habe ich dazu hoffentlich ein wenig beigetragen. Vor allem sollte man nicht vergessen, dass Staat und Kapital niemals die einzigen Subjekte der Geschichte waren und es auch heute nicht sind. Die Geschichte ist noch nicht zu Ende.

Fussnoten Teil 6:

(1) <http://www.copyriot.com/unefarce/no5/autonomia.html>

(2) englische Version unter <http://libcom.org/library/tribe-of-moles-sergio-bologna>

(3) Austerität: von lat. *austeritas* „Herbheit“, „Strenge“, bezeichnet eine staatliche Haushaltspolitik, die einen ausgeglichenen Staatshaushalt ohne Neuverschuldung anstrebt.

(4) vgl. www.trend.infopartisan.net/trd0513/t060513.html

(5) vgl. www.wildcat-www.de/thekla/08/t08akmu1.htm

(6) Mario Tronti, *„Lenin in England“*, zitiert nach Nanni Ballestrini/Primo Moroni: *„Die goldene Horde – Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien“*, Assoziation A, Berlin 2002, S. 87

(7) zitiert nach Bodo Schulze: *„Autonomia – Vom Neoleninismus zur Lebensphilosophie. Über den Verfall einer Revolutionstheorie“*, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, No. 10, 1989, S. 151 (online unter www.wildcat-www.de/material/m009schul.htm)

(8) zitiert nach Steve Wright: *„Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operaismus“*, Assoziation A, 2005, S. 178.

(9) zitiert nach Roberto Battaglia: *„Massenarbeiter und gesellschaftlicher Arbeiter – einige Bemerkungen über die neue Klassenzusammensetzung“*, Wildcat-Zirkular Nr. 36/37, April 1997, online unter www.wildcat-www.de/zirkular/36/z36batta.htm

(10) zitiert nach Wright, a.A.o., S. 184.

(11) zitiert nach Wright, S. 188.

Zwei Jahre nach der Revolte: Eine Bilanz und Perspektiven für eine kollektive Debatte [Chile]



Vamos Hacia La Vida

*In Oktober jährte sich der chilenischen Revolte zum zweiten mal. Wir übersetzten Nummer 5 von "Ya no hay vuelta atrás" (deutsch: Es gibt jetzt kein Zurück mehr) von den Genoss*innen von Vamos hacia la vida! Sunzi Bingfa*

Vorwort

Diese Ausgabe von "Ya no hay vuelta atrás" fasst einige Ideen und Perspektiven zusammen, die wir gemeinsam auf der Grundlage unserer eigenen Diskussionen sowie derjenigen, die wir mit anderen Genossinnen und Genossen sowohl informell als auch formell entwickelten, ausgearbeitet haben. Wie der Titel schon sagt, handelt es sich um eine "Skizze", d.h. einen "Entwurf", also einen "vorläufigen" und "offenen" Text, der dazu bestimmt ist, von der antagonistischen Sphäre in ungezwungener Weise gelesen, debattiert, genährt und kritisiert zu werden.

I.

Der Kapitalismus in seinem derzeitigen Entwicklungsstadium befindet sich in einer weltweiten Krise, die innerhalb der Grenzen des Systems selbst nicht überwunden werden kann. Das Kapital ist ein Widerspruch in sich, da es durch die Konkurrenz zwischen den privaten Unternehmen dazu tendiert, die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die für die Produktion von Waren benötigt wird, auf ein Minimum zu reduzieren, und zwar durch die Anwendung neuer Technologien, die ironischerweise immer weniger Arbeit - menschliche Arbeit - im Produktionsprozess erfordern: Das Problem besteht darin, dass nur die von Menschen geleistete Arbeit Wert schafft. Auf diese Weise wird die Grundlage untergraben, auf der sich die Selbstverwertung des Kapitals entwickelt, mit einer immer größer werdenden Masse von Menschen, die für die Bedürfnisse des Kapitals "überflüssig", "entbehrlich" und "nutzlos" sind, die aber weiterhin Geld brauchen, um nicht zu sterben. Als wäre das nicht genug, untergräbt die irrationale Logik des Kapitals auch die materiellen Lebensgrundlagen auf dem Planeten und verwüstet die Erde in seinem verrückten

Wettlauf um mehr Profit mit mehr Geld[1], es gefährdet die menschliche Spezies selbst und verursacht ökologische Schäden, die in vielen Fällen bereits unumkehrbar sind: Der Klimawandel ist die offensichtlichste Folge, aber nicht die einzige.

Darüber hinaus hat diese entfremdete Form der sozialen Beziehung auch direkte Auswirkungen auf die psychische Entwicklung der Individuen, da sie eine Krise anthropologischer Natur auslöst, die die Subjekte zusammenbrechen lässt. Der Narzissmus wird zur vorherrschenden "Norm" der Persönlichkeit, die jede Fähigkeit zu Empathie, Solidarität und gegenseitiger Unterstützung verkümmern lässt: Feindschaft, Manipulation, Schikane, blinde Gewalt und Egoismus gewinnen die Oberhand, da sie dem vom Kapital geförderten rücksichtslosen Wettbewerb entsprechen und das Gefühl der Ohnmacht nur noch verstärken. Die Menschen verfallen auch in einen lähmenden Pessimismus, der einen Verlust an kritischer Reflexion hervorruft, der es undenkbar macht, sich gemeinsam eine andere Art der Selbstorganisation der Gesellschaft und der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen ohne kommerzielle Vermittlung vorzustellen: daher die Idee, dass es in unserer Zeit plausibler ist, an das Ende der Welt zu denken als an das Ende des Kapitalismus. Die Angst vor dem Scheitern ist in der allgemeinen Konsumgesellschaft allgegenwärtig: Die ständig steigenden Selbstmordraten und die weit verbreitete Abhängigkeit von verschiedenen Drogen und Arzneimitteln sind eine verzweifelte Flucht vor der unerträglichen Realität, die uns täglich erdrückt.

Dieser Niedergang des Kapitals zieht sich schon seit Jahrzehnten hin, aber in der heutigen Zeit reichen die "Finanzialisierung" der Wirtschaft, das neoliberale Management, die Verlagerung der Produktion oder jedes andere Mittel, das in der Vergangenheit eingesetzt wurde, um den Niedergang der Masse des Mehrwerts auf globaler Ebene zu verlangsamen oder zu verschieben, nicht mehr aus: Diesmal scheint keine größere Umstrukturierung das sinkende Schiff retten zu können. Wir können auch nicht in die "Epoche" der Stabilität und des wirtschaftlichen Aufschwungs zurückkehren: Es gibt keine Möglichkeit, eine Art Wohlfahrtsstaat aufrechtzuerhalten - den wir hier in der chilenischen Region nie hatten -, einen Kompromiss oder eine Subsidiarität, die der Bevölkerung bestimmte soziale Rechte garantieren würde, und auch die Umsetzung eines Modells der "nationalen" Entwicklung und Industrialisierung wird uns nicht retten, da die Linke und der Progressivismus, die die Verwaltung der bestehenden Ordnung anstreben, in alle Winde zerstreut sind und viel versprechen. Die innere Dynamik des Kapitalismus wird uns von nun an nur noch eine noch größere Verschlechterung unserer wirtschaftlichen Situation am Horizont sehen lassen und gleichzeitig eine tiefere und brutalere Grausamkeit auf verschiedenen Ebenen des Patriarchats entwickeln. Der Staat wird auf diese Weise seinen repressiven Charakter noch deutlicher zum Ausdruck bringen, die Grenze zwischen "Demokratie" und "Diktatur" verwischen und einen "permanenten Ausnahmezustand" schaffen.

Dieser Krisenprozess, der das Leben weiter verschlechtert und das Elend verschärft, schafft die Voraussetzungen für die Explosion von Aufständen, die von der proletarisierten Bevölkerung angeführt werden - und vor allem von den am stärksten betroffenen Sektoren, die wenig zu verlieren haben, und auch von denjenigen, die sich der Proletarisierung widersetzen, wie die indigenen Völker - wie wir im Oktober 2019 am eigenen Leib erfahren haben. In Chile ist das neoliberale Entwicklungsmodell, das während der zivil-militärischen Diktatur Pinochets mit Blut und Feuer durchgesetzt wurde und jahrzehntelang ohne größere Rückschläge funktionierte, für mindestens vier Millionen Menschen, die sich an der Revolte beteiligten, nicht mehr tragfähig. Die chilenische Region ist eines der ungleichsten Länder der Welt [2] in Bezug auf das Einkommen seiner Einwohner*innen, ein großer Prozentsatz der Bevölkerung kann nur auf Kredit überleben, das öffentliche Gesundheitssystem ist eine Katastrophe, die Renten sind miserabel, der Zugang zu einem eigenen Haus ist zunehmend unmöglich, Frauen werden immer stärker ausgebeutet - sowohl im Angestelltenverhältnis als auch im Haushalt -, die Arbeit wird immer unsicherer, die Transportkosten sind sehr hoch, das Umfeld, in dem wir leben, wird immer feindseliger, sowohl in den Städten als auch auf dem Land - die "Opferzonen" sind der beste Ausdruck dieser Entwicklung - und vieles mehr.

Dies ist der allgemeine historische Kontext, der die Tür öffnete und es ermöglichte, dass die wichtigste soziale Auseinandersetzung der letzten Jahrzehnte in der Region an jenem Freitag, dem 18. Oktober, in allgemeiner Form ausbrach, beginnend mit den massenhaften

Schwarzfahraktionen, die vom kämpferischen sekundären Jugendproletariat angeführt wurden. Die Widersprüche bestehen nicht nur fort, sondern entwickeln sich auch heute, zwei Jahre später - einschließlich des Phänomens der COVID-19-Pandemie - weiter und verschärfen sich.

II.

Wenn die größte Kontinuität in der menschlichen Geschichte die Dauerhaftigkeit der Herrschaft ist, dann ist es charakteristisch für revolutionäre Aufbrüche, "das Bewusstsein, das Kontinuum der Geschichte zu durchbrechen" (Walter Benjamin [3]). Während der Revolutionen von 1848 konnte man beobachten, wie "Barrikadist*innen" nachts auf die neu errichteten Türme mit Uhren schossen, die an verschiedenen Stellen in den Städten standen.

Die lineare, monotone und homogene Zeit, die typisch ist für die Formen der Tätigkeiten, die uns abverlangt werden und in denen wir jahrhundertlang von der warenproduzierenden Gesellschaft sozialisiert wurden, scheint das erste große Opfer der kollektiven Aufstandsbewegung zu sein und bleibt in der Schwebe, während die Konterrevolution nicht bis zu dem Punkt vordringt, an dem sie eine "neue Normalität" durchsetzt. Eine "Normalität", die gerade dadurch, dass sie gezwungen ist, sich zu "erneuern", ihre konstitutive "Abnormalität" offenbart, zu der wir nach dem Moment der Revolte zurückkehren müssen, um uns nach und nach wieder in die historische Kontinuität der Herrschaft einfügen zu können. Einige haben festgestellt, dass die Revolte gerade als eine "Aussetzung der historischen Zeit", eine "andere Zeiterfahrung" beschrieben werden kann, bei der nicht das Heute oder das Morgen, sondern "das Übermorgen" wichtig ist (Furio Jesi [4]).

Im Falle Chiles hat der 18. Oktober den Kalender in eine eigene Dimension versetzt.. Die Normalität war für mehrere Wochen unterbrochen. Indem die Revolte den Staat zwang, Panzer auf die Straße zu bringen, machte er deutlich, dass in dieser Gesellschaftsordnung die Kanonen von 1973, die Maschinengewehre gegen die Santa-Maria-Schule in Iquique 1907 und die Arbeiter*innen in Natal 1919, die Angriffe auf die FECH und die FOCH vor 100 Jahren immer noch nachhallen. Die verschiedenen Strafexpeditionen gegen Arbeiter*innen und Student*innen und die verschiedenen staatlichen Massaker und Völkermorde, mit denen Chile den Weg zur kapitalistischen Entwicklung geebnet hat.

Die Revolte schaffte in Stunden und Tagen das, was eine jahrzehntelange, karge und immer in der Minderheit befindliche radikale Kritik kaum zu skizzieren vermochte: die praktische Widerlegung der kapitalistischen und "neoliberalen" Lebensweise. Die First Lady sprach von einer "Invasion der Ausländer", während ihr Mann gezwungen war, APEC und COP-25 abzusagen. Die Wirtschafts- und Umweltgipfel konnten sich nicht inmitten dieser großen Zeitverschiebung entfalten, die die Straßen jeder Stadt erfasst hatte.

Jenseits der Diskussion darüber, ob und wann der Aufstand zu Ende ist, ist klar, dass - trotz der kombinierten demobilisierenden Wirkung von Pandemie und Ausnahmezustand sowie der Wahlen und des verfassungsgebenden Prozesses - am 18. Oktober eine neue Epoche eröffnet wurde und der tiefe Riss, den sie zwischen der Normalität des Kapitals und seiner Störung durch die Erfahrung der kollektiven Begegnung aufgerissen hat, nicht geschlossen wurde.

III.

Rückblickend waren die letzten zwei Jahre ein ständiges "mit dem Kopf gegen die Wand der demokratischen Illusionen stoßen": Selbst Gruppen, die sich selbst als "revolutionär" bezeichnen und die den verfassungsgebenden Prozess gefördert und daran teilgenommen haben, haben dies langsam erkannt. Dieses Abdriften war aufgrund des Fehlens eines gemeinsamen Horizonts jenseits des Kapitalismus durchaus wahrscheinlich, aber nicht unbedingt von vornherein festgelegt. Um es ganz klar zu sagen: Der Aufstand wurde in dem Moment niedergeschlagen, als sich die Partei der Ordnung zusammensetzte, um eine politische Lösung auszuhandeln, indem sie einen neuen Sozialpakt unterzeichnete, der die revolutionäre Kraft, die sich auf der Straße manifestierte, schrittweise institutionalisierte. Die Widersprüche, die der gegenwärtigen Entwicklung des Kapitals innewohnen, bleiben jedoch bestehen und werden sich noch

verschärfen. Was jetzt geschieht, ist eine Neujustierung, die für das System notwendig ist, die die Krise aber keineswegs beenden wird.

Der Grad der Demobilisierung, den wir derzeit erleben, ist erheblich. Ein Faktor, der zu diesem Abdriften beitrug, war die institutionelle Kanalisierung der Revolte, ein Prozess, der mit dem "Abkommen für den sozialen Frieden und die neue Verfassung" begann, das einen klaren Fahrplan für die "Neugründung" des Staates vorgab und das wir bereits bei früheren Gelegenheiten diskutiert haben. Der überwältigende Sieg der "Ich stimme zu"-Option bei der Volksabstimmung 2020 und die anschließende Wahl der verfassungsgebenden Mitglieder*innen der verfassungsgebenden Versammlung im vergangenen Mai spiegeln ein allgemeines Unbehagen gegenüber den traditionellen politischen Parteien wider, das zur Entstehung neuer "unabhängiger" Referent*innen geführt hat, die sich in dem Phänomen der "Volksliste" zusammenfassen lassen. Doch die Hoffnungen, die in diesen Wahlausdruck gesetzt wurden, wurden durch Skandale wie die von Diego Ancalao und Rodrigo Rojas - "Pelao" Vade - noch schneller als erwartet und in Rekordzeit zunichte gemacht. In der Zwischenzeit hat der Verfassungskonvent nach dreimonatigen Beratungen über die Vorschriften, die zu den Debatten über den Entwurf der neuen Verfassung führen werden, trotz Erklärungen und Glaubensbekundungen voller guter Absichten - und einer "grünen", "feministischen" und "multinationale" Zukunft - immer wieder kapituliert und alle Erwartungen, die strukturelle Veränderungen ermöglichen würden, zunichte gemacht, indem er sogar das von den entschiedensten Verfechtern der derzeitigen Ordnung vorgeschlagene Quorum gebilligt hat - was uns keineswegs überrascht.

Aus den Vorwahlen der verschiedenen politischen Sektoren für das Präsidentschaftsrennen ging Gabriel Boric - der Architekt des Abkommens, das nicht nur Piñera, sondern auch die "Republik" und die "Demokratie" rettete, wie viele Politiker*innen ohne Umschweife sagten - als großer Sieger hervor. Er besiegte den Aktivisten der "kommunistischen" Partei, Daniel Jadue. Boric liegt in den Umfragen dicht hinter Sebastián Sichel, dem Kandidaten der traditionellen Rechten, und dem reaktionären und ultrakonservativen José Antonio Kast von der Republikanischen Partei, der mit seinem einwanderungsfeindlichen und antikommunistischen Diskurs dazu beigetragen hat, dass sich die unzufriedenen Ränder seines Sektors, die "extrem rechts" geworden sind, atomisieren. Bislang zeichnet sich Boric als Konsenskandidat der Ordnungspartei ab, um die Zügel des Staates in die Hand zu nehmen und die sozialen Beziehungen in unserer Region in einem kapitalistisch-modernisierenden Sinne neu zu gestalten.

Die kapitalistische Bewältigung der COVID-19-Pandemie war ebenfalls ein wichtiger Faktor bei der Eindämmung der zunehmenden Straßenmobilisierung. Die Verhängung des Ausnahmezustands für mehr als anderthalb Jahre, die mit dem Aufmarsch des Militärs, Ausgangssperren, Quarantänen, dem Verbot von Demonstrationen und Versammlungen sowie anderen Kontroll- und Einschließungsmaßnahmen einherging, schuf eine "neue Normalität", die Hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichtete und es Tausenden von Menschen aufgrund der Reisebeschränkungen unmöglich machte, Geld zu verdienen, was die Prekarität des Proletariats und die wirtschaftliche Ungleichheit, die unsere Region kennzeichnet, weiter vertiefte. Während des Höhepunkts der Pandemie, als die Mobilisierung zurückging, gab es mehrere "Hungerunruhen", einige Ausbrüche proletarischer Gewalt angesichts der Polizeibrutalität, die einige Todesopfer forderten, Proteste an "Gedentagen" und einige Tage der Agitation im Zusammenhang mit der Entnahme von Geldern aus dem Rentenfonds - die berühmten 10 %. Auch wenn die sozialen Proteste nur sporadisch und diffus auftreten und sich auf die militantesten Kräfte konzentrieren und die große Masse, die sie zwischen Oktober 2019 und März 2020 erreichten, verloren haben, bleibt ihre Kraft latent im Untergrund und ist ein Gespenst, das die Kontinuität und soziale Stabilität der bestehenden Ordnung bedroht.



Auch wenn das Phänomen der Revolte inzwischen abgeklungen sein mag, gibt es immer noch einige verblüffende Resteffekte, die sich über die Zeit erhalten haben. In Santiago haben die Freitagsdemonstrationen auf der Plaza Dignidad die ständige Rebellion derjenigen Genoss*innen verkörpert, die sich weigern, das Ende des im Oktober begonnenen Zyklus und den Beginn einer neuen Etappe des Klassenkampfes zu akzeptieren. Dies hat zu einer Ritualisierung und Fetischisierung der Gewalt und des Straßenprotests geführt, die zur Routine geworden und vom staatlichen Repressionsapparat völlig vorhersehbar ist, der seine Arbeit auf unansehnliche Weise verrichtet hat: Der Kampf hat längst nicht mehr die Größe, die er in den Hochzeiten der Revolte hatte, was ihn zur Isolation verdammt. Dennoch sind wir der Meinung, dass der Geist, der die Genoss*innen dazu antreibt, auf dem Platz auszuharren, dessen Hauptforderung die Freiheit der politischen Gefangenen des Aufstandes, der Mapuche und der Subversiven ist, vervielfacht und in verschiedenen Teilen des Territoriums, Initiativen und Aktivitäten dezentralisiert werden muss, damit er die Sichtbarkeit und Massivität erreichen kann, die er dringend benötigt.

IV.

Unabhängig vom institutionellen Abdriften der "Explosion" - oder dem progressiven Abdriften der politischen Kaste, je nachdem, wie man es liest -, das sich im Verfassungsprozess und im Wahlkampf zeigt, haben sich die Dinge in den letzten zwei Jahren politisch und gesellschaftlich keineswegs beruhigt: Während der Reformismus auf den Bildschirmen und in der nationalen Öffentlichkeit in den Mittelpunkt gerückt ist, befindet er sich auf der Straße und in den Gebieten im freien Fall und ist gezwungen, seine Kampagnen mit lauten Erklärungen und anschließenden Entschuldigungen zu überleben; die noch zarten Bündnisse zerbrechen in einer Kontroverse nach der anderen, und es scheint, als ob die Route der nationalen Politik von der letzten Präsidentschaftswahl diktiert wird. Diese Epoche, die von der Presse gerne als "Populismus" bezeichnet wird, geht einher mit einer Polarisierung und Radikalisierung der verschiedenen Teile der Gesellschaft auf der Linken und der Rechten sowie mit einer Zunahme der politischen Gewalt, die zwar immer noch eine Minderheit darstellt, aber nichtsdestotrotz erheblich ist. So tiefgreifend

der reformistische Einsatz von "Apruebo" und der institutionellen Sozialdemokratie beim jüngsten Angriff des Proletariats in dieser Region auch war - im Vergleich zu den reformistischen Manövern von 2006 und 2011 -, die Sterilität und Unbeständigkeit ihres Vorschlags in einer Demokratie wie der chilenischen gibt einer Aufrüstung der autonomen Bewegung - die wir mit Freude massenhaft auf die Straße gehen sahen - schnell Boden und Licht, die Rückeroberung der Koordinations-, Versamlungs- und Kampfflächen sowie die Radikalisierung verschiedener Sektoren der nationalen Klein- und Großbourgeoisie nach rechts und die damit einhergehende Mobilisierung von Proletarier*innen als Kanonenfutter.

Ohne unkritisch oder selbstzufrieden zu sein, und noch viel weniger, um irgendetwas vorherzusagen, können wir nicht umhin, das Wachstum und die Entwicklung der radikalen und autonomen Sektoren zu erwähnen und hervorzuheben, ein Wachstum, das wir sowohl quantitativ in der Entwicklung zahlreicher Initiativen und ihrer Einberufung sehen können, als auch qualitativ im Sinne einer viel breiteren und entschlosseneren Infragestellung des Verfassungsprozesses und seiner Konsequenzen aus der Perspektive des Oktobers und der Konfrontation mit dem Staat - insbesondere in der Metropolregion (Santiago), aber auch in anderen Teilen des Landes. Wie wir schon sagten, bedeutet dies keineswegs eine unkritische Sichtweise in dieser Hinsicht, im Gegenteil: Wenn wir den aufsteigenden Charakter annehmen, den der Klassenkampf in diesem Gebiet mit sich bringt, dann in erster Linie, indem wir die Nähe von Szenarien annehmen, die ebenso schwierig wie tragisch und transzendental für unsere eigenen Realitäten als Proletarier*innen und Revolutionär*innen sind, und deshalb bringt es uns in die Dringlichkeit, eine organisierte Alternative des Proletariats zu stärken oder einer immer klareren und entschlosseneren Konterrevolution in ihren Zielen gegenüberzustehen, in jeder Hinsicht entwaffnend. Wenn wir diese Situation hervorheben, dann nicht, um uns selbst den Rücken zuzukehren oder auf den eigenen Bauchnabel zu schauen, sondern um die Aufgaben zu sehen und zu übernehmen, die für seine organische und reale Stärkung notwendig sind.

Die jüngsten Demonstrationen und die spontane Bildung eines wirklich massiven und weit verbreiteten schwarzen Blocks, die Bewegung der territorialen Rückgewinnung und der bewaffneten Selbstverteidigung der Mapuche in der Wallmapu und die Anzeichen für eine Reorganisation der Territorialversamlungen und verschiedener sozialer Kollektive, die den Institutionen kritisch gegenüberstehen, bestätigen, dass dieses ganze Phänomen, das wir seit Oktober erleben, alles andere als eine vorübergehende Erscheinung ist.

Und es könnte gar nicht anders sein, denn dieses Wachstum scheint eher auf eine Beschleunigung des kapitalistischen Zerfalls zu reagieren als auf die kämpferische Aktivität der Revolutionär*innen. Diese Tatsache hervorzuheben, bedeutet kein Lob, sondern die Anerkennung einer konkreten Tatsache: Die radikale und autonome Bewegung in Chile ist trotz aller Mängel und Schwächen seit mehr als drei Jahrzehnten gewachsen und hat an sozialer Kraft und Einfluss gewonnen, und seit Beginn des 21. Jahrhunderts greift sie mit starken Protesten und kleinen Revolten in das nationale Geschehen ein, von denen der Oktober 2019 und sein Bruch ein Produkt sind. Auch wenn es dieser Bewegung nur gelingt, sich in Form von Gewalt auf der Straße zu versammeln/auszudrücken, und sie sich schwer tut, eine organisierte soziale Praxis vorzuschlagen und nur zögerlich theoretische Diskussionen entwickelt, ändert dies nichts an der objektiven Tatsache, dass diese Bewegung existiert, wächst und sich radikalisiert, und dass sie sich in der Tat bereits mehr als durchsetzt gegenüber dem, was bis vor ein paar Jahren die Hegemonie des traditionellen Reformismus und seiner Varianten war, zumindest bei den traditionellen linken Demonstrationen - 1. Mai, 11. September, etc. -.

Diese Frage zu leugnen hieße, die Realität mit dem Finger in ideologischen Schlupflöchern zu verdecken: Die jüngsten Demonstrationen und die spontane Bildung eines wirklich massiven und weit verbreiteten schwarzen Blocks, die Bewegung der territorialen Rückgewinnung und der bewaffneten Selbstverteidigung der Mapuche in der Wallmapu und die Anzeichen für eine Reorganisation der Territorialversamlungen und verschiedener sozialer Kollektive, die den Institutionen kritisch gegenüberstehen, bestätigen, dass dieses ganze Phänomen, das wir seit Oktober erleben, alles andere als eine vorübergehende Erscheinung ist. Die Oktoberrevolte führte nicht nur zu Gewalt auf der Straße, sondern schuf auch ein Umfeld, in dem sich Räume der

Vereinigung und der politischen Agitation ausbreiteten; sie bildete in der Praxis eine wichtige Gruppe von Genoss*innen und schuf die praktischen Mittel, um lokale Probleme wie die Gesundheitskrise zu bewältigen und die demokratische Konterrevolution zu überwinden und den Kampf wieder aufzunehmen. Allein die Tatsache, dass eine Gruppe von Territorialversammlungen anfängt, öffentlich die Barriere des konstituierenden Prozesses zu überwinden und vom Kampf her neu zu denken, ist ein Zeichen dafür, dass diese Räume auch in Zukunft unsere Schützengräben sein werden, von denen aus die Proletarier*innen sowohl die Folgen einer Wirtschafts- und Arbeitskrise, die uns an den Fersen klebt, bewältigen als auch neue Formen der gemeinschaftlichen Vergesellschaftung und des Kampfes ausprobieren können.

V.

Jeder Prozess der sozialen Auseinandersetzung bringt in seiner Entwicklung Elemente zum Ausdruck, die zu einem bestimmten Zeitpunkt und in bestimmten Kontexten zu seiner Vertiefung und Ausweitung beitragen können, während sie in anderen als Beschränkungen oder Bremsen angesehen werden. In demselben Sinne sind Revolution und Konterrevolution gleichzeitige und sich gegenseitig bedingende Prozesse, die sich aus den Merkmalen und sozialen Beziehungen der Bewegung selbst speisen, die sich dem Kapitalismus oder einigen seiner Erscheinungsformen entgegenstellt.

Es ist daher notwendig, die Elemente, die als einschränkend oder hinderlich angesehen werden, klar zu benennen und aufzuzeigen, denn aus einer Sicht, die einen ideologischen und idealisierten Horizont aufrechterhält, werden die "Mängel" vielleicht unendlich sein. Was uns interessiert, sind die Organisationslogiken, die Kampfformen, die Slogans usw., die es ermöglichen, die Bewegung zu kontrollieren und zu ersticken, die ihre Kräfte gegen sich selbst richten und die letztendlich zu einer Zersplitterung und Stärkung der reaktionären Strömungen führen. Diese Elemente haben viele historische Erfahrungen gemeinsam, sie nehmen unterschiedliche Formen an, sind aber in ihren Grundzügen oft ähnlich. Anstatt all diese "Probleme" im Einzelnen aufzulisten, ist es in diesem Sinne interessant, sie zu erkennen und zu gruppieren, um so gemeinsame Wege zu fördern.

Die nationale Frage, die sich historisch in die Perspektive des "Volkes" und in die Ebene der Forderungskämpfe eingeschlichen hat - heute in Begriffen, die quer zur politischen Kaste stehen, wie Würde, Wohlfahrt oder Arbeit -, fungiert letztlich immer als trojanisches Pferd für bürgerliche oder offen faschistische Positionen, sie verdeckt die unlösbaren Konflikte im Rahmen dieser auf Klassenspaltung basierenden Gesellschaft unter dem Blickwinkel der Interessen des Landes und des Wohlergehens seiner Bewohner*innen - was nichts anderes ist als das schlichte Überleben der Arbeiter*innenklasse - und schafft ihre Gemeinschaft auf der Grundlage patriarchalischer Konzepte, die auf Privateigentum, Lokalismus, Erbschaft und Ethnien basieren. Die nationale Einheit hat der herrschenden Klasse nicht nur politisch genützt, sondern war auch ein sehr lukratives Mobilisierungsmittel, und so gibt es keinen Nationalismus, der für revolutionäre Zwecke genutzt werden kann, denn sein ausgesprochen reaktionärer Charakter schleicht sich immer ein. Ihr schändliches Potenzial zeigte sich bei der einwanderungsfeindlichen Demonstration in Iquique, wo sie ihre popularisierte Version des Aufstands mit chilenischer Flagge und sogar dem Mapuche-Emblem schwenkten.

Die Demokratie ihrerseits erweist sich einmal mehr als eine der Hauptwaffen, um proletarische Kämpfe zu vereinnahmen und gefügig zu machen, indem sie in die bestehende institutionelle Ordnung integriert wird, wie es sich im bereits mehrfach erwähnten Verfassungs- und Wahlprozess gezeigt hat; aber auch als eine regressive und behindernde Logik innerhalb der Kampferfahrungen. Der libertäre Wandel des alten Leninismus hat nicht notwendigerweise zu einer Beseitigung seiner autoritären Praktiken geführt, sondern zu einer Überschneidung dieser Praktiken in Aktivismus, Partizipation und "Horizontalität". Dies zeigte sich deutlich in der Schwierigkeit der revolutionären Sektoren, den Verfassungsprozess unter dem Vorwand "den Willen des Volkes zu respektieren" zu kritisieren, was die Erneuerung der politischen Kaste erleichterte, und in der Schwierigkeit, die Debatten aus der Perspektive der sozialen Revolution und des Endes des Kapitalismus zu führen, weil die Avantgarde der Meinung war, dass die

Gemeinschaften dies nicht verstehen könnten oder es sie einfach nicht interessiere, was den Staat als ultimative Organisation der Gesellschaft ideologisch stärke.

In gewisser Weise bleibt die individuelle Perspektive in diesem Prozess vorherrschend und untergräbt den Fortschritt der sozialen Neuartikulation. Die Permanenz von Nationalismus und Demokratie drückt das ganze Ausmaß der Schwierigkeiten der Gesellschaft aus, sich als Produkt der Ohnmacht der noch isolierten Individuen organisatorisch zu finden. Dies äußert sich auf persönlicher Ebene in Enttäuschungen, Vertrauensverlust in Prozesse und mangelnder Beständigkeit und auf organisatorischer Ebene im Fehlen gemeinsamer Perspektiven und in der Schwierigkeit der Koordination. Andererseits ist diese individuelle Orientierung in der gegenwärtigen Ära des sozialen Zerfalls ein Nährboden für den Kult der "Coolness" und die besorgniserregende Ausbreitung von Schlägereien und blinder Gewalt, die oft den schmalen Grat zwischen der notwendigen Reaktion auf die Verteidiger*innen des Privateigentums, ermutigte Bürger*innen und die Manie der Registrierung von Telefonen und sozialen Netzwerken überschritten hat, bis hin zu einem einfachen Teufelskreis der Gewalt, bei dem derjenige gewinnt, der am lautesten schreit und schlägt.

Die Spezialisierung auf bestimmte Formen des Kampfes und der Konfrontation trägt ebenfalls zur Desintegration und Hierarchisierung der an der Revolte beteiligten Bevölkerungsgruppen bei. Die "Frontlinie" entsteht aus dem spontanen Bedürfnis, sich auf einer bestimmten Ebene zu organisieren, um kollektiven Widerstand gegen die repressive polizeilich-militärische Brutalität zu leisten, wird dann aber fetischisiert, mythologisiert und in eine Art semi-formalen Verteidigungsapparat verwandelt, der vom Rest der Demonstrant*innen getrennt ist. Die proletarische Gewalt hört auf, diffus und spontan - nicht notwendigerweise unorganisiert - zu sein, und weicht den auf ihre Ausübung spezialisierten Kräften, was die Identifizierung der repressiven Kräfte des Staates und die repressiven Maßnahmen selbst erleichtert, indem sie ihre Ziele besser eingrenzen können. Daraus folgt auch, dass jedes Abdriften in Richtung Gewalt zum Scheitern verurteilt ist angesichts professioneller Staats-/Kapitalapparate, die über die Struktur, die Ausrüstung und die Ausbildung verfügen, um effektiv und brutal vorzugehen.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Entwicklung dieser Widersprüche und Grenzen innerhalb der Bewegung selbst ihr gesamtes Wachstum in ein wiedergewinnbares Terrain für unsere Feinde verwandeln kann. Wenn die soziale Konfrontation ihre expansive und subversive Tendenz fortsetzt, wenn der "Volksriese" eine Krise revolutionären Charakters auslöst, muss die Bewegung über solide Grundlagen und Perspektiven verfügen: Zweideutigkeit, Halbheiten, Mangel an theoretischer und programmatischer Klarheit können katastrophal sein, da sie einen Populismus reaktionären Charakters stärken könnten, der in der Lage ist, dem Proletariat einen illusorischen, aber unmittelbaren Horizont zu bieten.

VI.

Es ist klar, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen neue Versuche von Aufständen, Revolten und Rebellionen unvermeidlich sind. Damit die nächsten Gelegenheiten zum Aufbruch nicht in der Monotonie von Straßenkämpfen, Plünderungen, Ausschreitungen und der Inbesitznahme öffentlicher Räume - wie z.B. von Plätzen - stecken bleiben und zwischen brutaler staatlicher Repression und institutioneller Rückgewinnung in die Enge getrieben werden, ist es notwendig und dringlich geworden, über Perspektiven und Orientierungen nachzudenken, die über diese Dynamik hinausgehen und gleichzeitig eine grundlegende und radikale Kritik des Kapitalismus skizzieren, die einzig mögliche realistische Alternative zu der Sackgasse, in der sich die Menschheit befindet [5].

Von einer Position, die die Umsetzung sofortiger kommunistischer Maßnahmen fordert - und die die Notwendigkeit einer Periode des "Übergangs" leugnet, in der sich das Proletariat durch die Auferlegung seiner "Diktatur" in die herrschende Klasse verwandelt -, blicken wir immer noch auf eine sehr große Kluft zwischen der konkreten Bestätigung unserer lebenswichtigen Bedürfnisse als menschliche Spezies und dem Entstehen einer internationalen Revolution, um dem Elend dieser Welt ein Ende zu setzen, aufgrund des hohen Grades der Fragmentierung der kapitalistischen

Totalität, auf die wir konditioniert sind, die in einem dominanten individualistischen Geist narzisstischen Charakters bekräftigt wird. In den letzten Jahren waren wir in diffus-parteiliche Kämpfe verwickelt, ohne einen klaren Horizont für die Abschaffung der realen kapitalistischen Totalität zu haben, sondern um zum Ausdruck zu bringen, dass sie überwunden werden muss, um das zu bekräftigen, was sie bereits in sich trägt: eine globale menschliche Gemeinschaft. Dieses Bedürfnis wird jedoch leicht durch das "Spektakel" der sozialdemokratischen "Lösungen" und die ideologische Ware, die sie reproduzieren, verwässert - wie "human" oder jetzt "grün" sie auch erscheinen mögen -, die nur dazu beitragen, Illusionen zu säen, das System mit Sauerstoff zu versorgen und als Rückhalt und Re-Aktualisierung des Kapitals zu wirken. Diese vulgären "Flecken" inmitten des fortschreitenden allgemeinen Zerfalls, der sich beispielsweise in finanzieller Instabilität, dem ökologischen Desaster, geschlechtsspezifischer Gewalt, großen Migrationsströmen und der Verschärfung emotional-psychischer Probleme manifestiert, haben leider immer noch einen großen Einfluss auf das Proletariat als Ganzes. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, dass revolutionäre, radikale und antikapitalistische Milieus in allen möglichen Räumen die Notwendigkeit der kollektiven Ausübung der Entwicklung der Tätigkeit der theoretischen Selbstklärung im Dialog mit der konkreten Realität fördern. Auf diese Weise werden die Waffen der Kritik schließlich in der Lage sein, die Kritik durch Waffen zu ermöglichen. Basierend auf unseren praktischen Erfahrungen, aber auch auf einer Reihe von Diskussionen, Debatten und dem Austausch von Eindrücken mit verschiedenen Genossinnen und Genossen, haben wir in aller Bescheidenheit einen Entwurf von Aufgaben und Prognosen ausgearbeitet, die wir für die gegenwärtige Periode für relevant halten:

1- Kapital ist ein totales globales Verhältnis, es ist das Bindeglied, das verbindet, was getrennt ist, das die Produktion und Verteilung von Waren organisiert und strukturiert - diese metaphysische Einheit, die einen doppelten Charakter hat: Wert und Gebrauchswert - und die daher die proletarisierte Menschheit teilt und hierarchisiert, die auf eine einfache Ware reduziert wird, aber eine sehr eigentümliche, da sie als Arbeitskraft betrachtet Wert erzeugt und auch in der Lage ist, andere Waren zu konsumieren. Während der Revolte und der anschließenden Pandemie, die die chilenische Region heimsuchte, waren wir Zeug*innen und Teilnehmer*innen verschiedener Formen der Selbstorganisation, die vor allem mit territorialen Versammlungen und anderen Räumen proletarischer Zusammengehörigkeit verbunden waren, die entstanden, um verschiedene sehr konkrete Probleme zu lösen, Zum Beispiel die Koordination, die geschaffen wurde, um die Freilassung zu fordern und die inhaftierten Genoss*innen und ihre Familien materiell zu unterstützen, aber auch die gemeinsamen Kochstellen, Volksversorgungsnetze oder Kantinen, die von entscheidender Bedeutung waren, um den in den Stadtteilen und Städten aufkommenden Hunger zu stoppen. Obwohl diese Art von proletarischer Antwort eine spontane Manifestation ist, um das zu erreichen, was das Kapital uns bei der Verteilung der Güter verweigert, können wir uns in diesen kollektiven Erfahrungen auch als Teil einer proto-menschlichen Gemeinschaft ohne die Mittel des Geldes bestätigen, insofern sich diese Selbstorganisation und Kritik auf die anderen "Momente" der totalen sozialen Aktivität ausdehnt: die Produktion[6] und die Reproduktion der Menschen.

2- Selbstorganisation ist dann nur der erste Schritt, denn ohne einen "Inhalt", der die Negation des kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisses betont, werden wir nicht über eine "demokratische Selbstverwaltung" des Elends, das wir derzeit erleiden, hinauskommen. Es ist notwendig, die gesellschaftliche Reproduktion als Ganzes zu überdenken, denn eine befreite Gesellschaft kann sich nicht nur die Produktionsmittel aneignen, wie sie derzeit konzipiert sind, und dabei die Schädlichkeit der gegenwärtigen technologischen Entwicklung und ihre direkte Beziehung zur Selbstverwertung des Kapitals berücksichtigen. Kommunismus ist nicht gleichbedeutend mit einer Demokratisierung des Zugangs zu Waren und den dahinter stehenden Technologien und auch nicht mit einer einfachen "Produktionsweise", sondern es geht um die kollektive Schaffung einer radikal anderen Lebensweise.

3- So wie das Kapital ein globales soziales Verhältnis ist, so ist es auch die menschliche Gemeinschaft mit ihrem Potenzial. Aufgrund der Komplexität der internationalen Arbeitsteilung, die sich unter der Herrschaft des Kapitals entwickelt hat, kann heute keine Region mehr autark und unabhängig sein. Kommunismus und Anarchie in einem einzelnen Stadtteil, einer Kommune, einer

Stadt, einem Land oder einer großen Region sind auf keinen Fall realisierbar, sondern nur im internationalen Maßstab. Wir glauben, dass es notwendig ist, Erfahrungen auszutauschen und einen fließenden Dialog mit Genossinnen und Genossen aus allen möglichen Breitengraden zu führen, jenseits von Sprachbarrieren. In dem Maße, wie sich der Klassenkampf auf lokaler Ebene ausweitet und intensiviert, muss er auch mit den Kämpfen in weit entfernten Gebieten verbunden werden, und zwar so weit möglich durch direkte Kommunikation. Was die proletarischen Kämpfe artikuliert, ist der vergemeinschaftende "Inhalt", den sie zum Ausdruck bringen, ein ständiger Dialog zwischen unseren Bedürfnissen als globale menschliche Gemeinschaft und den konkreten Wegen, wie diese entwickelt werden könnten. Natürlich sind wir uns der enormen Herausforderung bewusst, die mit dieser Aufgabe verbunden ist, da es keine Rezepte und keine konkreten historischen Beispiele gibt, aber die praktischen Erfahrungen von Kampfgemeinschaften auf internationaler Ebene werden die Grundlage für neue Versuche der sozialen Organisation bilden.

4- Angesichts der Kraft der sich entwickelnden und noch zu entwickelnden Kämpfe ist es unerlässlich, kommunisierende Maßnahmen vorzuschlagen und umzusetzen, die die Hegemonie der kapitalistischen Normalität über unser Leben offensiv brechen und die das unverrückbare kommunistische Programm positiv zum Ausdruck bringen, d.h. die Zerstörung der auf der Ware und dem Wert basierenden Beziehungen, des Staates und jeder abstrakten Vermittlung der menschlichen Bedürfnisse. Damit diese Maßnahmen wirksam entwickelt werden können, werfen wir zwei Probleme auf, die in der Hitze des Gefechts gelöst werden müssen. Erstens, dass diese Maßnahmen auf ein breites Spektrum von Kämpfen angewandt werden müssen, die isoliert entstehen und einen partiellen Charakter haben. Deshalb halten wir es für wichtig, dass so viele Genoss*innen wie möglich aktiv daran beteiligt sind: Je mehr Menschen wir für die Zerstörung der kapitalistischen Verhältnisse mobilisieren, indem wir zur Umsetzung dieser Maßnahmen beitragen, desto größer ist die Fähigkeit zum Aufbruch. Zweitens drücken diese Maßnahmen den spezifischen Inhalt der Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse aus, den qualitativen oder theoretischen Aspekt, der durch die ständige Diskussion zwischen verschiedenen antikapitalistischen Kernen und in der materiellen Realität, in der sie sich entwickeln, ausgearbeitet werden muss. Beide Probleme sind Teil der komplexen Entwicklung des Klassenkampfes und stellen eine enorme Herausforderung dar, die gemeinsam bewältigt werden muss.

5- Die Umsetzung dieser Aufgaben ist eng mit der Bildung einer organisierten und strukturierten antikapitalistischen Bewegung verbunden. Es handelt sich um eine alte Diskussion, bei der Begriffe und Konzepte wie "Partei", "Avantgarde", "revolutionäre Minderheit" usw. kontrovers diskutiert werden und die noch nicht endgültig geklärt ist. Die Gültigkeit dieser Kontroverse spiegelt die Notwendigkeit ihrer Diskussion, der Abgrenzung der von den Revolutionären durchgeführten Aktion wider, und ihre Überwindung ist eng mit der Überwindung der kapitalistischen Kategorien und der sozialen Spaltung, die sie reproduzieren, verbunden.

Vamos hacia la vida! (deutsch: Auf geht's, ins Leben!)

Fußnoten

[1] Wir empfehlen die Broschüre der Barbaria-Gruppe "Geld, das Geld ausbrütet", verfügbar unter: <http://barbaria.net/2020/05/15/dinero-que-incuba-dinero/>

[2] Ein Problem, das sogar von der OECD anerkannt wurde: "OECD urges Chile to focus on reducing inequalities to strengthen social and economic recovery of COVID-19" [Verfügbar unter: <https://www.oecd.org/newsroom/la-ocde-insta-a-chile-a-que-se-centre-en-reducir-las-desigualdades-para-reforzar-la-recuperacion-social-y-economica-del-covid-19.htm#:~:text=Upcoming%20events-,The%20OECD%20urges%20Chile%20to%20focus%20on%20the%20current%20crisis%20of%20COVID%2D19>]. Wir empfehlen auch die kritische Lektüre der folgenden Artikel: "The geography of inequality and power" [Verfügbar unter: <https://www.ciperchile.cl/2020/02/26/la-geografia-de-la-desigualdad-y-del-poder/>]; "According to OECD report: Chile is one of the three most unequal Latin American countries in terms of income" [Verfügbar unter: <https://www.elmostrador.cl/noticias/2020/03/09/segun-informe-de-la-ocde-chile->

[es-uno-de-los-tres-paises-latinoamericanos-mas-desiguales-en-cuanto-a-ingresos/](#)].

[3] Benjamin, Walter (2007) Über den Begriff der Geschichte. Thesen und Fragmente. Buenos Aires: Piedras de papel.

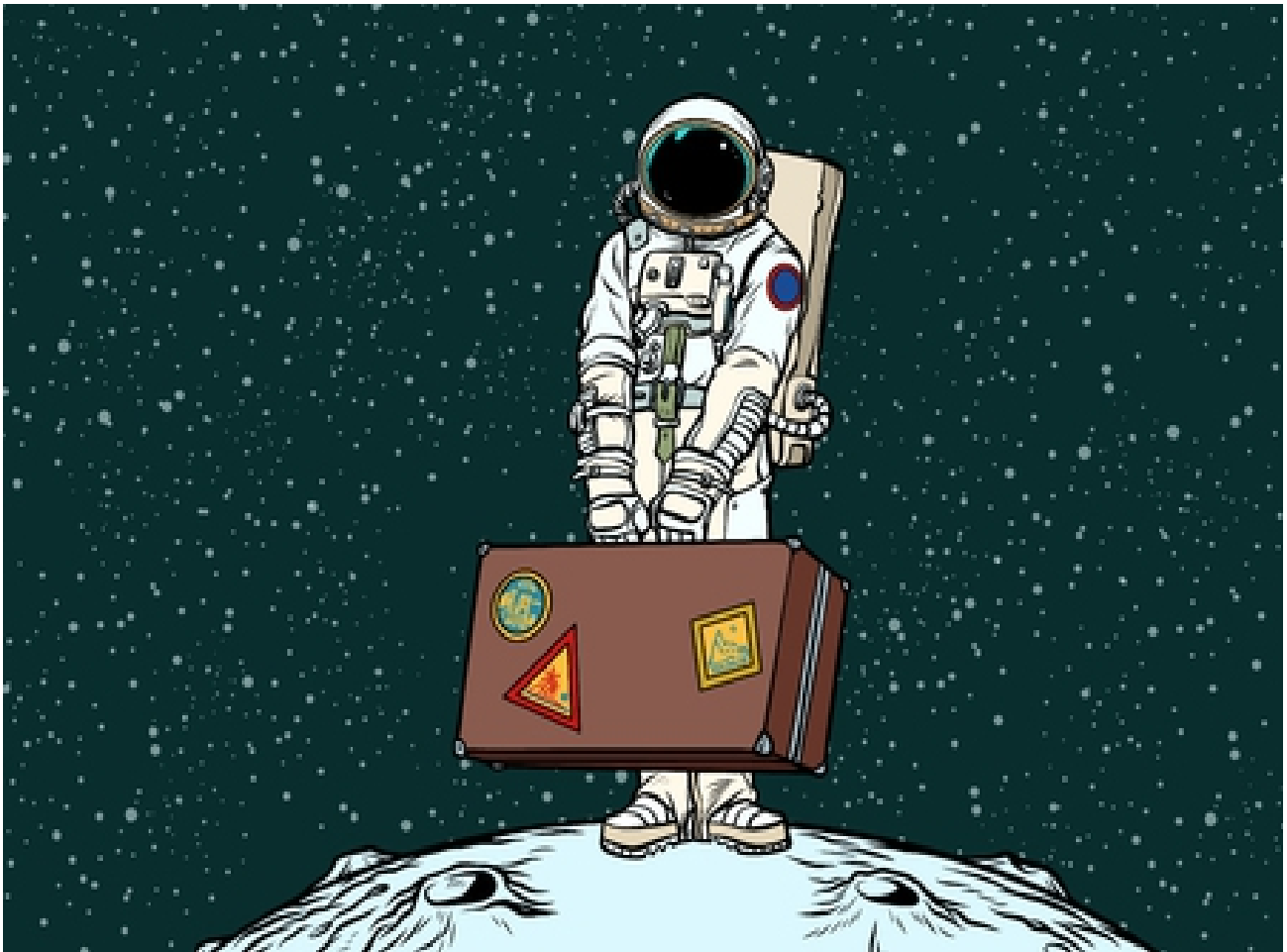
[4] Jesi, Furio (2014) Spartakus. Symbolik der Revolte. Buenos Aires: Adriana Hidalgo.

[5] Zur Vertiefung dieser Diskussion empfehlen wir die Lektüre der folgenden Texte: Angry Workers (2021) Insurrección y Producción. Santiago de Chile: Editorial Pensamiento y Batalla; Amigas y Amigos de la Sociedad sin Clases (2021) Contornos de la comuna mundial. Santiago de Chile: Editorial Pensamiento y Batalla; "No Way Forward, No Way Back China in the Era of Riots" (Kein Weg vorwärts, kein Weg zurück - China in der Ära der Unruhen), aus der Zeitschrift des Chuang-Kollektivs Nr. 1 [auf Englisch verfügbar unter: https://chuangcn.org/wp-content/uploads/2015/12/ChuangIssue1_SMALL.pdf]; "The transitional phase of the crisis: the era of riots" (Die Übergangsphase der Krise: die Ära der Unruhen) von der inzwischen aufgelösten griechischen Gruppe Blaumachen [auf Englisch verfügbar unter: <http://libcom.org/library/transitional-phase-crisis-era-riots>]; "The communist measures" (Die kommunistischen Maßnahmen) von Leon de Mattis, verfügbar unter: <https://colectivobrumario.wordpress.com/2015/12/22/las-medidas-comunistas-leon-de-mattis/>.

[6] Es bleibt zu diskutieren, welche Produktionszweige für die Reproduktion unserer Spezies lebensnotwendig sind und welche überflüssig sind und nur dazu beitragen, den Grad der Entfremdung unter den Menschen und mit der Natur zu verschärfen, und die deshalb vom ersten Moment des Sieges des Aufstandes an beseitigt werden müssen. Wir halten es jedoch für wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir durch die Ausrichtung auf die Produktion menschlicher materiell-konkreter Bedürfnisse und nicht von Werten, durch die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse, die uns helfen, uns in die lebenswichtigen ökologischen Kreisläufe zu integrieren - und damit den vom Kapital aufgezwungenen metabolischen Bruch zwischen Mensch und Natur zu überwinden -, die Möglichkeit haben werden, das Risiko der Auslöschung des Lebens auf der Erde zu vermeiden oder zu verringern.



Die ökofaschistische Tendenz: Migration und Ökologie



Pierre Madelin

Ein Text, der im Juni 2020 auf [Terrestres](#) erschien und auf den wir durch seine Wiederveröffentlichung Anfang November 2021 auf [Marseille Infos Autonomes](#) aufmerksam wurden. Wie so häufig gilt, wir teilen nicht alles, sehen aber dass die Diskussionen zur "ökologischen Frage", wie so vieles, in anderen Ländern weiter gediehen sind, als hierzulande. Hier nun die Übersetzung. Sunzi Bingfa

In einer Zeit, in der die Frage nach der "nächsten Welt" in aller Munde ist und sich die Krise des Kapitalismus verschärft, hielten wir es für wichtig, zu untersuchen, wie eine ökofaschistische Politik aussehen könnte. Wie könnte ein Bündnis zwischen "Grün" und "Braun" aussehen?

Im Jahr 2019 erreichte die Zahl der internationalen Migranten nach Angaben der UNO weltweit 272 Millionen, ein Anstieg um 51 Millionen im Vergleich zu 2010. Im selben Jahr, 2019, wurde am 29. Juli der Tag des globalen "ökologischen Overshoot" erreicht, der Tag, ab dem die Menschheit mehr natürliche Ressourcen verbraucht und mehr Treibhausgase ausgestoßen hat, als die Erde in einem Jahr produzieren und absorbieren kann. Einige Monate zuvor, am 25. April, wurde in einem Bericht behauptet, dass 14 % der Arbeitsplätze in den OECD-Ländern durch die Automatisierung verloren gehen würden und dass 31,6 % der Tätigkeiten ohnehin durch die Automatisierung verändert werden würden. Am 15. März tötete ein mit Kriegswaffen bewaffneter Mann namens Brenton Tarrant in Christchurch, Neuseeland, 51 Menschen in mehreren Moscheen und verletzte 49 weitere. Am 3. August schließlich griff Patrick Crusius in El Paso, einer Stadt an der Grenze zu

Texas, einen von Latinos besuchten Supermarkt mit einer automatischen Waffe an und tötete 22 Menschen und verletzte 26. Vier Phänomene, die scheinbar nichts miteinander zu tun haben, aber dennoch durch die Dynamik des Kapitalismus miteinander verbunden sind, der dazu neigt, *"gleichzeitig die beiden Quellen zu erschöpfen, aus denen aller Reichtum entspringt: die Erde und der Arbeiter"* (Marx).

Dass der Kapitalismus die Natur, ihre Böden, ihre Flüsse, ihre Wälder, ihre Meere, ihre Atmosphäre und ihre nicht-menschlichen Bewohner ausbeutet, wissen wir nur zu gut, so dass es müßig ist, sich mit diesem Punkt aufzuhalten. Dass sie den Arbeiter erschöpft, nicht nur in dem banalen Sinne, dass sie ihn ausbeutet, sondern mehr noch, weil sie dazu neigt, die Lohnarbeit zu zerstören, die sie zur unabdingbaren Voraussetzung für das materielle Überleben gemacht hat, ist vielleicht etwas weniger klar. Ohne zu sehr auf ihre Theorien einzugehen, sei daran erinnert, dass viele Autoren der Meinung sind, dass der Kapitalismus seit den 1970er Jahren in eine strukturelle Krise geraten ist [1], zu deren Hauptsymptomen die zunehmende Verknappung der Arbeit - oder nach Ansicht mancher sogar das Ende der Arbeit aufgrund der Tendenz zur Ersetzung entlohnter Tätigkeiten durch Maschinen - gehört.

Diese gemeinsame Ausdünnung von Arbeit und Ressourcen führt nun logischerweise zur Vermehrung "nutzloser" [2] oder "unrentabler" Menschen unter dem Gesichtspunkt der Kapitalakkumulation; "Es ist nicht mehr", schreibt die Gruppe Krisis in ihrem Manifest gegen die Arbeit, "der biblische Fluch 'Du sollst dein Brot im Schweiße deines Angesichts essen', der auf den Ausgeschlossenen lastet, sondern ein neues und noch unbarmherzigeres Urteil der Verdammnis: Du sollst nicht essen, denn dein Schweiß ist überflüssig und unverkäuflich" [3]. Diese "nutzlosen" Menschen sind zudem "lästig", da sie den Wunsch zu leben und zu überleben nicht aufgegeben haben, sondern weiterhin ihren Anteil an Ressourcen und Reichtum erhalten wollen. Die Krise des Kapitalismus führt daher auch zu einer Verschärfung des Wettbewerbs um den Zugang zu Arbeit und Ressourcen, und zwar sowohl unter denjenigen, denen dieser Zugang verwehrt ist, als auch unter denjenigen, die davon profitieren, ihn aber als bedroht empfinden.

Im Kopf eines Ökofaschisten

Dies alles sind Faktoren, die immer mehr Menschen dazu bringen, ihren Geburts- oder Wohnort zu verlassen, in der Hoffnung, anderswo einen Platz und ein Ziel zu finden. Wenn der Zusammenhang zwischen den ersten drei Phänomenen - Verschlechterung der Lebensbedingungen auf der Erde, Automatisierung und Migration - relativ klar zu sein scheint, wie können sie dann mit den Morden in Christchurch und El Paso in Verbindung gebracht werden? Die Antwort auf diese Frage muss in den Worten der Mörder selbst gesucht werden, die in den Manifesten festgehalten sind, die sie vor der Begehung ihrer Verbrechen geschrieben haben.

Brenton Tarrant zum Beispiel schreibt:

"Ich halte mich für einen Ökofaschisten. "[Einwanderung und globale Erwärmung] sind zwei Seiten derselben Medaille. Die Umwelt wird durch Überbevölkerung zerstört, und wir Europäer sind die einzigen, die nicht zur Überbevölkerung beitragen. (...) Wir müssen die Eindringlinge töten, die Überbevölkerung töten und so die Umwelt retten." [4]

Patrick Crusius, dessen Manifest umso beunruhigender ist, als es nicht wahnhaft ist und in einem kohärenten und argumentativen Stil geschrieben ist, ist sogar noch eloquenter:

"Die Einwanderung kann für die Zukunft Amerikas nur von Nachteil sein. Eine anhaltende Zuwanderung wird die Auswirkungen der Automatisierung, die eines der größten Probleme unserer Zeit ist, noch verstärken. Einige Quellen sagen, dass innerhalb von zwei Jahrzehnten die Hälfte aller amerikanischen Arbeitsplätze durch die Automatisierung verloren gehen wird. Einige werden sich umschulen lassen, die meisten nicht. Unter diesen Bedingungen macht es keinen Sinn, die Vereinigten Staaten weiterhin mit zig Millionen legaler und illegaler Einwanderer zu überschwemmen, und es macht auch keinen Sinn, die zig Millionen, die bereits hier sind, zu behalten. (...) Mein Traumjob wird wahrscheinlich automatisiert sein."

Und weiter:

"Der American Way of Life zerstört die Umwelt in unserem Land. (...) Ihr seid alle zu stur, um eure Lebensweise zu ändern. Der nächste Schritt besteht also darin, die Zahl der Menschen zu verringern, die in Amerika Ressourcen verbrauchen. Wenn wir genug von ihnen loswerden, kann unsere Lebensweise langfristig ein wenig nachhaltiger werden." [5]

Bevor wir uns näher mit der Interpretation dieser Texte und den Entwicklungen, für die sie ein Symptom sind, befassen, wollen wir kurz auf die Frage der strukturellen Krise des Kapitalismus zurückkommen. Um dem zu begegnen, versuchen die wirtschaftspolitischen Eliten seit Anfang der 1980er Jahre, die alten Systeme der Wohlstandsverteilung herunter zu fahren oder gar abzuschaffen, indem sie den Wohlfahrtsstaat abbauen und immer mehr Wettbewerbslogiken fördern; dies wird allgemein als Neoliberalismus bezeichnet. Dabei stoßen sie zunehmend auf die Unzufriedenheit und den Widerstand der Bevölkerung, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen sich von Jahr zu Jahr verschlechtern. Der Kapitalismus sieht sich daher auch mit einer Legitimationskrise konfrontiert, die ihn dazu zwingt, auf die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit immer mehr mit Gewaltanwendung zu reagieren und sich von den Zwängen zu befreien, die der Rechtsstaat früher (zumindest in bestimmten Teilen der Welt) auf ihn ausübte, wodurch die Konturen dessen gezeichnet werden, was wir mit anderen als "autoritären Liberalismus" bezeichnen könnten. Aber keine Macht, kein "System" kann durch die ausschließliche Anwendung von Gewalt aufrechterhalten werden, so dass der Neoliberalismus letztlich dazu verurteilt ist, einer neuen Form der Organisation der sozialen Beziehungen Platz zu machen, die ihn entweder in radikalisierte Form fortführt oder sich ihm im Gegenteil auf allen Ebenen widersetzt.

Lassen wir hier die wirklich revolutionäre Möglichkeit eines Ausstiegs aus dem Kapitalismus beiseite und konzentrieren wir uns stattdessen auf die Optionen, die er hat, um mit dieser Legitimationskrise umzugehen. Ich habe den Eindruck, dass es drei davon gibt: den grünen Kapitalismus, den Carbo-Faschismus und den Öko-Faschismus. Wenn der grüne Kapitalismus Teil eines neoliberalen Rahmens sein kann, indem er massiv in den ökologischen Übergang investiert, während er gleichzeitig die Zerstörung der öffentlichen Dienste fortsetzt und die Ungleichheiten verschärft, kann er auch eine sozialdemokratische Form annehmen, indem er versucht, gleichzeitig die Kapitalakkumulation - über die Entwicklung erneuerbarer Energien und die Erneuerung der Infrastrukturen - und die festgefahrenen Mechanismen der Umverteilung des Reichtums wieder in Gang zu bringen. Es ginge gewissermaßen um die Wiederherstellung des untergegangenen Wohlfahrtsstaates unter Berücksichtigung der Grenzen der Biosphäre. In vielerlei Hinsicht ist dies das Spiel der Befürworter des "Green New Deal", der heute von einem Teil der Demokratischen Partei in den Vereinigten Staaten verteidigt wird, oder der "Ökologischen Planung", die in Frankreich während der letzten Präsidentschaftswahlen von France Insoumise propagiert wurde.



Von allen kapitalistischen Optionen ist dies offensichtlich die am wenigsten monströse und am "besten gemeinte", auch wenn es keine Garantie dafür gibt, dass sie wirtschaftlich oder ökologisch lebensfähig ist (das ist eine andere Frage, auf die ich hier nicht eingehen werde). Doch anstatt zu versuchen, die marode Sozialdemokratie in einer erneuerten und begründeten Form wiederherzustellen, könnte der Kapitalismus auch - und das ist der Weg, den wir heute in vielen Ländern wie Frankreich beschreiten, auch wenn dieses Ergebnis noch nicht unvermeidlich ist - auf eine Form des Neofaschismus zusteuern, der alle Mittel einsetzen würde, um die soziale Frage auszublenden (oder zumindest zu verdrängen), indem er die nationale und die Identitätsfrage in den Mittelpunkt des politischen Spiels stellt. Der Soziologe Ugo Palheta erklärt dies sehr gut:

"Der weiße Nationalismus, der fremdenfeindlich und rassistisch ist, entwickelt sich im politischen Bereich, weil die herrschenden politischen Kräfte und Regierungen nicht in der Lage sind, legitim zu erscheinen. Sie sind nicht in der Lage, die Zustimmung zu ihrer politischen Vorherrschaft im wirtschaftlichen und sozialen Bereich zu erhalten - und wie sollten sie auch, da ihre neoliberale Politik die Arbeits- und Lebensbedingungen eines großen und wachsenden Teils der Bevölkerung nur verschlechtern kann? - Die Eliten versuchen, sie zu erobern, indem sie den Mythos einer nationalen Gemeinschaft aufbauen, die von Bevölkerungen verstümmelt, bedroht, überflutet oder sogar kolonisiert wird, die ihrer tiefsten Identität fremd sind und als solche - selbst wenn sie Franzosen sind - als ständige Gäste behandelt werden. Mit anderen Worten: Sie versuchen, die weiße Mehrheit gegen bereits verfolgte Bevölkerungsgruppen - Muslime, Roma, Migranten, Schwarze - aufzubringen, indem sie einen weißen Block unter bürgerlicher Vorherrschaft anstreben, ein Klassenbündnis gegen den Fremden." [6].

Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden ökologischen Krise könnte diese neofaschistische autoritäre Strömung und das von ihr angestrebte Klassenbündnis gegen das Fremde selbst zum "Carbo-Faschismus" [7] oder "Öko-Faschismus" degradiert werden. Der Begriff "Carbo-Faschismus" impliziert ein überstürztes Vorgehen auf allen Ebenen. Süchtig nach fossilen Brennstoffen und völlig gleichgültig gegenüber den ökologischen Bedingungen ihres Überlebens, ist sie bereit, das Erbe von mehreren Milliarden Jahren Evolution mit ins Grab zu nehmen. Es ist diese Gruppe, die im Moment den Wind in den Segeln hat, denn man kann nicht wirklich sagen, dass die politischen Bewegungen der extremen Rechten der Ökologie verpflichtet sind, nicht einmal zu instrumentellen Zwecken.

Überall dort, wo sie bei Wahlen eine bedeutende Rolle spielen und an die Macht gekommen sind, zum Beispiel in Brasilien unter Bolsonaro oder in den USA unter Donald Trump, neigen Parteien und Führer, die eine autoritäre Politik verfolgen und sich nationalistischer oder rassistischer Rhetorik bedienen, dazu, ökologische Fragen herunterzuspielen oder zu ignorieren, Aktivisten, die sich für den Naturschutz einsetzen, zu unterdrücken und eine offenkundig umweltfeindliche Politik zu fördern. Alles deutet darauf hin, dass für sie die Berufung des Menschen zur Beherrschung der Natur untrennbar mit der Berufung bestimmter menschlicher Gruppen zur Beherrschung anderer verbunden ist, und dass die Klassen-, Rassen- und Geschlechterhierarchien, die ihre Gesellschaften strukturieren, nur unter der Bedingung aufrechterhalten werden können, dass sie diese andere große, anthropozentrische Hierarchie bewahren, die den Menschen an die Spitze des Kosmos stellt und ihm das Recht einräumt, ihn nach Belieben zu nutzen. Sollte sich dieser Carbo-Faschismus durchsetzen, würden Brenton Tarrant und Patrick Crusius im kollektiven Gedächtnis nur als unheimliche historische Kuriositäten bleiben. Es könnte aber auch sein - und das ist die zentrale und hoffentlich irriige Annahme dieses "political fiction"-Textes -, dass sie die ersten waren, die die Grundlagen für eine ökofaschistische Politik gelegt haben.

Von einem Ökofaschismus zum anderen

Doch was genau ist mit diesem Begriff gemeint? Um diese Frage genau zu beantworten, kann es nützlich sein, auf die drei wichtigsten Verwendungen des Begriffs "Ökofaschismus" zurückzublicken, die es bisher gegeben hat:

In den frühen 1990er Jahren wurde dieses Konzept von «liberalen» Ideologen, insbesondere in Frankreich, für diffamierende Zwecke benutzt, um zu suggerieren, dass jede radikale ökologische

Kritik an der industriellen und kapitalistischen Moderne autoritäre Regime begünstigen würde. "Unter der Liebe zur Natur, der Hass der Menschen", schrieb beispielsweise Marcel Gauchet in einem berühmten Artikel, kurz bevor Luc Ferry seine Broschüre "Die neue ökologische Ordnung" veröffentlichte, die die Rezeption des angelsächsischen ökologischen Denkens in den französischen Intellektuellenkreisen verhängnisvoll beeinflusste.

Seit den 1970er Jahren argumentierten verschiedene Denker im Bereich der politischen Ökologie, dass die durch das kapitalistische Wachstum verursachte Umweltzerstörung und die Erschöpfung der Ressourcen schließlich zu einer zunehmend autoritären (oder sogar totalitären) Verwaltung von Territorien und Bevölkerungen führen würde. "Die verschiedenen Verantwortlichen für den Untergang der Erde", schrieb Bernard Charbonneau in *Le Feu Vert*, "werden die Rettung des Wenigen, das noch übrig ist, organisieren und nach dem Überfluss den Mangel und das Überleben verwalten" [8], während André Gorz in einem berühmten Text das Entstehen einer "neuen Welt" befürchtete, André Gorz sorgte sich in einem berühmten Text um die Entstehung eines ökologischen Ingenieurwesens, dessen Aufgabe es ist, "die Techniken und Schwellenwerte der ökologisch erträglichen Verschmutzung wissenschaftlich zu bestimmen, d.h. die Bedingungen und Grenzen, innerhalb derer die Entwicklung der industriellen Technosphäre vorangetrieben werden kann, ohne die Selbstregenerationsfähigkeit der Ökosphäre zu beeinträchtigen" [9].

Seit den 1980er Jahren schließlich zeigten sich verschiedene Autoren in der angelsächsischen Welt besorgt über die politischen Schlussfolgerungen, die manche aus den so genannten ökozentrischen ethischen Positionen ziehen könnten. Sie befürchteten vor allem, dass diese Ethik, wenn sie den Gemeinschaften und dem Ganzen einen höheren Wert beimisst als den Individuen und Teilen, aus denen sie sich zusammensetzt, dazu benutzt werden könnte, die Opferung bestimmter Individuen und menschlicher Gruppen im Namen der Erhaltung der Ökosysteme zu legitimieren, auch wenn sie dies nicht wollen. Sie bezeichneten dies als Ökofaschismus: die Tendenz, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen, deren Praktiken oder Anzahl das Gleichgewicht der Biosphäre stören, beseitigt werden sollten, und dass es notwendig sein kann, sie im Namen des "Gemeinwohls" zu beseitigen [10].

Die ersten beiden Ansätze stehen sich offensichtlich diametral gegenüber; während der erste jeder radikalen Kritik an der Industriegesellschaft und den von ihr geförderten politischen Alternativen eine Neigung zum Ökofaschismus zuschreibt, sieht der zweite im Gegenteil in der Dynamik der herrschenden kapitalistischen Ordnung selbst ein ökofaschistisches Potenzial. Der dritte Ansatz unterscheidet sich vom ersten dadurch, dass er in der Kritik der Moderne und des Anthropozentrismus keine unausweichliche Tendenz zum Ökofaschismus sieht, sondern ihn vielmehr als eine Möglichkeit unter anderen dieser Kritik betrachtet, die vermieden werden könnte, sofern ein moralisches und politisches Gleichgewicht zwischen dem Wert, der den Individuen zuerkannt wird, und dem Wert, der den sozialen und ökologischen Einheiten zuerkannt wird, zu denen sie gehören und von denen ihre Existenz abhängt, hergestellt wird.

Ich möchte vorschlagen, dass der Ökofaschismus im Sinne von 2. und der Ökofaschismus im Sinne von 3. ineinander übergehen könnten, indem ich zeige, dass das autoritäre Management von Knappheit und Überleben nicht alle Menschen in undifferenzierter Weise betreffen würde, ein Punkt, auf den Gorz oder Charbonneau nicht eingegangen sind. Es könnte schließlich dazu führen, dass im Namen des "allgemeinen Interesses" und der Erhaltung des Gleichgewichts der Biosphäre oder der nationalen Ökosysteme Gruppen geopfert werden, die am unteren Ende der sozialen Skala stehen, was zunächst ihren Zugang zu Ressourcen und Reichtum drastisch einschränkt und schließlich ihre Existenzberechtigung in Frage stellt. Ökofaschismus wäre dann als eine Politik zu verstehen, die darauf abzielt, die Lebensbedingungen auf der Erde zu erhalten, allerdings zum ausschließlichen Nutzen einer Minderheit.



Diese Hypothese erscheint mir umso glaubwürdiger, als die Voraussetzungen für diesen Ökofaschismus nicht nur bei den Mördern von El Paso und Christchurch oder bei den rechtsextremen Parteien (wir werden darauf zurückkommen), sondern auch, auf "subtilere" Weise, bei den europäischen Institutionen selbst zu beobachten sind. Im vergangenen Herbst sorgte Ursula von der Leyen, die neu ernannte Präsidentin der Europäischen Kommission, für Aufsehen, als sie das Ressort ihres für Migrationsfragen zuständigen Kommissars "Schutz der europäischen Lebensweise" nannte. Dieser Titel ist umso verachtenswerter und ambivalenter, als sich die Lebensweise sowohl auf eine vermeintliche kulturelle "Identität" als auch auf die "Lebensweise" beziehen kann, d. h. auf die Menge an Energie und Material, die ein Europäer zum Leben benötigt, von der wir sehr wohl wissen, dass sie aus ökologischer Sicht unhaltbar ist.

Ohne auf die Frage zurückzukommen, ob es so etwas wie einen nationalsozialistischen Ökologismus gab, was unter Historikern weithin umstritten ist, ist auch klar, dass die Beziehung zwischen ethnischer/nationaler Zugehörigkeit und Territorium immer einen zentralen Platz in der konservativen Vorstellungswelt eingenommen hat, für die die Umwelt - im schlimmsten Fall das "Terroir", Blut und Boden - nur die Stütze der Identität geschlossener politischer und historischer Gemeinschaften ist, die umso "authentischer" sind, als es ihnen gelungen ist, ihre Verbindungen zu dieser Umwelt zu bewahren. In Frankreich hat ein Intellektueller wie Alain de Benoist seit den 1970er Jahren daran gearbeitet, die Ökologie und die extreme Rechte zusammenzubringen, und zwar auf eine Art und Weise, die umso gefährlicher ist, als sie äußerst subtil ist - wir werden noch darauf zurückkommen. Aber bis jetzt war es nur eine unterirdische ideologische Arbeit, ohne wirkliches Echo in der politisch-wählerischen Sphäre. Und das aus gutem Grund: Nicht nur hatte die ökologische Krise noch nicht die kritische Intensität erreicht, die sie heute hat, sondern auch die Einwanderung war noch nicht zum Schreckgespenst des politischen Personals und eines bedeutenden Teils der Bevölkerung geworden.

Wie jedoch zahlreiche Umfragen in Frankreich [11] zeigen, gehören Umweltschutz und Einwanderung inzwischen zu den wichtigsten Anliegen der Bürger. In einem solchen Kontext glauben wir, dass die extreme Rechte nur dann in der Lage sein wird, an die Macht zu kommen oder zumindest ihre ideologische Agenda durchzusetzen, wenn sie die Ablehnung von Einwanderung (und die Stigmatisierung von Gruppen, die als "Ausländer" konstruiert werden), die sie traditionell definiert, und die Sorge um die Umwelt kohärent artikulieren kann. So hätte sie beispielsweise nichts zu gewinnen, wenn sie die vermeintliche "Invasion" der Migranten und die

nachgewiesene Zerstörung der Natur als zwei unterschiedliche, aber konvergierende Ausdrucksformen derselben Logik darstellen würde: der einer symmetrischen Intensivierung des Waren- und Kapitalflusses einerseits und des Menschenflusses andererseits. Wenn sie nicht in der Lage ist, das "Braune" und das "Grüne" auf diese Weise zu artikulieren, wird sie - zumindest in einigen Ländern wie dem unseren - bei einer Wählerschaft, die sich zunehmend Sorgen über die Verschlechterung der Lebensbedingungen auf der Erde macht, nicht dauerhaft Fuß fassen können. Oder anders ausgedrückt: Es würde nicht gelingen, den "weißen Block unter bürgerlicher Herrschaft" zu etablieren und das bereits erwähnte "Klassenbündnis gegen das Fremde" zu schaffen.

Um dies zu erreichen, müsste sie die Verteidigung der Verflechtung der Aneignung der Natur und der sozialen Hierarchien, die für die klassische Konfiguration des Kapitalismus charakteristisch ist, aufgeben und durch eine neue Verflechtung ersetzen, die darauf abzielt, die sozialen Hierarchien durch die Erhaltung der natürlichen Umwelt (oder dessen, was von ihr übrig ist) aufrechtzuerhalten. Ökofaschismus wäre dann die Bezeichnung für eine Politik, die die Lebensumwelt nicht dadurch schont, dass sie den ökologischen Fußabdruck der Nationen und Klassen, die von den kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen profitieren, verkleinert, sondern dadurch, dass sie die sozio-ökologischen Bedingungen ihres privilegierten Zugangs zu materiellem und energetischem Überfluss aufrechterhält, insbesondere durch die Marginalisierung oder Eliminierung von Gruppen und Individuen, die als überflüssig angesehen werden. Die absolute Grenzenlosigkeit des Carbo-Faschismus würde dann einer Politik der Grenzen weichen, die aber wenig mit denen zu tun hätte, die beispielsweise von Befürwortern des Wachstumsrückgangs aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit vertreten werden. Im Gegensatz zu einer Option, die man als ökosozialistisch bezeichnen könnte und die vorschlägt, die Aneignung der Natur, die die Grundlage der Kapitalakkumulation ist, sowie ihre Vereinnahmung durch privilegierte Gruppen durch einen demokratischen Prozess zu begrenzen, würde die ökofaschistische Option darauf abzielen, die Bevölkerung durch autoritäre Methoden zu begrenzen, damit dieselben Gruppen, die nach immer exklusiveren ethnisch-rassischen Kriterien definiert werden, sich die Natur weiterhin nach eigenem Gutdünken aneignen können, aber so, dass der Reichtum, den sie durch diese Aneignung genießen können, weiterhin ökologisch nachhaltig ist.

Vor dem Hintergrund eines sich verlangsamenden globalen Wachstums würde die Bestätigung oder Verstärkung sozialer Hierarchien darüber entscheiden, welche Bevölkerungsgruppen Zugang zu den besten Teilen des schrumpfenden Kuchens haben und welche mit den Brosamen auskommen müssen, wodurch sich die bereits bestehenden Tendenzen noch verstärken würden. Sie könnte im Laufe der Zeit auch zu eugenischen Praktiken führen, die darauf abzielen, die Fortpflanzung "untergeordneter" Gruppen einzuschränken. Letztendlich könnte sie sogar ihre Beseitigung fördern; die Bewältigung der Folgen des ökologischen Zusammenbruchs würde dann einfach die Form von Massenkriminalität annehmen. Langfristig könnte diese sozio-ökologische Säuberung immer größere Teile der Weltbevölkerung betreffen, aber wenn diese ökofaschistische Dynamik entsteht, würde sie natürlich zuerst die Schwächsten unter uns treffen: die Migranten, die in den reichen Ländern schon jetzt nicht nur das Hauptziel rechtsextremer Parteien und Führer sind, sondern auch der Sicherheitspolitik der meisten Staaten. Um den ideologischen Rahmen zu verstehen, in dem eine solche Politik betrieben werden könnte, ist ein kurzer historischer Rückblick angebracht.

Vom biologischen Rassismus zum Ethno-Differentialismus

Vom 19. Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs herrschte in den westlichen Gesellschaften ein naturalistisches Rassenkonzept vor: In Amerika, Afrika, Asien und Ozeanien wurden weiße Bevölkerungsgruppen, die aus der Kolonisierung oder der europäischen Einwanderung hervorgegangen waren, als der einheimischen Bevölkerung und den Sklaven oder Nachkommen der Sklaven von Natur aus überlegen dargestellt. In Europa wurde beispielsweise in der Vorstellung der Nazis davon ausgegangen, dass "arische" Völker den Juden und Slawen von Natur aus überlegen seien. In beiden Fällen wurde die Evolutionstheorie, genauer gesagt der Sozialdarwinismus, zur Legitimierung einer rücksichtslosen sozio-rassischen Hierarchie herangezogen, die ihren logischen Abschluss in der Ausrottung der europäischen Juden fand.

In der Folgezeit wurde dieser biologische Rassismus logischerweise in den Hintergrund gedrängt, aber die extreme Rechte hatte ihr letztes Wort noch nicht gesprochen, und einige ihrer scharfsinnigeren Ideologen begannen bereits in den 1960er Jahren, einen "kulturalistischen" und "ethnodifferentiellen" Rassismus auszuarbeiten. Es ging nicht mehr darum, eine Hierarchie zwischen biologischen Rassen aufzustellen, sondern wasserdichte Grenzen zwischen "Kulturen" oder "Zivilisationen" zu ziehen, die in ihrer inneren Zusammensetzung homogen, aber völlig heterogen waren. Die Angst vor der "Rassenmischung" blieb jedoch bestehen. Wie die "Rassen", die sie ersetzten, konnten diese "Kulturen" durch die Vermischung unter dem Einfluss der zügellosen Globalisierung nur verdorben und pervertiert werden und schließlich ihre Identität verlieren.

Dieser Ethno-Differenzialismus, der heute im rechtsextremen Diskurs hegemonial ist, ist umso perverser, als er sich oft (zumindest theoretisch) als "heterophil" darstellt, im Gegensatz zur "Heterophobie" des alten Rassismus [12].

Außerdem neigt er dazu, die Andersartigkeit der Kulturen der Welt zu feiern, um die Identität der Kultur, in deren Namen er sich ausdrückt, besser zur Geltung zu bringen, und die Bedrohung zu beklagen, die im Rahmen der Globalisierung undifferenziert auf allen Gesellschaften lasten würde, und zwar in Begriffen, die manchmal ausdrücklich von der Sozialanthropologie inspiriert sind.

Aber die Natürlichkeit, die durch die Tür hinaus gejagt wurde, kehrte schnell durch das Fenster zurück. Durch die Einbeziehung der ökologischen Frage wurde der Ethno-Differentialismus schrittweise mit dem gekoppelt, was man als "Öko-Differentialismus" bezeichnen könnte. Ohne den spezifisch kulturellen Charakter der Identität der Gruppe in Frage zu stellen, wurde versucht, durch eine analoge Argumentation zu zeigen, dass diese Identität letztlich von einem natürlichen Träger abhängig ist: dem Ökosystem, der Umwelt oder der Bioregion.

Jede kulturelle Gruppierung würde somit einem Territorium entsprechen, und die Integrität der einen könnte nur unter der Bedingung respektiert werden, dass auch die Integrität der anderen respektiert wird. Wie die biologische Vielfalt sollte auch die ethnische Vielfalt geschützt werden, und wie Ökosysteme sind auch Kulturen fragile Gebilde, deren Gleichgewicht erhalten werden sollte, wenn sie durch äußere Störungen bedroht sind. Dieses Netz von perversen Analogien, das einen starken Naturalismus in das Herz des ethnodifferentiellen Systems einführt, erlaubt es Marine le Pen, etwas zu verteidigen, das man als "ökofaschistische Souveränität" bezeichnen könnte, indem sie behauptet, dass es notwendig sei, "Ökosysteme zu schützen, angefangen bei den menschlichen Ökosystemen, die Nationen sind" [14]. Sie erlaubt es auch einem Autor wie Hervé Juvin, dem neuen "Mr. Ökologie" des Rassemblement National, Migranten mit "invasiven Arten" zu vergleichen, gegen die "der Mensch sein Biotop verteidigen muss" [15]. Geschichtsinteressierte werden dies zu schätzen wissen und sich an den Begriff Lebensraum erinnern, der den Ideologen des Dritten Reiches lieb und teuer war und der genau dazu diente, den Begriff Biotop zu übersetzen und zu verdeutschen.

Die Kritik an der Einwanderung im Namen der Ökologie erschöpft sich jedoch nicht in diesen anthropologischen Überlegungen. Es soll auch gezeigt werden, dass die Einwanderung, soweit sie Teil der Dynamik des globalisierten Kapitalismus ist, direkte verheerende Auswirkungen auf die Umwelt hat. Es besteht nicht nur eine Symmetrie zwischen der Intensivierung der Warenströme und der Migrationsströme, sondern auch eine strukturelle Komplizenschaft zwischen der Globalisierung "von oben", für die die Eliten des Finanzkapitalismus verantwortlich sind, und der Globalisierung "von unten", die von den Migranten durchgeführt wird, denen vorgeworfen wird, die Löhne der Arbeiterklassen in den Aufnahmeländern zu drücken. In dieser Perspektive tragen Aktionäre, Unternehmer und Migranten gleichermaßen zum Einkommensrückgang und zur Prekarität der einheimischen Bevölkerung bei. Die physische und territoriale Entwurzelung von Migranten ist in gewisser Weise ein Spiegelbild der Entwurzelung des transnationalen Kapitals.

So bedient sich Alain de Benoist in einem Text mit dem vielsagenden Titel "Einwanderung, die Reservearmee des Kapitals" der marxistischen Rhetorik, um im Wesentlichen zu bekräftigen, dass

es inkohärent ist, den Kapitalismus zu kritisieren und gleichzeitig die Einwanderung zu akzeptieren:

1973, kurz vor seinem Tod, räumte Präsident Pompidou ein, dass "er die Schleusen für die Einwanderung auf Wunsch einiger Großunternehmer geöffnet hatte, die von einer willfähigen, billigen Arbeitskraft ohne Klassenbewusstsein und ohne jegliche Tradition des sozialen Kampfes profitieren wollten, um die Löhne der französischen Arbeiter zu drücken, ihren Eifer bei den Forderungen zu verringern und subsidiär die Einheit der Arbeiterbewegung zu brechen. Diese großen Bosse, betonte er, wollen immer mehr". [16]

In der Tat ist diese Position in bestimmten rechtsextremen Kreisen zu einem Topos geworden, der sich sogar in den Schriften eines gewissen Eric Zemmour wiederfindet: "Die sehr großen Migrationsbewegungen der letzten zwanzig Jahre waren eine der Hauptkomponenten des Wirtschaftswachstums ohne Inflation, da dieser kontinuierliche Strom von Billigarbeitern die Löhne der westlichen Arbeitnehmer wie eine bleierne Decke gedrückt hat", schreibt der Liebling der Leser von Le Figaro[17]. Patrick Crusius, der Killer von El Paso, sagte dasselbe: "Wer für das Großkapital ist, ist für die Einwanderung", schrieb er in seinem Manifest. Um die Löhne niedrig zu halten, muss das Großkapital die Pools an gering qualifizierten und qualifizierten Arbeitskräften füllen.

Einwanderung und Umweltzerstörung

Relativ neu ist jedoch die Art und Weise, in der diese Vereinigung in den letzten Jahren selbst mit Umweltfragen in Verbindung gebracht wurde. Zu den verheerenden ökologischen Auswirkungen der Intensivierung des Handels - die zur Entwicklung von Produktions-, Transport- und Verteilungsinfrastrukturen zum Nachteil der Integrität der Gebiete und ihrer biologischen Vielfalt sowie zu einem erheblichen Anstieg der Treibhausgasemissionen führt - kommen die ebenso verheerenden Auswirkungen der Vervielfachung der Migrationsströme hinzu. Was sind sie? Im Diskurs der gegenwärtigen extremen Rechten lassen sich drei Hauptströmungen ausmachen:

Migranten und ihre Nachkommen würden erheblich zur globalen Erwärmung beitragen. Migration", heißt es auf der rechtsextremen Website Boulevard Voltaire, "ist in erster Linie die Vervielfachung des Verkehrs, und zwar nicht nur einmal. Es sind die regelmäßigen, saisonalen Rückreisen in das oft weit entfernte Herkunftsland. Also die Vervielfachung des Luftverkehrs. Es ist auch die geografische Instabilität im Gastland oder auf dem Kontinent". [18]

Die Masseneinwanderung würde zur ökologischen Verschlechterung im Gebiet der Aufnahmeländer beitragen und sogar die Tragfähigkeit ihrer Ökosysteme gefährden. In den Vereinigten Staaten wurde diese These von historischen Aktivisten wie Edward Abbey oder Dave Foreman, dem Gründer der Gruppe Earth First!, aber auch von führenden Vertretern der Umweltethik wie Holmes Rolston III oder Philip Cafaro vertreten. Was Cafaro betrifft, so hat er ein Buch zu diesem Thema geschrieben: "How many is to many?" "Wenn Sie nicht glauben, dass es notwendig ist, die Einwanderung zu begrenzen", schreibt Foreman, "bedeutet das, dass Sie dafür sind, dass die US-Bevölkerung bis zum Jahr 2100 von 307 auf 700 Millionen wächst. Wenn unsere Bevölkerung in 90 Jahren auf 700 Millionen ansteigt, wird es fast unmöglich sein, die wilden Landschaften und Lebewesen unseres Landes zu erhalten. [19]

Schließlich, und das ist besonders zynisch, wird behauptet, dass die ökologischen Auswirkungen der Masseneinwanderung umso größer sind, als die Migranten alle den "amerikanischen" oder "europäischen" Lebensstil übernehmen wollen, der mit einem hohen Verbrauch an natürlichen Ressourcen verbunden ist. "Masseneinwanderung stärkt unsere Position als Weltmarktführer bei der globalen Erwärmung" [20], heißt es zum Beispiel in einem rechtsextremen Flugblatt, das in den USA eine gewisse Verbreitung gefunden hat.



Dieser grüne Anti-Immigrationismus klingt sehr nach dem, was Malcolm Ferdinand als "Arche Noah-Ökologie" bezeichnet: *"Sich auf die Arche Noah zu begeben, bedeutet zunächst, einen einzigartigen Standpunkt anzuerkennen, eine Reihe von Grenzen sowohl hinsichtlich der Last, die die Erde tragen kann, als auch hinsichtlich der Kapazität ihres 'Schiffs'. An Bord der Arche Noah zu gehen, bedeutet, die Erde zu verlassen und sich hinter einer Mauer vor dem Zorn zu schützen, den ein undifferenziertes 'Wir' hervorgerufen hätte". Es geht darum, das Überleben einiger Menschen und einiger Nicht-Menschen zum Prinzip der sozialen und politischen Organisation zu machen und damit die gewaltsame Selektion des Internats zu legitimieren. "Mit 'Politik der Einschiffung' meine ich die politischen und sozialen Arrangements und Einfälle, die darauf abzielen zu bestimmen, was und wer gezählt und in das Schiff eingeschifft wird und was und wer verlassen wird."* [21]

Diese Politik des Aufbruchs entspricht in jeder Hinsicht derjenigen, die heute durch die Allianz zwischen umweltpolitischer Rhetorik und Anti-Migranten-Diskursen umrissen wird. Langfristig besteht die Gefahr, dass diese Allianz zur Geburt zweier Figuren führt, die Herr Ferdinand wieder einmal treffend beschrieben hat: die des "Xeno-Krieger" und die des "Opferers". "Indem er die Welt mit seinem eigenen Körper und dem seiner Gemeinschaft verwechselt", betrachtet der "Xeno-Krieger" den Anderen "als pathogenes und verdorbenes Element, das durch eine Immunökologie beseitigt werden muss", während der "Opfernde" derjenige ist, der mit wissenschaftlicher Legitimität diejenigen benennt, die, ob fremd oder nicht, den Überfluss der Welt repräsentieren würden, und sie opfert. Letztere werden nicht einfach über Bord geworfen. Sie werden wirklich geopfert. Das bedeutet, dass ihre Beseitigung als unglückliche, aber notwendige Bedingung für die Beruhigung des Himmels und des durch den ökologischen Sturm aufgewühlten Meeres zum göttlichen Donner erzählt wird. Mit seinen Gesten und Worten fabriziert der "Opferer" die Notwendigkeit dieses schändlichen Tausches: die Erhaltung der Ökosysteme für das Leben der Schwarzen, der Armen und anderer Subalternen. [22]

Alle Indikatoren stehen auf Rot, damit diese Arche Noah-Ökologie an Boden gewinnt. Der eingangs beschriebene Wettbewerb um den Zugang zu Ressourcen und Reichtum wird sich noch verschärfen, zumal das Bevölkerungswachstum keine Krise kennt: Schätzungen zufolge werden im Jahr 2050 9,7 Milliarden Menschen auf der Erde leben. Erschwerend kommt hinzu, dass in den Ländern des Südens nicht nur das Bevölkerungswachstum am stärksten sein wird, sondern auch die Auswirkungen der globalen Erwärmung am akutesten sein werden.

Beispiel Afrika: Die Bevölkerung wird sich bis 2050 voraussichtlich verdoppeln, und das vor dem Hintergrund schwindender Wasserressourcen aufgrund steigender Temperaturen und

abnehmender Niederschläge, was sich wahrscheinlich auf die Ernährungssicherheit der lokalen Bevölkerung auswirkt. Diese Situation wird wahrscheinlich zu einem Anstieg der Migrationsströme führen. Diese werden zwar nicht zwangsläufig zu einem "Ansturm auf Europa" führen, um den Titel des Bestsellers von Stephen Smith zu verwenden, dessen Schlussfolgerungen von dem Demographen François Héran heftig kritisiert wurden [23], und sie werden wahrscheinlich, wie es heute der Fall ist, im Wesentlichen national und regional sein, aber einige von ihnen werden sich dennoch auch auf ein Europa zu bewegen, das von ökologischen Ängsten beherrscht und zunehmend von einem islamfeindlichen politischen und medialen Diskurs strukturiert wird.

In einem solchen Kontext scheint der Triumph dieses Ökofaschismus, den wir in groben Zügen beschrieben haben, zwar keineswegs unvermeidlich, aber leider alles andere als unwahrscheinlich. Patrick Crusius und Brenton Tarrant könnten sich nicht nur vermehren, sondern die Auswüchse der Ideen, die sie zum Töten trieben, könnten schließlich die monströse Form staatlicher Gewalt annehmen und Massenverbrechen provozieren, deren ideologische Rechtfertigung eine Mischung aus identitären und ökologischen Motiven wäre. Wir sind nicht ausreichend darauf vorbereitet, diese kriminelle Allianz zwischen "Braun" und "Grün" zu bekämpfen, weder konzeptionell noch politisch. Welche Argumente können wir dagegen anführen? Ich werde versuchen, einige davon hier zum Abschluss dieses Textes zu skizzieren, aber mir scheint, dass nur eine gemeinsame intellektuelle Anstrengung, die Forscher und Aktivisten zusammenbringt, uns in die Lage versetzen wird, echte Fortschritte bei diesem wichtigen Thema zu erzielen. Mehr als eine Schlussfolgerung sind diese letzten Absätze vor allem eine Einladung, unsere Überlegungen fortzusetzen und zu vertiefen.

Auf dem Weg zu sozial-ökologischer Gerechtigkeit

Der erste Fehler wäre, die Rolle des Bevölkerungswachstums in der ökologischen Krise einfach zu leugnen, oder zumindest seine Neigung, deren Auswirkungen zu verschärfen. Diese Tendenz der Ökologen, die sich mit sozialer Gerechtigkeit befassen, den demografischen Faktor zu leugnen, ist durchaus verständlich, denn historisch gesehen waren es liberale und konservative Ideologen (wie Garrett Hardin oder Paul Ehrlich), die ihn stark hervorgehoben haben, insbesondere um die Dynamik des Kapitalismus von jeglicher Verantwortung für die Zerstörung des Lebens freizusprechen und die hohe Reproduktionsrate, die in der Arbeiterklasse und in den "armen" Ländern zu beobachten ist, ausschließlich dafür verantwortlich zu machen. Dieser grüne Neo-Malthusianismus ist, wie wir gesehen haben, auch der Kern des Anti-Migrations-Diskurses der Anhänger der "Arche Noah-Ökologie".

Wenn es jedoch offensichtlich ist, dass die Bevölkerung als solche nicht allein für gegenwärtige und zukünftige Katastrophen verantwortlich gemacht werden kann, so liegt das daran, dass "Bevölkerung" ein abstraktes Konzept ist, das die Unterschiede in den Lebensstilen und folglich die Vielfalt der nationalen und individuellen Verantwortlichkeiten in der ökologischen Krise nicht berücksichtigt (zur Erinnerung, und das ist nur eine Zahl unter vielen, ein durchschnittlicher Nordamerikaner verbraucht 32 Mal mehr Ressourcen und Energie als ein durchschnittlicher Kenianer). Es ist jedoch unbestreitbar, dass die ökologischen Auswirkungen einer Gesellschaft, selbst wenn sie von den Idealen der freiwilligen Einfachheit überzeugt ist, in einer Welt mit 9 Milliarden Menschen schwieriger zu bewältigen sein werden als in einer Welt mit 2 Milliarden (der Weltbevölkerung zu Beginn des 20. Jahrhunderts), insbesondere wenn die grundlegenden ökologischen Funktionen der Biosphäre beschädigt werden. Und es scheint keine Übertreibung zu sein, wenn man sagt, dass das Bevölkerungswachstum in Verbindung mit der Dynamik des Kapitalismus auch eine Rolle bei der Verbreitung von Plastik, der Abholzung der Wälder, der Zersiedelung der Landschaft, dem erhöhten Bedarf an Energie und Ackerland usw. spielt.

Wenn Wachstum und die Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse vorrangige Ziele bleiben sollen, wäre es daher unglücklich, die demografische Frage den rechtsextremen Ideologen zu überlassen, die sie stets auf widerliche Weise nutzen und systematisch in den Rahmen einer autoritären, eugenischen und rassistischen Politik einbinden werden, die von der Zwangssterilisation von Frauen aus subalternen Bevölkerungsgruppen bis zu deren völliger Beseitigung reicht. Im Gegenteil, es lohnt sich zu fragen, unter welchen Bedingungen eine Politik

des Bevölkerungsrückgangs mit einem emanzipatorischen Ziel verbunden werden kann. Unter diesem Gesichtspunkt bietet die französische Pionierin des Ökofeminismus, Françoise d'Eaubonne, einige interessante Perspektiven.

Bereits Ende der 1970er Jahre schlug diese Theoretikerin vor, eine Politik des Bevölkerungsrückgangs, die sie für unverzichtbar hielt, mit dem Kampf der Frauen gegen die physische und rechtliche Kontrolle des Patriarchats über ihre reproduktiven Fähigkeiten und ganz einfach gegen ihre Zuordnung zu einer rein reproduktiven Funktion zu verbinden. Durch die Gewährleistung des allgemeinen Zugangs zu Verhütungsmitteln und des Rechts auf Abtreibung sei es möglich, eine doppelte Aufgabe zu erfüllen: die Freiheit der Frauen zu fördern und gleichzeitig die Geburtenrate zu senken, ohne das Schreckgespenst von Zwangsmaßnahmen aufkommen zu lassen. In dieser Perspektive ginge es darum, das Bevölkerungswachstum zu entnaturalisieren und zu zeigen, dass es kein rein biologisches Phänomen ist, sondern auch das Ergebnis der Macht, die verschiedene Institutionen über den weiblichen Körper ausüben: die Familie, die Kirche oder der Staat (der oft von der Notwendigkeit besessen ist, den menschlichen "Bestand", auf den er sich für rassistische, wirtschaftliche oder militärische Zwecke stützen kann, ganz oder teilweise zu vergrößern).

Der zweite Fehler wäre, alle Fakten, auf die sich die "Arche Noah-Ökologie" beruft, von vornherein mit dem Argument zu verwerfen, dass sie durch die segregatorischen und völkermörderischen Perspektiven, in deren Namen sie mobilisiert werden, von Natur aus verdorben sind. Wir wissen zum Beispiel, dass eine Gesellschaft, die ihre Lebensumwelt respektiert, nur um den Preis eines starken Rückgangs des Energieverbrauchs zustande kommen kann, was auch eine drastische Verringerung der motorisierten Mobilität - ob zu Lande, zu Wasser oder in der Luft - bedeuten würde, da dies nur im Rahmen des außergewöhnlichen und nicht nachhaltigen Energieüberflusses möglich ist, den wir in den letzten zwei Jahrhunderten erlebt haben. Anders ausgedrückt, würde dies in der Tat eine radikale Reterritorialisierung der Organisation menschlicher Kollektive und des Lebens ihrer Mitglieder bedeuten. Es ist daher richtig, dass sie den Umfang und das Ausmaß des Handelsaustauschs, aber auch die physischen Interaktionen der am weitesten voneinander entfernten Bevölkerungsgruppen auf der Erdoberfläche und damit unter anderem bestimmte Migrationsströme verringern würde. Aber diese Entgrenzung hätte nicht als primäres Ziel die Errichtung unüberwindbarer rassistischer, ethnischer oder kultureller Grenzen; sie wäre lediglich eine der sekundären Auswirkungen der materiellen und energetischen Selbstbeschränkung, die die Konturen dieser neuen und idealen Gesellschaft definieren würde.

Ist die Einwanderung wirklich die "Reservearmee des Kapitals" seit den Anfängen des Kapitalismus? Wurde sie schon immer - funktionell oder absichtlich - von den "Bossen" benutzt, um die Löhne der einheimischen Arbeiterklasse nach unten zu drücken und sie um Arbeitsplätze zu erpressen, wie de Benoist und seine Kollegen behaupten? Ich weiß es nicht und überlasse es den kompetenteren Historikern, diese Frage zu beantworten. Aus rein faktischer Sicht ist es, wie gesagt, andererseits wahrscheinlich, dass die Intensivierung der Fernmigrationsströme mit den durch den fossilen Kapitalismus geschaffenen materiellen Bedingungen zusammenhängt und dass diese Ströme mit ihm verschwinden werden (oder zumindest deutlich abnehmen). Die Perversität der Argumentation, die die Bosse auf der einen Seite und die Migranten und ihre Verteidiger auf der anderen Seite in Verbindung bringt (Laurence Parisot, Olivier Besancenot, derselbe Kampf", schreibt beispielsweise de Benoist), ist nicht unbedingt auf der Ebene der Fakten zu suchen, sondern vielmehr auf der Ebene der Interpretation dieser Fakten. Indem sie eine strikte Gleichsetzung zwischen der Entwurzelung der transnationalen Eliten und der von Migranten postuliert, verwechselt diese Argumentation die Ursache und das Symptom; sie schreibt Individuen und Gruppen eine Rolle als "Kämpfer" des Kapitals zu, die, wenn sie tatsächlich wie wir alle in kapitalistische soziale Beziehungen verstrickt sind, im Allgemeinen eine verletzte Position innerhalb dieser Beziehungen und der von ihnen erzeugten Ungleichheiten einnehmen.

Bauern, die durch ein Bergbauprojekt oder einen Staudamm ihres Landes beraubt wurden, die in Ländern, in denen es nie eine Agrarreform gegeben hat und in denen das Land einer aus der Kolonialzeit stammenden Landaristokratie gehört, dazu verdammt sind, minderwertige Parzellen zu bewirtschaften, oder die zwar über gute Parzellen verfügen, aber dem unlauteren Wettbewerb

der intensiven Landwirtschaft zum Opfer fallen; Arbeiter oder Angestellte in den Zentren und an den Rändern der Städte, die miserabel bezahlt werden; Menschen, die aus der Sicht der Kapitalakkumulation "nutzlos" und "unrentabel" sind, weil sie keine Arbeit haben; normale Bürger, die der Bedrohung durch bewaffnete Gruppen ausgesetzt sind, deren Entstehung durch krasse sozioökonomische Ungleichheiten begünstigt wird; und schließlich Menschen, die vor Dürren, Überschwemmungen, steigenden Wasserständen oder Waldbränden fliehen, die durch die globale Erwärmung verursacht werden, und die sich in den nächsten Jahrzehnten wahrscheinlich alle vermehren werden: Die Abwanderung all dieser Menschen ist selten unabhängig von der tödlichen Dynamik des globalen Kapitalismus und der Art und Weise, wie sie sich auf nationale, regionale und lokale Situationen auswirkt.

Migranten sind also nicht die "Komplizen" des Kapitals, wie es die abscheuliche Argumentation der "grünen" Einwanderungsgegner behauptet. Im Gegenteil, sie gehören zu den Hauptopfern der inhärent hierarchischen internationalen Aufteilung des Zugangs zu Arbeit, Reichtum und Ressourcen, aber auch der Belastung durch Belästigungen. Als antikapitalistische Ökologen gehören wir also zu ihnen, natürlich aus ethischen Gründen, wegen des unermesslichen Wertes eines jeden Lebens, aber auch aus politischen Gründen; sie willkommen zu heißen und ihnen die Möglichkeit zu bieten, ihre Existenz unter günstigeren Bedingungen fortzusetzen, bedeutet, die Ungerechtigkeiten, die sie erleiden mussten, zum Teil wiedergutzumachen.

Fußnoten:

[1] Siehe zum Beispiel Anselm Jappe, *Crédit à Mort. Lignes*, 2015.

[2] Zum Konzept des nutzlosen Menschen siehe Pierre-Noël Giraud, *L'homme inutile*, Odile Jacob, 2018.

[3] Groupe Krisis. *Manifest gegen die Arbeit*. Editions Lignes, 2015.

[4] Zitiert in *Le Monde*: https://www.lemonde.fr/pixels/article/2019/10/04/ecofascisme-comment-l-extreme-droite-en-ligne-s-est-reappropriee-les-questions-climatiques_6014255_4408996.html

[5] Es macht mir keine Freude, auf eine neonazistische Website zu verweisen, aber es ist die einzige, auf der ich eine vollständige, ins Französische übersetzte Fassung des Manifests von Crusius gefunden habe: <https://www.blancheurope.com/2019/08/19/publication-en-pdf-du-manifeste-de-patrick-crusius/>

[6] <https://comptoir.org/2019/04/23/ugo-palheta-la-poussee-autoritaire-de-la-france-rend-possible-une-dictature-ouverte/>

[7] Den Ausdruck habe ich von Jean-Baptiste Fressoz übernommen: https://www.liberation.fr/planete/2018/10/10/bolsonaro-trump-duterte-la-montee-d-un-carbo-fascisme_1684428

[8] Bernard Charbonneau, *Le Feu Vert*. Parangon, 2009.

[9] André Gorz, "L'écologie politique entre expertocratie et autolimitation", *Ecologica*. Galilée, 2008.

[10] Eine gute Darstellung der Probleme, um die es in dieser Debatte geht, findet sich in Michael Zimmernan, <https://faculty.fgcu.edu/twimberley/EnviroPhilo/Ecofascism.pdf>

[11] https://www.lepoint.fr/societe/l-environnement-premiere-preoccupation-des-francais-selon-un-sondage-16-09-2019-2336031_23.php

[12] Diese Kategorien entnehme ich Pierre-André Taguieff, *La force du préjugé*. Gallimard, 1990.

- [13] Siehe den Artikel von Sylvain Crépon, *L'extrême-droite sur le terrain des anthropologues, une inquiétante familiarité*, <https://journals.openedition.org/socio-anthropologie/164>
- [14] https://www.lemonde.fr/politique/article/2019/04/15/derriere-le-virage-ecologique-de-marine-le-pen-l-obsession-de-l-immigration_5450173_823448.html
- [15] <https://hervejuvin.com/lhomme-doit-defendre-son-biotope/>
- [16] <https://blogelements.typepad.fr/blog/2013/01/limmigration-arm%C3%A9e-de-r%C3%A9serve-du-capital.html>
- [17] Zitiert von Alain de Benoist in: <https://blogelements.typepad.fr/blog/2013/01/limmigration-arm%C3%A9e-de-r%C3%A9serve-du-capital.html>
- [18] <https://www.bvoltaire.fr/mondialisation-et-immigration-ne-sont-elles-pas-anti-ecologiques/>
- [19] <https://climateandcapitalism.com/2012/04/25/dave-foreman-defending-wildlife-by-attacking-immigrants/>
- [20] Dieses Flugblatt ist abgedruckt in John Hultgren, *Border Walls Gone Green: Nature and anti-immigrant politics in America*. University of Minnesota Press, 2015.
- [21] *Eine dekoloniale Ökologie*. Le Seuil, 2019.
- [22] Ebd.
- [23] https://laviedesidees.fr/migrations-afrique-prejuge-stephen_smith-oracle.html



Ein Überblick über die Mobilisierungen gegen den Grünen Pass in Triest



Über die Mobilisierungen gegen den Grünen Pass in Italien wurde hierzulande zuletzt fast ausschließlich im Zusammenhang mit dem Angriff von Faschisten auf die Gewerkschaftszentrale der CGIL am 9. Oktober in Rom berichtet, auch in linken Zusammenhängen. Diese Fokussierung wird weder der Heterogenität der Bewegung noch der Komplexität der Situation gerecht. Während u.a. Basisgewerkschaften zu Arbeitsniederlegungen und Proteste gegen die Ausdehnung des Regelungen des Grünen Passes auf alle abhängig Beschäftigten mobilisierten, organisierte eine staatstragende Linke "antifaschistische Kundgebungen" auf denen der Schulterschluss mit der Regierung und den Unternehmensverbänden gesucht wurde. Wie es dagegen möglich ist, innerhalb dieser komplexen Situation antagonistische Prozesse voranzutreiben, beschreibt dieser von uns [übersetzte Bericht](#) von Genoss*innen aus Triest vom 14. Oktober, wo es zu einer mehrtägigen Blockade des Hafens durch Hafenarbeiter*innen und Unterstützer*innen kam, die am 19. Oktober (also nach der Veröffentlichung dieses Textes) durch die Bullen in einem den ganzen Tag andauernden Angriff mit Tränengas und Wasserwerfern gebrochen wurde. Im Übrigen verweisen wir auf die beiden Beiträge zum Grünen Pass aus der vorletzten Ausgabe der Sunzi Bingfa ([Eins](#) | [Zwei](#)).

Vorwort

Wir schreiben diesen Beitrag, um zu versuchen, die Erfahrungen zu Papier zu bringen, die wir seit April und insbesondere in den letzten anderthalb Monaten im Rahmen der Bewegung gegen den Grünen Pass in Triest gemacht haben, in der Hoffnung, dass sie für die Debatte nützlich sein werden.

Es handelt sich um einen Weg, der, soweit wir wissen, eine Reihe von Besonderheiten aufweist, die ihn von einigen anderen Brennpunkten im übrigen Italien oder ihn zumindest von einer eindeutigen Lesart, insbesondere aus militanter Sicht, unterscheiden. Nach den jüngsten Ereignissen in Rom ist der Schatten einer faschistischen Hegemonie, oder zumindest ihre Interpretation als kleinbürgerliches Phänomen, vergleichbar mit den "Plätzen" der Händler für die

Wiedereröffnung, die vor anderthalb Jahren organisiert wurden (*siehe dazu unsere [damalige Übersetzung in der Sunzi Bingfa](#)*), zurückgekehrt, um sich der gesamten Bewegung gegen den Grünen Pass aufzuzwingen.

Hier in Triest hingegen haben wir neue Potenziale erahnt und in der Praxis überprüft, die einer Bewegung Gestalt geben, die in gewisser Weise den französischen *Gilets Jaunes* ähnelt, mit einer starken klassenbezogenen Konnotation und weit entfernt von den rechtsgerichteten Strömungen, die die Medienberichterstattung beherrschen. Es geht nicht darum, die - potenzielle - Existenz dieser Strömungen zu leugnen, sondern im Gegenteil darum, die Komplexität dieser Bewegung zu erschließen, ohne sie auf eine verworrene Masse egoistischer Impulse zu reduzieren, die eine leichte Beute für neofaschistische Gruppen und die ihnen gegenüber aufgeschlossene Rechte darstellen.

Entstehung

Seit dem Frühjahr 2021 und während des gesamten Sommers fanden in Triest mehrere Kundgebungen statt, die "die Wahrheit über Impfstoffe" verbreiteten und sogar die Existenz - oder Schädlichkeit - des Sars-Cov 2-Virus in Frage stellten. Diese hauptsächlich über Chat-Nachrichten verbreiteten Demonstrationen wurden von Zeit zu Zeit von Gruppen wie dem *Movimento 3v* (einer Partei, die sich gegen die Impfpflicht einsetzt und hier in Triest bei den jüngsten Kommunalwahlen mit 4,5 % der Stimmen ihr bestes Ergebnis erzielte - allerdings bei einer sehr geringen Wahlbeteiligung von 45 %) oder von der Vereinigung *Alister*, einer historischen lokalen Gruppe, die sich gegen Impfungen engagiert, organisiert.

Einige dieser "Plätze" (eine italienische Benennung von Versammlungen, die nicht anders zu übersetzen ist, d.Ü.) fielen uns jedoch durch ihre Zusammensetzung und Reden bei der Durchführung auf, auch weil sie von teilweise unterschiedlichen Realitäten einberufen wurden und sich nicht vollständig mit den beiden genannten Gruppen überschnitten. Um nur einige zu nennen: der "No Fear Day" in Triest am 2. Mai 2021, die verschiedenen Demonstrationen des Gesundheitspersonals gegen die Impfpflicht für das Gesundheitspersonal (an den Samstagen zwischen April und Mai), der "Platz für die häusliche Pflege" am 19. August und schließlich, wenn auch nicht chronologisch, die Spaziergänge/Protestversammlungen gegen die Ausgangssperre im April-Mai 2021, bei denen mehrere hundert Menschen beschlossen, diese militärische Staatsmaßnahme in Frage zu stellen. Dies waren Momente, in denen wir eine transversale Zusammensetzung, eine insgesamt sehr große Beteiligung (in der Größenordnung von teilweise Tausenden von Menschen: eine sehr bedeutende Zahl für eine Stadt wie Triest) und eine Reihe von Argumenten (natürlich nicht alle) bemerkten, die sehr ernsthaft und artikuliert waren und sicherlich nicht darauf abzielten, den Diskurs über die Pandemie und ihre Bewältigung "in den Wind zu schießen", sondern vielmehr versuchten, sich auf einige - unserer Meinung nach mehr als berechtigte - Kritikpunkte in Bezug auf die einzelnen Gedanken zu Covid und dem Impfstoff zu konzentrieren.



Gleichzeitig stellten wir fest, dass die Teilnehmer an diesen "Plätzen" in vielen Fällen nicht die unwissenden Novizen waren, von denen wir in den Zeitungen gehört hatten, sondern dass sie sehr zum kritischen Nachdenken neigten und den Reden mit großer Aufmerksamkeit zuhörten: Kurz gesagt, sie waren auch da, um sich auf alternativen Wegen zu informieren, und mit ihnen auch wir, die wir dabei waren. Diese Demonstrationen wurden von den lokalen Medien in noch nie dagewesener Weise zensiert, was einen ebenso nie dagewesenen Hass auf diese Medien schürte. Selbst an Tagen, an denen "die Plätze" oder die Umzüge, die die Ausgangssperre durchbrachen, überfüllt waren, gab es am nächsten Tag kaum einen Absatz, in dem dies erwähnt wurde. Am nächsten Tag gab es stattdessen vielleicht nur einen lapidaren Kommentar, der die Demonstranten als *NoVax* einstufte, in einigen markanten Fällen gab es nicht einmal das.

Hinzu kommt, dass wir bei all den genannten Gelegenheiten nie die Anwesenheit organisierter faschistischer Gruppen feststellen konnten, die wir erwartet hätten: vielleicht ein paar bekannte Gesichter, aber diese von untergeordneter Bedeutung innerhalb der extremen Rechten.

Mit dem Ende des Sommers wurden "die Plätze" dank der immer intensiver werdenden Aktivitäten von *Alister* und 3V häufiger und begannen, sich auf das Thema des *Grünen Passes* zu konzentrieren, das in der Zwischenzeit in den Regierungsmaßnahmen Gestalt annahm.

Die jüngsten Ereignisse

Am 31. August 2021 - nach einigen Diskussionen mit den wenigen Genossen der militanten Stadtrundgänge, die diese "Plätze" besucht hatten (immer individuell und außerhalb der "offiziellen" Organisationen in Triest) und nach einer von einem städtischen Kollektiv organisierten Veranstaltung über das Trinom Wissenschaft/Macht/Kapitalismus - beschlossen wir, unsere Stimme zu erheben.

Wir organisieren ein Meeting auf der *Piazza della Borsa* mit einem einfachen Flugblatt, in dem wir unsere Opposition gegen den *Grünen Pass* und die Impfpflicht bekräftigen (eine Opposition, die sich in verschiedenen Punkten artikuliert, von der Kritik an der Digitalisierung und der daraus resultierenden kapitalistischen Umstrukturierung bis hin zur Frage der "Hühnerstallhaltung" der Werktätigen). Wir verteilen das Flugblatt auf den oben genannten Plätzen, kleben Plakate an die Wänden der Stadt und posteten den Text in den verschiedenen Telegram-Chats, die zu diesen Themen aktiv sind. (Kleine Anmerkung am Rande: Wir finden es interessant, dass die Verbreitung von Aufrufen und "Plätzen" fast ausschließlich über Telegram- und Whatsapp-Gruppen erfolgt, in denen wir einen starken Bedarf an Gegeninformationen feststellen, auf den wir, wie wir feststellen, nicht zeitnah reagieren können. Dies ist ein Problem, das uns angesichts der großen Menge an Videointerviews, Sprachnachrichten und Inhalten, die diese Gruppen füllen - oft unbekannter Herkunft und ebenso oft mit fragwürdigem Inhalt - direkt in Frage stellt.)

Deshalb haben wir uns auf "unserer" Veranstaltung mit einer Reihe von sorgfältig vorbereiteten Reden vorgestellt: von der Bewältigung der Pandemie, der territorialen Gesundheit, der Frage der "Klasse im Hühnerstall", der Digitalisierung und der Nicht-Neutralität der Wissenschaft bis hin zu den Ursachen des *Extraktivismus* und des kapitalistischen *Developmentalismus* bei der Ausbreitung des Virus und der Erpressung der Werktätigen, die mit der Einführung des *Grünen Passes*, mit der von den Regierungen systematisch betriebenen Abwälzung der Verantwortung, in diesen anderthalb Jahren Gestalt angenommen hat.

Das Forum war ein Erfolg, denn viele Menschen haben sich bereits an diese Initiativen gewöhnt, und es kamen neue hinzu, die von den Plakaten an den Wänden angezogen wurden. Die große Mehrheit der "sozialen Linken", die normalerweise mobilisiert, fehlte. Nach den vorbereiteten Reden kamen dank des offenen Mikrofons weitere Personen zu Wort (Lehrer und Schüler gegen den Grünen Pass, ein *Alister*-Exponent und einer von der 3V - solange sie keine eigene Agenda innerhalb der Versammlungen initiierten); wir erhielten viele Komplimente für die Inhalte und die Anwesenden zeigten ihre Absicht, mit uns in Kontakt zu bleiben.

Vor Abschluss des Meetings haben wir einen Termin für eine Bürgerversammlung vereinbart. Wir waren überrascht, denn in Triest sieht man bei solchen Anlässen nur selten eine so große Anzahl von Menschen. Es ist klar, dass sich im "Bauch des sozialen Körpers" etwas Großes bewegt, das von den Mainstream-Medien verspottet und sogar zensiert wird.

Wie ich bereits sagte, gab es in den vergangenen Monaten Dutzende von mehr oder weniger großen Demonstrationen, die alle dazu beigetragen haben, eine Basis, Verständigungen, Bekanntschaften, ja sogar - wenn wir wollen - eine Kultur und gemeinsame Bezugspunkte zu schaffen: Es handelt sich um die Bildung eines *Völkchens* jenseits der üblichen Realitäten, das äußerst vielschichtig und reichhaltig ist.

Es ist nicht alles rosig und blumig, es ist nicht immer ein Umfeld, das uns allen entgegenkommt, es ist oft sehr kritisch gegenüber dem Impfstoff (und sogar die wenigen anwesenden Genossen haben unterschiedliche Positionen zu diesem Thema), reduktionistisch gegenüber dem Virus, manchmal überraschend für die Reife der Positionen, die sie zum Ausdruck bringen können. Die grundsätzliche Frage, die uns durch den Kopf geht, lautet: Warum sollte im Spektrum der möglichen Positionen zum Virus und zum Impfstoff vieles von dem, was in diesen Kreisen diskutiert wird, notwendigerweise weiter von der tatsächlichen Realität des Virus entfernt sein?

Warum sollte so viel von dem, was in diesen Kreisen diskutiert wird, notwendigerweise weiter entfernt sein vom Einheitsdenken der Medien und dem politischen Management der Regierung Draghi und der offiziellen Wissenschaft?

Die Konsequenzen dieser Frage überzeugen nicht alle, sie spalten sogar das lokale antifaschistische Milieu, und selbst wir fühlen uns, um ehrlich zu sein, oft unwohl in dieser Position. Dennoch erkennen wir in diesen Kreisen auch eine weit verbreitete Linke, die zu uns kommt und einfach "Danke" sagt, weil sie zum ersten Mal seit Beginn der Pandemie spürt, dass sich ein Raum öffnet, in dem sie sich ausdrücken und treffen kann. Mehr noch, einige von uns sind nicht einfach nur da, um zu beobachten, was sich bewegt, sondern haben - umgekehrt - viel zu sagen, sie haben Kritik und Praktiken, die sie auf diese Plätze bringen wollen (in einigen Fällen dieselben, die wir auf den Plätzen von 2020 - den *lo apro*- Demonstrationen (für die Öffnung der Geschäfte und Lokale) - hätten einbringen wollen, wo jedoch jede Aktion unmöglich schien: die Ränder dieser Mobilisierungen waren in der Tat von der hinderlichen faschistischen Präsenz und der um die Figur des Händlers mobilisierten sozialen Zusammensetzung besetzt.

Die Sitzungen des im Entstehen begriffenen Ausschusses "No Green Pass Trieste" sind sehr gut besucht, lang und anstrengend und beruhen auf einem sehr fragilen Gleichgewicht. Wir sorgen dafür, dass die Redner abwechselnd das Wort ergreifen, begrenzen die Länge der Redebeiträge und versuchen, die Diskussionen zu moderieren, um einen Konsens oder Mehrheitsentscheidungen zu erreichen, die ausschließlich zur Lösung der dringendsten praktischen Fragen gefordert werden. Wir erkennen auch etwas besser organisierte Gruppen in der Koordination, die legitimerweise ihr eigenes Spiel spielen, aber fast immer innerhalb der auferlegten Regeln (keine Wahlpropaganda, Festhalten an gemeinsamen Kritikpunkten). Nicht einmal ein Schatten der Faschisten.

Mit der Zeit entwickelt sich ein gewisses Vertrauen zwischen den Teilnehmern der Versammlungen: Mit jedem neuen Treffen, auch wenn immer mehr Personen hinzukommen, verbessert sich die Fähigkeit aller, in diesem Umfeld zu sein, und jeder fühlt sich wirklich als Sprecher dieser Bewegung. Wir sind sehr überrascht, wie sehr alle praktischen Aufgaben (Vorbereitung, Druck, Kleben, Verteilen der Flugblätter, Übersetzung ins Slowenische, Verteilung in den Chatrooms) wirklich auf alle verteilt sind, was zu einer großen Verbreitung der Initiativen führt.

Die Koordination beschließt daher, am Montag, den 13. September, eine Demonstration zu starten. Das Faltblatt wird von einigen Mitarbeitern der Koordinierungsstelle erstellt: Es ist in Word verfasst, die Grafiken sind im "Gemeindeformat". Aber darum geht es nicht: Es ist der Inhalt, der ankommt, und dabei spielt es keine Rolle, ob er eine coole Grafik hat oder nicht. Im Mittelpunkt stehen die Worte "Gemeinsam - geimpft und ungeimpft" und unmittelbar darunter die wenigen Punkte, die die

Koordinierung als gemeinsamen Nenner wählt: die Ablehnung des *Grünen Passes*, der Widerstand gegen die Impfpflicht, die Anprangerung der Erpressung von Arbeitskräften, die Bekräftigung des Rechts auf Studium, die Förderung der häuslichen Pflege. Auf der Rückseite einige weitere Inhalte: die Ablehnung der diskriminierenden Digitalisierung, die Ablehnung sinnloser Einschränkungen des sozialen und kulturellen Lebens, die zentrale Bedeutung von Demokratie und Verfassung. Die italienische Verfassung ist für viele Teilnehmer an der Koordinierung ein unausweichlicher Eckpfeiler, trotz der Versuche einiger Genossen, ihren widersprüchlichen Charakter hervorzuheben.

Die in dem Merkblatt dargelegten Punkte sind sehr komplex, aber sie fassen die allgemeine Argumentation innerhalb der "No-green-pass"-Koordinierung in ihrer Vielfalt an Positionen am besten zusammen. Es gibt auch eine wichtige gemeinsame Opposition, nämlich die gegen die Diskriminierung, die es ermöglichen wird, aus einigen Sackgassen in den Diskussionen über Faschisten herauszukommen, die nie ganz aufgelöst werden können.

Am 13. September, nach einigen kurzen Interventionen, marschierten rund 1500 Menschen bei einem Umzug: die Parole lautete nun NEIN zum GRÜNEN PASS.

Auf diese Demonstration folgte am 20. September eine weitere, die vom gleichen Platz aus gestartet und in einer Versammlung weitergeführt wurde. Hier ist etwas Neues passiert: ein Qualitätssprung. Nachdem das Eis durch den ersten Umzug gebrochen war, kamen Tausende von Menschen auf den Platz: Es war alles dabei, man konnte Teile der Unabhängigkeitsbewegung in Triest erkennen, die zerstreute Linke, Ladenbesitzer, Arbeiter, bekannte Gesichter von der extremen Rechten und aus dem Stadion, zusammen mit all den Menschen, die in den Monaten zuvor mobilisiert hatten.

Der "Platz", der zuvor durch die Impfstoffproblematik geplättet war, öffnete sich zu einer Komposition, die ihn zu einem "Platz der Masse" machte. Es handelt sich um eine volkstümliche Prozession, bei der wir uns trotz der äußerst riskanten Bewegungen und Auftritte relativ wohl fühlen. Bald startet die Koordination, die einen großen Wunsch nach Mobilisierung sieht, eine neue Demonstration. Der Tag (nicht mehr der Montag) und die Uhrzeit (nicht mehr der Abend) wurden geändert: Am Samstag, den 25. September, wird ein neuer, großer Umzug stattfinden. Zum ersten Mal wurden auch die Medien aufmerksam und sahen sich gezwungen, über Demonstrationen zu berichten, an denen eine Vielzahl von Menschen teilnahm, wie es sie in der Stadt seit langem nicht mehr gegeben hatte (bis zum vorangegangenen Montag hatte der Umzug zwar mindestens 8.000 Menschen mobilisiert, doch die Zeitungen sprachen von kleinen Initiativen, an denen einige hundert NoVax teilgenommen hätten).

Mit dieser Feststellung stellt sich die Frage nach dem Verhältnis der Bewegung zu den Medien. Zu den Zielen, die von den Demonstranten sofort ausgemacht wurden, gehören der Sitz von RAI und die Lokalzeitung Il Piccolo. Dort konzentrieren sich die größten Spannungen während der Märsche: Es ist eine Bewegung, die die traditionelle Information, ihre Arroganz, ihre Unterdrückung von Nicht-Regierungspositionen nicht ertragen kann. Vor allem aber ist es eine Bewegung, die die Zensur der Medien und die Etikettierung nicht erträgt, die für die Dissidenten der hegemonialen Version von Covid zu zwei großen Feinden geworden sind. Dies ist ein zentrales Element, das "unser" Bereich in letzter Zeit wahrscheinlich unterschätzt und dann aufgegeben hat: Waren wir nicht immer diejenigen, die Gegeninformation betrieben haben?

Der folgende Freitag, der erste Oktober, liegt kurz vor den Kommunalwahlen, die am selben Wochenende stattfinden. Das Risiko der Instrumentalisierung ist sehr hoch, und mehrere Kandidaten stürzen sich auf der Suche nach ein paar Stimmen in die Menge. Und wieder einmal gibt es eine große Prozession ohne Fahnen, die niemand für sich beanspruchen kann. Auch deshalb, weil bei dieser Gelegenheit, nach den dezenten Teilnahmen bei den vorangegangenen Anlässen, die Hafenarbeiter massenhaft intervenieren, angetrieben vor allem von der CLPT, der autonomen Gewerkschaft des internationalen Hafens von Triest. Die CLPT hatte bereits begonnen, an den Koordinierungssitzungen teilzunehmen, um das Bedürfnis, das in allen von ihnen gewachsen war, in die nächste Phase zu bringen: die Wirtschaft zu stoppen, um gehört zu

werden. Sie riefen dann zu einer Versammlung der Hafenarbeiter auf, die unter der Überschrift stand: "Wenn auch nur einer von uns nicht in den Hafen gelangen kann, weil wir keinen grünen Pass haben, dann kann das niemand". An der Versammlung nehmen auch Personen teil, die in der Koordination tätig sind, und es gibt (wenn auch nicht explizit formulierte) Standpunkte, die eindeutig auf Solidarität beruhen. Als die Hafenarbeiter aus heiterem Himmel gefragt wurden, ob sie, wenn sie von der Hafenbehörde kostenlose "Spielausweise" erhalten hätten, trotzdem zu allen anderen Arbeitern gestanden hätten, war die Antwort eindeutig: "Die Hafenarbeiter sind eine Kategorie der Solidarität, wenn der grüne Ausweis am 15. nicht abgeschafft wird, ist der Hafen blockiert".



Das ist ein Ausdruck von Klassensolidarität, das ist uns klar. Es wurde in das Protokoll der Versammlung aufgenommen, dann in den Medien veröffentlicht und so begann eine Synergie zwischen der "No Green Pass"-Koordination und den Hafenarbeitern, die die Ankündigung einer zweiten Gewerkschaftsversammlung während der Stunden der Prozession (damit sie der Arbeit fernbleiben konnten) als ersten konkreten Moment ansahen.

Ihre Anwesenheit ist sichtbar, sie bilden eine große, wütende Gruppe, mit Rauchbomben und Stadiongesängen. Es handelt sich um eine große und gleichzeitig schwerfällige Präsenz, die aber noch mehr dazu beiträgt, die Zusammensetzung der Bewegung auf der Ebene einer Klassendimension zu artikulieren. Es ist die lebendige Arbeit gegen die Regierung. Die Schlagworte lauten seit einiger Zeit "Hände weg von der Arbeit", "Generalstreik", "Nein zur Erpressung durch die Gewerkschaften" sowie der immer lauter werdende Ruf "No Green Pass". Der nächste Termin ist daher der von den Basisgewerkschaften für den 11. Oktober ausgerufenen Generalstreik. In der Zwischenzeit bildeten sich weitere Gruppen von Arbeitern aus verschiedenen Unternehmen und Branchen, wir trafen uns, hielten Versammlungen ab und behielten den Streik und den 15. Oktober im Hafen gemeinsam im Auge. Die Basisgewerkschaften selbst, auch wenn ihre Positionen noch weit von der Koordinierung und allgemeiner von der Massenbewegung in Triest entfernt sind, sind gezwungen, miteinander zu reden, auch wenn die Beziehung kompliziert ist und sich mehrere Personen in der Koordinierung mit einer nicht sehr begründeten Bevormundung behandelt fühlen. Sie beschließen, sich nicht gegenseitig auf die Füße zu treten, und berufen zwei getrennte Umzüge ein, wobei sie die Forderungen des jeweils anderen respektieren, aber die gegenseitige Ansteckung ist offensichtlich. An der morgendlichen Demonstration, zu der die Basisgewerkschaften aufgerufen hatten, nahmen etwa tausend Personen teil, die sich gegen die Regierung Draghi und ihre Politik wenden, und auch die Forderung nach dem Aus des *Grünen Pass* wurde laut. Der nachmittägliche Demonstrationszug gegen den *Grünen Pass* war wieder riesig, wenn nicht sogar noch größer als die vorherigen: Schätzungen sprechen von 20.000 Menschen, mit der sichtbaren Anwesenheit der in der Opposition gegen den *Grünen Pass* selbstorganisierten Arbeiterkategorien: Lehrer, Eltern und Studenten, Fahrer, Bahnarbeiter, Taxifahrer, Arbeiter von *Wartsila*, *Flex*, *Fincantieri*, *Illy* (um nur die größten Unternehmen und Fabriken der Stadt zu nennen).

Fast alle beklagen die Abwesenheit, wenn nicht gar den Widerstand der Gewerkschaften beim Schutz der Arbeitnehmer unter der Erpressung durch den *Grünen Pass*. Zusammen mit ihnen dominieren die Hafenarbeiter nun zunehmend das Gesamtbild. Hier versuchen die faschistischen Gruppen zum ersten Mal, wahrscheinlich angestachelt durch den römischen Präzedenzfall vom 9. Oktober, sich konkret in die heißesten Teile der Prozession einzumischen. Es gab auch einige Missverständnisse innerhalb des Zuges über die politische Botschaft, die durch die Koordination gegen den grünen Pass nie geändert worden war und die dennoch auch auf Kontroversen stieß. Das soll nicht heißen, dass es nicht schon vorher zu Spannungen gekommen wäre: Man denke nur an den ersten Massenaufmarsch, als die Spitze des Zuges mit dem Ruf "Kein Faschismus, kein grüner Pass" auf die Piazza Unità einmarschierte, nachdem einige bekannte Gesichter an der Spitze des Zuges verdächtige Bewegungen gemacht hatten. Der Refrain wurde bei dieser Gelegenheit spontan von einem Teil des Zuges aufgenommen, da die Maßnahme des grünen Passes auf natürliche Weise mit dem historischen Faschismus und dem Autoritarismus der Regierung assoziiert worden war. Aber es stimmt auch, dass beim Umzug am 11. Oktober eine Gruppe an der Präfektur von Triest die Hymne von Mameli unter drei Trikolore-Rauchbomben gesungen hat, ein offensichtliches Symptom für eine organisierte Präsenz von Gruppen, darunter auch Faschisten, mit der unvermeidlichen Szene, in der die Bereitschaftspolizei ihre Helme abnimmt, gefolgt vom Beifall der Rowdys, die noch kurz zuvor die Polizei für Verteidigung der Macht beleidigt hatten (alles symbolische Momente, die unserer Rechten sehr am Herzen liegen).

Dies sind einige der Widersprüche, die sich bei der Verallgemeinerung des Konflikts um den *Grünen Pass* auftun, der unweigerlich auch über das Vorhandensein einer rechten Kultur stolpert, die sich im Laufe der Jahre in dem gesellschaftlichen Körper ausgebreitet hat. Wir können es nicht leugnen, aber wir können es kontextualisieren, insbesondere innerhalb der komplexen Schichtung der Bewegung gegen den *Grünen Pass* in Triest und die *ozeanischen Paraden*, wo von dieser Episode nur sehr wenige Teilnehmer, aber viele Kameras Notiz nahmen. Es war der Moment, in dem die Delegationen der Arbeitnehmervertreter und der Koordination von der Sitzung in der Präfektur herunter kamen, die von den Hafenarbeitern beantragt worden war, um offiziell ihre totale Ablehnung des *Grünen Passes* mitzuteilen.

Wir sind der Meinung, dass das, was und wie es sich durchsetzt, nicht von vornherein entschieden ist, wie es ein gewisser linker Flügel, der sich in der Angst vor den Menschen da draußen verbarrikadiert hat, gerne hätte, sondern davon, wer und was sich darin einmischt. Die Bewegung gegen den grünen Pass ist in ihrer Komplexität und Breite ein offenes Feld von Kräften, eine neue Energie, sicherlich kein homogenes Gebilde, und dies ist vielleicht einer der Gründe für unser leidenschaftliches Engagement in den letzten anderthalb Monaten.

Zusammensetzung und Potenzial

Auffallend bei den Umzügen in Triest ist das völlige Fehlen von Trikolore-Fahnen, einem untrüglichen Symbol, das das Territorium der lokalen rechten Sektoren markiert, insbesondere in einer Stadt wie Triest. Von Anfang an war einer der Hinweise, die in der Koordination entwickelt wurden, dass es überhaupt keine Fahnen geben sollte, aber die Leichtigkeit, mit der diese Regel durchgesetzt wird, ist auch ein Symptom dafür, wie wenig faschistische Gruppen innerhalb der Bewegung verwurzelt sind. Es ist daher auch eine der Maßnahmen, anhand derer wir die Art der Verallgemeinerung bewerten, die im Kampf gegen den *Grünen Pass* in der Stadt Triest stattgefunden hat. Ein Volk, das nicht unbedingt nach rechts orientiert ist, aber tief mit der Dimension der Arbeit verbunden ist und in starker Opposition zur Regierung des Bankiers Draghi steht ("Lieber Draghi, der gesellschaftliche Reichtum wird von den Arbeitern in diesem Land geschaffen" ist oft aus der Anlage am Kopf der Demos zu hören), alles verbunden mit einer weit verbreiteten Kritik an der Macht der Informationspolitiken (auch in Bezug auf den Impfstoff, unbestreitbar), Autoritarismus, und daher, ganz allgemein, äußerst kritisch gegenüber der politischen und gesundheitspolitischen Bewertungen der konstituierten Macht. Es ist klar, dass es sich um eine Bewegung handelt, die sich aus verschiedenen kulturellen Linien speist: die Kritik an dem experimentellen Impfstoff, die Entlarvung einer pandemischen Verschwörung, das Misstrauen in die Institutionen, die Verwechslung der Impfkampagne mit der Einführung des *Grünen Passes*, eine allgemeine soziale Unzufriedenheit sowie - was immer wieder angeführt wird - die Frage der

Erpressung der Arbeitnehmer.

Wir sind der Meinung, dass das, was und wie es sich durchsetzt, nicht von vornherein entschieden ist, wie es ein gewisser linker Flügel, der sich in der Angst vor den Menschen da draußen verbarrikadiert hat, gerne hätte, sondern davon, wer und was sich darin einmischt. Die Bewegung gegen den grünen Pass ist in ihrer Komplexität und Breite ein offenes Feld von Kräften, eine neue Energie, sicherlich kein homogenes Gebilde, und dies ist vielleicht einer der Gründe für unser leidenschaftliches Engagement in den letzten anderthalb Monaten.

Wir können also vorläufig eine Entwicklung dieser Bewegung verfolgen, die uns einen Ausblick auf mögliche Entwicklungen erlaubt. Wenn es von Anfang an den Anschein hatte, dass die Menschen, von denen sie sich ernährte, von transversaler Herkunft waren, hat sich in ihrer sozialen Zusammensetzung sicherlich etwas getan. Bei den jüngsten Demonstrationen, insbesondere im Hinblick auf den Stichtag 15. Oktober (der die Kategorien von Arbeitnehmern verallgemeinert, die verpflichtet sind, einen Ausweis vorzulegen, um arbeiten zu können), hat die Anwesenheit von männlichen und weiblichen Arbeitern an Bedeutung gewonnen, wenn auch nicht in quantitativer, so doch in politischer Hinsicht, in Bezug auf die Botschaft, die sie zum Ausdruck bringen, und die Art und Weise, wie sie sie gestalten. Die Intervention der Hafenarbeiter hat, wie bereits erwähnt, sicherlich zu diesem Prozess beigetragen, ist aber nicht das einzige Element. Zur gleichen Zeit, als die Hafenarbeiter begannen, sich zu mobilisieren, geschah dasselbe auf selbstorganisierte Weise unter Gruppen von Arbeitern in ihren eigenen Unternehmen.

Das ist etwas, das uns sehr wichtig erscheint, und wir denken, dass der Beitrag der Koordinierung auch darin bestand, eine gemeinsame Plattform auf der Straße zu schaffen, auf der die Menschen sich ausdrücken, sich selbst erkennen, sich organisieren und nicht in Isolation und (Selbst)Zerstörung versinken müssen. In Richtung einer Blockade des Hafens? Das Versprechen wurde bereits mehrfach öffentlich gegeben. Von Triest aus versuchen wir, bereit zu sein, denn die Wahrnehmung (und die Verantwortung) ist hier, wahrscheinlich verzerrt im Vergleich zu den nationalen Maßstäben, diejenige, dass man nur wenige Meter von der Ziellinie entfernt ist. Wir stellen uns vor, dass viele Menschen bis zum bitteren Ende, oder bis zur Abschaffung des *Grünen Passes*, in einem Moment des allgemeinen Konflikts an den Toren des Hafens stehen.

Wir möchten hier zwei Punkte hervorheben:

- 1) Es werden viele Menschen an diesem Tag kommen, auch von außerhalb der Stadt, das Risiko, dass jemand kommt, um seinen Hut in den Ring zu werfen, wie in Rom, besteht und kann sogar mit einer gegenteiligen Präsenz begegnet werden, in der Perspektive, dass es ein wirklich populärer Moment sein wird, dank der Intelligenz derer, die dabei sein wollen.
- 2) Wir wissen, dass ein Sieg oder eine weitere Entwicklung dieser sozialen Bewegung nur mit einem weit verbreiteten Widerstand und einer breiten Präsenz möglich ist, und zwar nicht nur in der Stadt Triest.

Einige Genossinnen und Genossen aus Triest





孫子兵法 Sūnzǐ Bīngfǎ

Sūnzǐ Bīngfǎ wird vierwöchentlich veröffentlicht

<https://sunzibingfa.noblogs.org/>

Kontakt: Email: sunzi-bingfa@riseup.net - *PGP-Key auf Anfrage*

Twitter: @Sunzi_Bingfa